



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
1				<b>Gliederung</b>	<b>Gliederung</b>
2					
3				<b>Ergänzungen BW - Richtlinien text vor 1</b>	<b>Ergänzungen BW - Richtlinien text vor 1</b>
4			Seite 1	nicht vorhanden	<div><p><b>Ergänzungen der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg</b></p><p>zum</p><p>Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Lieferungen und Leistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA L-StB)</p><p>Bei den „Ergänzungen der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg zum Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Lieferungen und Leistungen im Straßen- und Brückenbau (E BW HVA L)“ handelt es sich um landesspezifische Regelungen zum HVA L-StB. Sie sind in das HVA L-StB integriert.</p><p>Alle Vordrucke, also</p><ul style="list-style-type: none"><li>- unveränderte aus dem HVA L-StB</li><li>- abgeänderte gemäß E BW HVA L und</li><li>- landesspezifische Vordrucke</li></ul><p>stehen den Dienststellen der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Intranet unter <a href="http://www.sbv.bwl.de">www.sbv.bwl.de</a> und dort unter Einführungsschreiben und Vergabewesen zur Verfügung. Dritte können sich die E BW HVA L im Internet unter der Adresse <a href="http://www.rp-tuebingen.de">www.rp-tuebingen.de</a> und dort unter Abteilung 9, Referat 91, Ergänzungen zu Vergabe- und Vertragsordnungen, aufrufen und ausdrucken. Die E BW HVA L sind am unteren linken Rand mit Monat und Jahr gekennzeichnet und weisen am unteren rechten Rand einen Einordnungshinweis für das HVA L-StB auf.</p></div>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17									
5			Seite 2	nicht vorhanden	<div><div>Vergabezustimmung durch das VM</div><table><tr><th>Haushalt</th><th colspan="2">Zuständigkeit (Vergabezustimmung bei einem (Netto-) Auftragswert</th></tr><tr><td>Land</td><td>unter 221.000 € Regierungspräsidien</td><td>ab 221.000 € VM</td></tr><tr><td>Bund</td><td>unter 221.000 € Regierungspräsidien</td><td>ab 221.000 € VM und BMVI</td></tr></table><p>Vor der Beauftragung ist der Vertragsentwurf mit Vergabevermerk und den zugehörigen Anlagen dem VM zur Zustimmung vorzulegen.</p><p>Der vorherigen Zustimmung des VM bei einer voraussichtlichen Auftragssumme ab 100.000 € (netto) bedarf es auch, wenn die Ausschreibung aufgehoben werden soll.</p><p><b>Qualitätssicherung der Vergabeunterlagen</b></p><p>Alle Vergabeunterlagen die zur Vergabezustimmung dem VM vorgelegt werden, sind von der / dem zuständigen Vergabereferentin / Vergabereferenten zu prüfen. Die Beteiligung der Vergabereferentin / des Vergabereferenten ist im Vergabevorschlag zu dokumentieren.</p><p><b>Zuständigkeiten bei Nachträgen</b></p><p>Nachtragsvereinbarungen über 100.000 € (netto) sind nach Mitzeichnung durch die / den zuständigen Vergabereferentin / Vergabereferenten des Regierungspräsidiums vor Beauftragung dem VM zur Zustimmung vorzulegen.</p></div>	Haushalt	Zuständigkeit (Vergabezustimmung bei einem (Netto-) Auftragswert		Land	unter 221.000 € Regierungspräsidien	ab 221.000 € VM	Bund	unter 221.000 € Regierungspräsidien	ab 221.000 € VM und BMVI
	Haushalt	Zuständigkeit (Vergabezustimmung bei einem (Netto-) Auftragswert												
Land	unter 221.000 € Regierungspräsidien	ab 221.000 € VM												
Bund	unter 221.000 € Regierungspräsidien	ab 221.000 € VM und BMVI												
6	1			Richtlinien für das Aufstellen der Vergabeunterlagen	Richtlinien für das Aufstellen der Vergabeunterlagen									
7	1			Inhaltsverzeichnis	Inhaltsverzeichnis									
8														
9	1	1.0		Allgemeines	Allgemeines									
10	1	1.0		nicht vorhanden	Geltungsbereich									



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
11	1	1.0	(1)	<p>(1) Die „Richtlinien für das Aufstellen der Vergabeunterlagen“ sind von den Dienststellen zur einheitlichen Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (VOL/A), der „Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung (VgV))“ und des vierten Teils des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)“ zu beachten.</p> <p>Sie enthalten Regelungen und Muster für das Aufstellen von Vergabeunterlagen nach §§ 8 und 9 VOL/A, gegebenenfalls §§ 9 EG und 11 EG VOL/A.</p>	<p>(1) Das "Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Leistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA L-StB)" ist bei der Vergabe und der Abwicklung von Leistungen anzuwenden, die nicht im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen im Straßen- und Brückenbau angeboten und erbracht werden und keine Bauleistungen darstellen.</p> <p>Die „Richtlinien für das Aufstellen der Vergabeunterlagen“ sind von den <a href="#">Vergabestellen</a> zur einheitlichen Anwendung der „<a href="#">Verfahrensordnung für die Vergabe öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO)</a>“, der „Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV)“ und des vierten Teils des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)“ zu beachten.</p> <p>Sie enthalten <a href="#">Regelungen für</a> das Aufstellen von Vergabeunterlagen nach <a href="#">Abschnitt 2, Unterabschnitt 3 der UVgO</a> sowie bei Vergaben oberhalb der Schwellenwerte nach <a href="#">§ 29 VgV</a>.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
12	1	1.0	(2)	<p>(2) Die „Vergabeunterlagen“ sind im Allgemeinen in zwei unterschiedlichen Heftungen zu gestalten, und zwar</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– in eine Heftung „Angebotsaufforderung“ und</li><li>– in eine Heftung „Angebot“.</li></ul> <p>(3) Die Heftung „Angebotsaufforderung“ umfasst sämtliche an die Bewerber abzugebenden Vergabeunterlagen und besteht grundsätzlich aus:</p> <p>Bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“, Muster 1.1 – 1),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Bewerbungsbedingungen (siehe Muster 1.0 – 1),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Abschnitt 1.2 „Angebotsschreiben“, Muster 1.2 – 1),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Muster 1.0 – 7),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Unterauftragnehmerleistungen (siehe Muster 1.0 – 3),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (siehe Muster 1.0 – 6),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen (siehe Abschnitt 1.3 „Besondere Vertragsbedingungen“),</li><li>– ggf. Vordruck Weitere Besondere Vertragsbedingungen (siehe 4 Vordrucke),</li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li></ul>	<p><b>Zusammenstellung der Vergabeunterlagen</b></p> <p>(2) Die „Vergabeunterlagen“ <b>bestehen grundsätzlich aus:</b></p> <p><b>Bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“),</li><li><b>Anlagen A): (Unterlagen, die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind)</b></li><li>– Vordruck HVA L-StB Bewerbungsbedingungen,</li><li>– Vordruck HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien (soweit neben dem Preis weitere Kriterien vorgesehen sind), (siehe Teil Vordrucke),</li><li><b>Anlagen B): (Unterlagen, die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden)</b></li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li><li>– Vordruck HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen (siehe Abschnitt 1.3 „Besondere Vertragsbedingungen“),</li><li>– ggf. Vordruck HVA L-StB Weitere Besondere Vertragsbedingungen (siehe Teil 4 - Vordrucke),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Zusätzliche Vertragsbedingungen (siehe Anhang),</li><li><b>Anlagen C): (Unterlagen, die soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind)</b></li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Abschnitt 1.2 „Angebotsschreiben“),</li><li>– Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung,</li><li>– Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen,</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bietergemeinschaft,</li><li><b>Anlagen D): (Unterlagen, die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind)</b></li><li>– Vordruck HVA L-StB Verpflichtungserklärung,</li><li>– weiter sind hier die der Aufforderung zur Angebotsabgabe beigefügten Unterlagen aufzuführen, die im jeweiligen Einzelfall nach Angebotsabgabe auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind.</li></ul>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
13	1	1.0	(2)	<p>(3) Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB EU Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“, Muster 1.1 – 2)</li><li>– Vordruck HVA L-StB EU-Bewerbungsbedingungen (siehe Muster 1.0 – 2),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Abschnitt 1.2 „Angebotsschreiben“, Muster 1.2 – 1),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Muster 1.0 – 7),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Leistungen anderer Unternehmer (siehe Muster 1.0 – 4),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Verpflichtungserklärung Leistungen anderer Unternehmer (siehe Muster 1.0 – 5),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (siehe Muster 1.0 – 6),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen (siehe Abschnitt 1.3 „Besondere Vertragsbedingungen“),</li><li>– ggf. Vordruck Weitere Besondere Vertragsbedingungen (siehe 4 Vordrucke),</li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li></ul>	<p><b>(2) Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB EU Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“)</li><li><b>Anlagen A): (Unterlagen, die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind)</b></li><li>– Vordruck HVA L-StB EU-Bewerbungsbedingungen</li><li>– <b>Vordruck HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien (soweit neben dem Preis weitere Kriterien vorgesehen sind) (siehe Teil Vordrucke),</b></li><li><b>Anlagen B): (Unterlagen, die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden)</b></li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li><li>– Vordruck HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen (siehe Abschnitt 1.3 „Besondere Vertragsbedingungen“),</li><li>– ggf. Vordruck <b>HVA L-StB</b> Weitere Besondere Vertragsbedingungen (siehe <b>Teil 4</b> Vordrucke),</li><li>– <b>Vordruck HVA L-StB Zusätzliche Vertragsbedingungen (siehe Anhang),</b></li></ul> <p><b>Anlagen C): (Unterlagen, die soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind)</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Abschnitt 1.2 „Angebotsschreiben“),</li><li>– Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE),</li><li>– <b>Vordruck Eigenerklärung Eignung</b></li><li>– <b>Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen,</b></li><li>– <b>Vordruck HVA L-StB Erklärung Bietergemeinschaft,</b></li></ul> <p><b>Anlagen D): (Unterlagen, die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind)</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB <b>Verpflichtungserklärung,</b></li><li>– <b>weiter sind hier die der EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe beigefügten Unterlagen aufzuführen, die im jeweiligen Einzelfall nach Angebotsabgabe auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind (z.B. Eignungsnachweise).</b></li></ul>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
14	1	1.0	(2)	<p>(3) Einzelne Vordrucke können entfallen, soweit der Vergabegegenstand dies rechtfertigt bzw. die Unterlagen bereits im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs vorgelegen haben.</p> <p>Die Heftung „Angebotsaufforderung“ ist dafür bestimmt, in den Akten des Bieters zu verbleiben.</p>	<p>(2) Einzelne Vordrucke können entfallen, soweit der Vergabegegenstand dies rechtfertigt bzw. die Unterlagen bereits im Rahmen eines Teilnahmewettbewerbs vorgelegen haben.</p> <p>entfällt</p>
15	1	1.0	(3)	<p>(6) Für alle Teile der Vergabeunterlagen ist eine identische Bezeichnung der Leistung sowie Kurzbeschreibung der zu vergebenden Leistung (= „Bezeichnung der VOL-Leistung“) zu wählen.</p> <p>(7) Veröffentlichte und von jedermann erwerbbare Unterlagen, wie</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Zusätzliche Allgemeine Vertragsbedingungen,</li><li>– Technische Lieferbedingungen,</li><li>– Technische Regelwerke (z. B. DIN-Normen) und</li><li>– VOL,</li></ul> <p>sind den Vergabeunterlagen nicht beizugeben.</p>	<p>(3) Sofern die Erstellung und Versendung der Vergabeunterlagen noch in Papierform erfolgt, sind 2 Heftungen zu bilden (Heftung „Angebotsaufforderung“ enthält die Anlagen A und B der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe und Heftung „Angebot“ enthält die Anlagen C und D der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe).</p> <p>Für alle Teile der Vergabeunterlagen ist eine identische Bezeichnung der Leistung sowie Kurzbeschreibung der zu vergebenden Leistung (= „Bezeichnung der Leistung“) zu wählen.</p> <p>Veröffentlichte und von jedermann erwerbbare Unterlagen, wie</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Technische Lieferbedingungen,</li><li>– Technische Regelwerke (z. B. DIN-Normen),</li><li>– UVgO und</li><li>– VOL/B,</li></ul> <p>sind den Vergabeunterlagen nicht beizugeben.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
16	1	1.0		<p>(4) Die Heftung „Angebot“ enthält nur die Teile der Vergabeunterlagen, in die der Bieter Eintragungen zu machen hat und besteht aus:</p> <p>Bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Unterauftragnehmerleistungen (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (siehe Nr. (3)),</li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li></ul> <p>Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Angebotsschreiben (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Leistungen anderer Unternehmer (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (siehe Nr. (3)),</li><li>– Leistungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“).</li></ul> <p>Die Heftung „Angebot“ ist dafür bestimmt, als Angebot an den Auftraggeber eingereicht zu werden</p>	entfällt
17	1	1.0	(4)	nicht vorhanden	<p>(4) Die „Zusätzlichen Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) im Straßen- und Brückenbau sind zwar ebenfalls veröffentlicht und von jedem erwerbbar bzw. kostenfrei von der Homepage des BMVI herunterladbar; diese sind dennoch aus Gründen der Rechtssicherheit im Rahmen von Vertragsstreitigkeiten, die auch länger zurückliegende Verträge betreffen können den Unterlagen beizufügen.</p>
18	1	1.0	(5)	<p>(8) Die Unterlagen in den folgenden Abschnitten bestehen z. T. aus Vordrucken, die zur Verdeutlichung der Anwendung beispielhaft als Muster ausgefüllt sind.</p> <p>(9) Die Vergabestellen können sie mit weiteren vorgedruckten Eintragungen (z. B. Bezeichnung der Vergabestelle) einheitlich versehen. Darüber hinausgehende Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen an allen Vordrucken mit Außenwirkung sind zur Wahrung einer bundeseinheitlichen Vertragsgestaltung bei Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau grundsätzlich nicht vorzunehmen.</p>	<p>(5) Die Unterlagen in den folgenden Abschnitten bestehen z. T. aus Vordrucken, die zur Verdeutlichung der Anwendung beispielhaft als Muster ausgefüllt sind.</p> <p>Die Vergabestellen können die Vordrucke mit weiteren vorgedruckten Eintragungen (z. B. Bezeichnung der Vergabestelle) einheitlich versehen. Darüber hinausgehende Änderungen, Ergänzungen oder Streichungen an allen Vordrucken mit Außenwirkung (hierzu gehören auch die Bewerbungsbedingungen und die Zusätzlichen Vertragsbedingungen) sind zur Wahrung einer bundeseinheitlichen Vertragsgestaltung bei Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau grundsätzlich nicht vorzunehmen. Abweichungen sind im Vorfeld mit dem zuständigen Referat im BMVI abzustimmen.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
19	1	1.0	(6)	nicht vorhanden	(6) Bei allen Vergaben müssen die Vergabeunterlagen unter einer in der Auftragsbekanntmachung zu bezeichnenden elektronischen Adresse unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt abrufbar sein. Dies bedeutet, dass auch bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb die Vergabeunterlagen bereits mit Einleitung des Teilnahmewettbewerbs zur Verfügung gestellt werden müssen. Lediglich in besonders zu begründenden Einzelfällen (siehe u.a. § 29 UVgO Abs. 2), darf von diesem Gebot abgewichen werden.
20	1	1.0	(7)	nicht vorhanden	<b>Vordrucke Bewerbungsbedingungen und EU-Bewerbungsbedingungen</b> (7) Die Regelung unter Ziffer 3.4 zur Vorlage von Unterlagen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle nach Angebotsabgabe ist dahingehend zu verstehen, dass die Nichtvorlage innerhalb der gesetzten Frist zum Ausschluss des Angebotes führt. Der Vergabestelle ist hierbei verwehrt, den Bieter bei Verstreichen der gesetzten Frist ein weiteres Mal zur Abgabe der verlangten Unterlagen aufzufordern. Gemäß § 38 UVgO bzw. § 53 Abs. 9 VgV haben Bewerber- oder Bietergemeinschaften mit dem Teilnahmeantrag oder dem Angebot jeweils die Mitglieder sowie den bevollmächtigten Vertreter zu benennen. Fehlt eine dieser Angaben führt dies nicht zum Ausschluss; die Bewerber- oder Bietergemeinschaft ist vielmehr unter Fristsetzung aufzufordern, die fehlenden Angaben beizubringen. Zum Nachweis der Eignung haben die Bieter gemäß Ziffer 7 bei Vergabeverfahren ohne Teilnahme-wettbewerb die ausgefüllte Eigenerklärung mit dem Angebot abzugeben. Alternativ haben die öffentlichen Auftraggeber eine mit dem Angebot abgegebene ausgefüllte Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) zu akzeptieren. In Einzelfällen kann auch ein Eignungsnachweis über PQ-VOL zugelassen werden:



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
21	1	1.0	(8)	nicht vorhanden	<b>Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen</b> (8) Gemäß § 26 UVgO bzw. § 36 VgV kann der Auftraggeber die Bewerber auffordern mit Angebotsabgabe die Teile des Auftrags, die diese im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben beabsichtigen, zu benennen. Vor Zuschlagserteilung kann der Auftraggeber von den Bietern der engeren Wahl verlangen, die Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmen zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unternehmen zur Verfügung stehen. Die Benennung der Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmen erfolgt im Vordruck HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen.
22	1	1.0	(9)	nicht vorhanden	<b>Vordruck Verpflichtungserklärung</b> (9) Gemäß § 26 UVgO bzw. § 36 VgV haben die Bieter der engeren Wahl auf Verlangen des Auftraggebers nachzuweisen, dass ihnen die Mittel der benannten Nachunternehmen zur Verfügung stehen; dieser Nachweis erfolgt mit dem Vordruck HVA L-StB Verpflichtungserklärung. Gleichmaßen haben Bieter, welche sich im Rahmen der Eignungsleihe auf benannte andere Unternehmen stützen (unabhängig davon, ob diese gleichzeitig auch Unterauftragnehmer sind) eine Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorzulegen. Für Eignungsleihen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und finanziellen Eignung haben die Unternehmen, welche die diesbezügliche Eignung zur Verfügung stellen, darüber hinaus zusätzlich die auf Seite 2 der Verpflichtungserklärung aufgeführte Haftungserklärung abzugeben.
23	1	1.0		(10) Bei Öffentlicher Ausschreibung sind die Vergabeunterlagen so rechtzeitig aufzustellen und in ausreichender Stückzahl herzustellen, dass sie entsprechend der Ankündigung in der Vergabebekanntmachung (siehe Abschnitt 2.1 Bekanntmachungen) abgegeben werden können. Eine Einschränkung der Abgabe (etwa mit der Maßgabe „solange der Vorrat reicht“) darf nicht erfolgen.	entfällt
24	1	1.0	(10)	nicht vorhanden	<b>Vordruck Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft</b> (10) Siehe Nr. (7) 2. Absatz.
25	1	1.0	(11)	(5) Die Vergabestelle hat im Vordruck „Eigenerklärung Eignung“ in Abhängigkeit des Vergabegegenstandes die Abschnitte anzukreuzen, die für die Beurteilung der Eignung erforderlich sind.	<b>Vordruck Eigenerklärung zur Eignung</b> (11) Die Vergabestelle hat <b>in diesem Vordruck in</b> Abhängigkeit des Vergabegegenstandes die Abschnitte anzukreuzen, die für die Beurteilung der Eignung erforderlich sind.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
26	1	1.1		<b>Aufforderung zur Angebotsabgabe</b>	<b>Aufforderung zur Angebotsabgabe</b>
27	1	1.1		<b>Alle Vergaben</b>	<b>Allgemeines</b>
28	1	1.1		(1) Die Vergabeunterlagen (siehe § 8 Abs. 1 bzw. § 9 EG Abs. 1 VOL/A) sind an die Bewerber mit einem „Anschreiben“ (Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe) zu versenden.	entfällt
29	1	1.1	(1)	(2) Dieses Anschreiben ist bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte nach dem Vordruck „HVA L-StB Aufforderung zur Angebotsabgabe“ (siehe Muster 1.1 – 1), ansonsten nach dem Vordruck „HVA L-StB EUAufforderung zur Angebotsabgabe“ (siehe Muster 1.1 – 2) aufzustellen und wird Deckblatt der Heftung „Angebotsaufforderung“.	(1) Für die Aufforderung zur Angebotsabgabe ist bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte der Vordruck „HVA L-StB Aufforderung zur Angebotsabgabe“, ansonsten der Vordruck „HVA L-StB EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“ zu verwenden.
30	1	1.1	(2)	(4) Der Ablauf der Angebotsfrist ist grundsätzlich nicht auf einen Tag nach arbeitsfreien Tagen zu legen.  (3) Den Bietern ist nach den Erfordernissen des Einzelfalls ausreichend Zeit für die Angebotsbearbeitung zu geben (§ 10 VOL/A).  Oberhalb der EU-Schwellenwerte sind zusätzlich die Mindestfristen nach § 12 EG VOL/A zu beachten.	(2) Im Kopffeld der Deckseite sind Angaben zur Vergabeart, zum Ablauf der Angebotsfrist sowie zur Bindefrist einzutragen. Beim EU-Vordruck ist ergänzend der Absendetag der EU-Auftragsbekanntmachung anzu-geben.  Der Ablauf der Angebotsfrist ist dabei möglichst nicht auf einen Tag nach arbeitsfreien Tagen zu legen.  Den Unternehmen, bzw. bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb den Bewerbern, ist nach den Erfordernissen des Einzelfalls ausreichend Zeit für die Angebotsbearbeitung zu geben. Die Regelungen des § 13 UVgO hinsichtlich der Angemessenheit der gesetzten Fristen sind zu beachten. Weiterhin sind die Mindestfristen gemäß §§ 15-19 VgV nicht als Regelfristen zu verwenden.
31	1	1.1	(3)	nicht vorhanden	(3) Die Bindefrist ist realistisch unter Berücksichtigung ggf. notwendiger Einschaltung vorgesetzter Dienst-stellen und einer ggf. vorzunehmenden Bieterinformation festzulegen.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
32	1	1.1	(4)	nicht vorhanden	<p>(4) Gemäß der Rechtsprechung dürfen für den Nachweis der Eignung von den Bietern im Rahmen eines Vergabeverfahrens nur diejenigen Nachweise, Angaben und Unterlagen, entweder mit Vorlage des Angebotes oder auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle, verlangt werden, die bereits in der Bekanntmachung aufgeführt wurden. Deshalb ist bei allen Verfahren mit Auftragsbekanntmachung in Nr. 3.1 und ggf. Nr. 3.2 der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe „siehe Auftragsbekanntmachung“ anzukreuzen.</p> <p>Nur bei den Vergabeverfahren, bei denen es keine Auftragsbekanntmachung gibt (Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb, Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb, Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb) dürfen in der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe solche Unterlagen verlangt werden. Dies ist in Nr. 3.1 anzugeben.</p> <p>Sollen Bieter im Rahmen vorgenannter Vergabeverfahren mit dem Angebot oder auf gesondertes Verlangen weitere Nachweise und Angaben vorlegen, die keine Eignungsnachweise sind, ist dies in Nr. 3.1 bzw. 3.2 anzugeben.</p> <p>In Nr. 3.3 sind, soweit erforderlich, die von Bietern mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen zu den unter Nr. 6 aufgeführten Zuschlagskriterien anzugeben. Bei Vergaben mit mehreren Zuschlagskriterien, z. B. Preis und Qualität etc., sind hier die ggf. mit dem Angebot auf gesonderter Anlage vorzulegenden Unterlagen anzugeben.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
33	1	1.1	(5)	(6) In Nr. 6 ist bei allen Vergaben, in denen in den Vergabeunterlagen eine losweise Vergabe vorbehalten ist (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“ Nr. (3)) „Ja“ anzukreuzen.	<p>(5) In Nr. 4 ist bei allen Vergaben, in denen in den Vergabeunterlagen eine losweise Vergabe vorbehalten ist (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“ Nr. (3)) „Ja“ anzukreuzen.</p> <p>Dabei ist anzugeben, ob</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- die Zahl der Lose beschränkt wird, die ein Bieter anbieten darf und</li><li>- die Zahl der Lose beschränkt wird, für die ein einzelner Bieter den Zuschlag erhalten kann.</li></ul> <p>Wird die Zahl der zu beauftragenden Lose an einen Bieter beschränkt, ist gemäß § 22 Abs. 3 UVgO bzw.</p> <p>§ 30 Abs. 2 VgV in den Vordrucken „HVA L-StB Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“ anzugeben, nach welchen Kriterien die Auswahl der Lose erfolgt. Dies kann z.B. dadurch erfolgen, dass sich die Auswahl an dem jeweiligen (größten) Abstand in der Bewertung der Angebote der einzelnen Lose orientiert.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
34	1	1.1	(6)	<p>(7) Sollen Nebenangebote zugelassen werden, ist dies in Nr. 7.1 anzukreuzen. Bei EU-Vergaben mit dem alleinigen Wertungskriterium Preis dürfen Nebenangebote nicht zugelassen werden.</p> <p>Zu Nr. 7.2: Sind nach 7.1 Nebenangebote zugelassen, sind bei EU-Verfahren in einem gesonderten Abschnitt 1.3 der Ausführungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“ Nr. (8)) Angaben zu Mindestanforderungen für mögliche Nebenangebote zu formulieren.</p> <p>Bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte ist anzukreuzen, ob Nebenangebote im Vergleich zur Leistungsbeschreibung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein müssen oder die genannten Mindestanforderungen erfüllen müssen.</p> <p>In Nr. 7.3 sollen im Regelfall keine weiteren Bedingungen für Nebenangebote eingetragen werden.</p>	<p>(6) Nr. 5.1 ist anzukreuzen, wenn keine Nebenangebote zugelassen sind. Sind Nebenangebote zugelassen, ist Nr. 5.2 anzukreuzen und ergänzend anzugeben, ob Nebenangebote</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- nur in Verbindung mit einem Hauptangebot (Regelfall),</li><li>- nur für besonders aufgeführte Bereiche,</li><li>- nicht für besonders aufgeführte Bereiche,</li><li>- für die gesamte Leistung,</li></ul> <p>zugelassen sind.</p> <p>Mit Ausnahme der sich gegenseitig ausschließenden Festlegungen „Zulassung von Nebenangeboten nur für nachfolgend aufgeführte Bereiche“ und „Zulassung von Nebenangeboten mit Ausnahme nachfolgend aufgeführter Bereiche“ können die Kästchen kumulativ angekreuzt werden.</p> <p>Sind nach Nr. 5.2 Nebenangebote zugelassen, sind bei allen Vergaben in einem gesonderten Abschnitt 1.3 der Ausführungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“ Nr. (8)) Angaben zu Mindestanforderungen für Nebenangebote zu formulieren.</p> <p>In Nr. 5.2 können im Rahmen der Zulassung von Nebenangeboten weitere Bedingungen für Nebenangebote eingetragen werden. Diese Möglichkeit ist restriktiv zu handhaben.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
35	1	1.1	(7) + (9)	<p>(11) In Nr. 12 sind für alle Vergaben die Kriterien für die Angebotswertung anzugeben. Dabei ist festzulegen, ob die Wertung ausschließlich mit dem Kriterium Preis oder unter Berücksichtigung weiterer Kriterien erfolgt. Ist eine losweise Vergabe vorbehalten, sollte die Vergabe mit dem ausschließlichen Wertungskriterium „Preis“ erfolgen. Die Wichtung der Kriterien ist individuell und i.d.R. unter Beachtung folgender Spannen festzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Preis: 80 - 90 v. H.,</li><li>– Weitere Kriterien: 10 - 20 v. H.,</li></ul> <p>Die Festlegung sollte in 5 v. H. - Schritten erfolgen. Die Summe der v. H. - Werte muss 100 v. H. ergeben. Wird von den o. g. Spannen abgewichen, sind die Festlegungen im Vergabevermerk zu begründen.</p> <p>Die neben dem Preis vorgesehenen Kriterien und die jeweils für die Vergabe maßgebenden Unterkriterien sind eindeutig zu benennen. Die Festlegung der Kriterien und Unterkriterien und eine von den Vorgaben im Vordruck abweichende Punktebewertung sind im Vergabevermerk zu begründen. Um eine Wertung vornehmen zu können, sind zu den Kriterien und Unterkriterien die mit der Angebotsabgabe vorzulegenden Unterlagen unter Nr. 5.2 anzugeben.</p>	<p>(7) In Nr. 6 sind für alle Vergaben die Kriterien für die Angebotswertung anzugeben. Dabei ist festzulegen, ob die Wertung <b>nach dem</b> Kriterium „Preis/Kosten“ oder <b>nach dem Kriterium „Preis/Kosten und weitere Zuschlagskriterien“</b> erfolgt. <b>Anlage „HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien“</b> (9) Die Wichtung der Kriterien ist individuell und i. d. R. unter Beachtung folgender Spannen festzulegen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Preis/Kosten: <b>70 - 90 %</b>,</li><li>– Weitere Kriterien (z. B. Qualität): <b>10 - 30 %</b>,</li></ul> <p>Die Festlegung sollte in <b>5 %</b> - Schritten erfolgen. <b>Wichtungen für ein Oberkriterium (z.B. Qualität) dürfen einen Wert von 10% nicht unterschreiten.</b> Die Summe der % - Werte muss <b>100 %</b> ergeben. Wird von den o. g. <b>Kriterien und</b> Spannen abgewichen, sind die Festlegungen im Vergabevermerk zu begründen. <b>Zu Kriterium Preis/Kosten:</b> <b>In einem Freitextfeld können weitere Wertungsregelungen zum Zuschlagskriterium Preis/Kosten eingetragen werden.</b> <b>Zu den weiteren Kriterien:</b> <b>Für die weiteren Kriterien sind</b> die jeweils für die Vergabe maßgebenden Unterkriterien eindeutig zu benennen <b>und anzukreuzen.</b></p> <p>Um eine Wertung vornehmen zu können, sind zu <b>den Unterkriterien</b> die mit der Angebotsabgabe vorzulegenden Unterlagen unter Nr. <b>3.3 der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe zwingend</b> anzugeben. Die Festlegung <b>der Unterkriterien</b> und eine von den Vorgaben im Vordruck abweichende Punk-tebewertung sind im Vergabevermerk zu begründen. <b>Aufgrund der Anforderung, dass der öffentliche Auftraggeber den von ihm angewandten Bewertungs-maßstab eindeutig, klar und transparent in den Vergabeunterlagen aufzuführen hat (s. a. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 21.10.2015 – VII-Verg 28/14) sind in der Anlage zum Vordruck „HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien“ entsprechende Angaben aufzuführen. Dabei ist nachvollziehbar anzugeben, welchen Erfüllungsgrad (Zielerreichungsgrad) die Angebote bei den einzelnen Kriterien aufweisen müssen, um mit den festgelegten Punktwerten bewertet zu werden.</b></p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
36	1	1.1	(8)	nicht vorhanden	(8) Bei Berücksichtigung des Kriteriums „Preis/Kosten und weitere Zuschlagskriterien“ ist als Anlage zur Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe der Vordruck „HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien“ samt zugehöriger Anlage beizufügen. Darin sind grundsätzlich die Kriterien Preis/Kosten und Qualität anzugeben.
37	1	1.1	(10)	(8) In Nr. 8 ist anzukreuzen, welche Signatur bei der elektronischen Angebotsabgabe zugelassen wird bzw. ob überhaupt eine elektronische Angebotsabgabe zugelassen wird.	(10) In Nr. 7 ist anzukreuzen, welche Form der Angebotsabgabe nach § 38 UVgO bzw. § 53 VgV zugelassen wird. Eine elektronische Angebotsabgabe mit Signatur sollte nur dann zugelassen werden, wenn die zu übermittelnden Daten erhöhte Anforderungen an die Sicherheit bedingen. In diesen Fällen ist anzukreuzen, welche Signatur bei der elektronischen Angebotsabgabe gefordert wird.
38	1	1.1	(11)	(9) In Nr. 9 der Vordrucke ist die Stelle anzugeben, bei der die Angebote einzureichen sind.  In der Zeile „Angebot für ...“ ist die auf dem Deckblatt aufgeführte Kurzbezeichnung der zu vergebenden Leistung (Bezeichnung der Leistung) einzusetzen.	(11) Sind schriftliche Angebote bei einer anderen als der ausschreibenden Stelle einzureichen, ist diese Stelle in Nr. 8 der Vordrucke anzugeben. Anderenfalls ist „siehe Briefkopf“ anzukreuzen.  In der Zeile „Angebot für ...“ ist die auf dem Deckblatt aufgeführte Kurzbezeichnung der zu vergebenden Leistung (Bezeichnung der Leistung) einzusetzen.
39	1	1.1	(12)	(10) In Nr. 11 ist bei nationalen Ausschreibungen die Adresse der Nachprüfungsstelle (allgemeine Fach- und Rechtsaufsicht), bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten, sowie bei Dienstleistungsaufträgen für Losvergaben innerhalb des 20 v. H. - Kontingents der Gesamtleistung mit einem geschätzten Gesamtwert ab dem in § 2 Nr. 7 Vergabeverordnung angegebenen Wert die Adresse der Vergabekammer anzugeben.	(12) In Nr. 9 ist bei allen nationalen Vergaben die Adresse der Nachprüfungsstelle (allgemeine Fach- und Rechtsaufsicht) anzugeben. Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist die Adresse der Vergabekammer anzugeben.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
40	1	1.1	(13)	(12) Soweit erforderlich sind in Nr. 13 des Vordrucks weitere Angaben zu machen, z. B. die von Bewerbern/Bietern einzusehenden nicht beigelegten Unterlagen	(13) Soweit erforderlich sind in <b>Nr. 10</b> des Vordrucks weitere Angaben zu machen. Soll gemäß § 41 Abs. 2 UVgO bzw. § 56 Abs. 2 VgV von der Möglichkeit, Unterlagen nicht nachzufordern Gebrauch gemacht werden, ist das hier anzugeben. In bestimmten Ausnahmefällen kann bei EU-Vergabeverfahren der Auftraggeber gemäß § 47 Abs. 5 VgV vorschreiben, dass der Auftragnehmer oder ein Mitglied der Arbeitsgemeinschaft bestimmte kritische Aufgaben bei Dienstleistungsaufträgen oder kritische Verlege- oder Installationsarbeiten im Zusammenhang mit einem Lieferauftrag selbst ausführt. Wird dies gefordert, ist dies ebenfalls unter Nr. 10 anzugeben. Aufgrund der damit verbundenen Wettbewerbsbeschränkungen sollte von dieser Möglichkeit nur restriktiv Gebrauch gemacht werden; die Gründe sind im Vergabebericht zu dokumentieren. Weitere Angaben sind bei Vergaben im Bundesfernstraßenbau nur in den durch BMVI-Rundschreiben geregelten Fällen (z. B. Aufnahme von Regelungen zu kurzfristigen Änderungen der Bewerbungsbedingungen aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung) zu machen.
41	1	1.1		<b>Ausschreibung von IT-Leistungen</b>	<b>Ausschreibung von IT-Leistungen</b>
42	1	1.1	(14)	(13) Bei Ausschreibung von IT-Leistungen sind ergänzend die Unterlagen für die Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen zu verwenden.	(14) Bei Ausschreibung von IT-Leistungen sind ergänzend die Unterlagen für die Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen zu verwenden (siehe <a href="http://www.cio.bund.de/Web/DE/IT-Beschaffung/EVB-IT-und-BVB/Aktuelle_EVB-IT/aktuelle_evb_it_node.html">http://www.cio.bund.de/Web/DE/IT-Beschaffung/EVB-IT-und-BVB/Aktuelle_EVB-IT/aktuelle_evb_it_node.html</a> ).
43	1	1.2		<b>Angebotsschreiben</b>	<b>Angebotsschreiben</b>
44	1	1.2	(2)	(2) Dieses Angebotsschreiben ist nach dem Vordruck HVA L-StB Angebot (siehe Muster 1.2 – 1) aufzustellen.	(2) Dieses Angebotsschreiben ist nach dem Vordruck HVA L-StB <b>Angebotsschreiben</b> aufzustellen.
45	1	1.2	(3)	(3) Die ausschreibende Stelle hat im Vordruck auszufüllen: – Anschrift der Stelle, bei der das Angebot einzureichen ist, – gegebenenfalls Nr. der Ausschreibung/des Projektes oder Kennwort, – Datum des Ablaufs der Bindefrist (siehe § 10, § 12 EG VOL/A), – die Bezeichnung der Leistung (siehe Abschnitt 1.0 Allgemeines, Nr. (6)), – das Datum und ggf. Aktenzeichen der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe – gegebenenfalls weitere, vom Bieter dem Angebot beizufügende Anlagen, – gegebenenfalls unter Nr. 9 weitere, vom Bieter abzugebende Erklärungen.	(3) Die ausschreibende Stelle hat im Vordruck auszufüllen: – Anschrift der Stelle, bei der das Angebot einzureichen ist, <b>entfällt</b> <b>entfällt</b> – die Bezeichnung der Leistung, – das Datum und ggf. Aktenzeichen der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe – gegebenenfalls weitere, vom Bieter dem Angebot beizufügende Anlagen. <b>entfällt</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
46	1	1.2		(4) Die Bindefristen sind realistisch unter Berücksichtigung ggf. notwendiger Einschaltung vorgesetzter Dienststellen und der Bieterinformation gemäß § 101a GWB festzulegen und im Vergabevermerk zu begründen.	entfällt
47	1	1.2	(4)	nicht vorhanden	(4) In Nr. 5 wird durch statischen Verweis die Geltung der aktuell geltenden Ausgabe der VOL/B vereinbart. Ausschließlich für den Fall, dass hinsichtlich der Einbeziehung der VOL/B besondere Regelungen erforderlich sind, kann in dem dafür vorgesehenen Freitextfeld seitens der Vergabestelle eine entsprechende Anga-be vorgenommen werden.
48	1	1.2	(6)	<p>(6) Ist eine getrennte Vergabe einzelner Lose an verschiedene Bieter vorbehalten (siehe Abschnitt 1.1 Aufforderung zur Angebotsabgabe, Nr. (6)), so ist ein in den Nrn. 2 bis 4 erweiterter Vordruck „Angebotsschreiben“ aufzustellen:</p> <p>Beispiel für zwei Lose:</p> <p>2 Die Angebotssumme einschließlich Umsatzsteuer (brutto) gemäß Leistungsbeschreibung beträgt für</p> <p>Los 1.....EUR</p> <p>Los 2.....EUR</p> <p>Gesamtsumme.....EUR</p> <p>3 Anzahl der zum Angebot gehörenden Nebenangebote:</p> <p>Los 1 .....St.</p> <p>Los 2 .....St.</p> <p>4.1 Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme für Haupt- und Nebenangebote:</p> <p>Los 1 .....v. H.</p> <p>Los 2 .....v. H.</p> <p>4.2 Bei gemeinsamer Vergabe von Los 1 und Los 2 biete ich einen zusätzlichen Preisnachlass ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme für alle Haupt- und Nebenangebote an in Höhe von:</p> <p>Los 1 ..... v.H.</p> <p>Los 2 ..... v.H.“</p> <p>Bei mehr als zwei Losen sind für die zweckmäßigen Vergabekombinationen entsprechende Nachlassmöglichkeiten vorzusehen.</p>	<p>(6) Ist eine getrennte Vergabe einzelner Lose an verschiedene Bieter vorbehalten (siehe 1.1 Nr. (5)), so ist der in den Nrn. 2, 3 und 4 erweiterte Vordruck „Angebotsschreiben Lose“ (siehe Teil 4 Vordrucke) zu verwenden.</p> <p>entfällt</p>
49	1	1.3		<b>Besondere Vertragsbedingungen</b>	<b>Besondere Vertragsbedingungen</b>
50	1	1.3		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
51	1	1.3	(1)	(1) Besondere Vertragsbedingungen sind auf den Einzelfall abgestellte Ergänzungen der VOL/B und der ZVB (VOL) (siehe Anhang) im Sinne von § 9 Abs. 1 und § 11 EG Abs. 1 VOL/A. Alle für den Einzelfall erforderlichen Bedingungen technischer Art sind in der Leistungsbeschreibung, insbesondere in der „Ausführungsbeschreibung“, festzulegen.	(1) Besondere Vertragsbedingungen sind auf den Einzelfall abgestellte Ergänzungen der VOL/B und der ZVB (VOL) (siehe Anhang) im Sinne von <b>§ 29 Abs. 1 Nr. 3 VgV bzw. § 21 Abs. 1 UVgO</b> . Alle für den Einzelfall erforderlichen Bedingungen technischer Art sind in der Leistungsbeschreibung, insbesondere in der „Ausführungsbeschreibung“, festzulegen.
52	1	1.3	(2)	(2) Die Besonderen Vertragsbedingungen sind nach den Vordrucken HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen (siehe Muster 1.3 – 1) aufzustellen. Dabei sind die nachstehenden Regelungen zu beachten.	(2) Die Besonderen Vertragsbedingungen sind nach den Vordrucken HVA L-StB Besondere <b>Vertragsbedingungen aufzustellen</b> . Dabei sind die nachstehenden Regelungen zu beachten.
53	1	1.3		(3) frei	<b>entfällt</b>
54	1	1.3		<b>Vergütung</b>	<b>Vergütung</b>
55	1	1.3	(3)	(4) In Nr. 1 des Vordrucks HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen sind im Regelfall keine besonderen Bedingungen zu vereinbaren. Soll jedoch eine Pauschalierung der Vergütung vereinbart werden, so ist dies ausdrücklich anzugeben. Bei Leistungen mit zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht abschließend festlegbaren Mengen (z. B. Auftausalz) kann hier eine Mehr-/Mindermengenklausel (max. 20 %) aufgenommen werden.	(3) In Nr. 1 des Vordrucks HVA L-StB Besondere Vertragsbedingungen sind im Regelfall keine besonderen Bedingungen zu vereinbaren. Soll jedoch eine Pauschalierung der Vergütung vereinbart werden, so ist dies ausdrücklich anzugeben. Bei Leistungen mit zum Zeitpunkt der Ausschreibung nicht abschließend festlegbaren Mengen (z. B. Auftausalz) kann hier eine Mehr-/Mindermengenklausel (max. 20 %) aufgenommen werden.
56	1	1.3		<b>Ausführungsfristen</b>	<b>Ausführungsfristen</b>
57	1	1.3	(4)	(5) Die Ausführungsfristen sind ausreichend zu bemessen. Außergewöhnlich kurze Fristen sind nur bei besonderer Dringlichkeit vorzusehen und im Vergabevermerk zu begründen.	(4) Die Ausführungsfristen sind ausreichend zu bemessen. Außergewöhnlich kurze Fristen sind nur bei besonderer Dringlichkeit vorzusehen und im Vergabevermerk zu begründen.
58	1	1.3	(5)	(6) Einzelfristen sind nur in begründeten Fällen festzulegen.	(5) Einzelfristen sind nur in begründeten Fällen festzulegen.
59	1	1.3		<b>Abnahme</b>	<b>Abnahme</b>
60	1	1.3	(6)	(7) Wenn die förmliche Abnahme nicht zweckmäßig ist (z. B. regelmäßig zu erbringende Dienstleistungen, Reinigungsarbeiten, Kauf handelsüblicher Produkte) ist unter Nr. 3 des Vordrucks „Die Leistung ist förmlich abzunehmen“ „Nein“ anzukreuzen.	(6) <b>Wenn ausnahmsweise eine förmliche Abnahme vorgesehen werden soll</b> , ist unter Nr. 3 des Vordrucks „Die Leistung ist <b>förmlich abzunehmen</b> “ „Ja“ anzukreuzen.
61	1	1.3		<b>Vertragsstrafen</b>	<b>Vertragsstrafen</b>
62	1	1.3	(7)	(8) Vertragsstrafen bei Überschreitung der Ausführungsfristen – Nr. 4 des Vordrucks – sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen festzulegen. § 9 Abs. 2 und § 11 EG Abs. 2 VOL/A ist restriktiv anzuwenden.	(7) Vertragsstrafen bei Überschreitung der Ausführungsfristen – Nr. 4 des Vordrucks – sind nur in besonders begründeten Ausnahmefällen festzulegen. <b>entfällt</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
63	1	1.3	(8)	(9) Eine Vertragsstrafe ist nach Nr. 4.1 des Vordrucks als Vomhundertsatz pro Werktag festzulegen; dessen Höhe darf gemäß § 11 Nr. 2 VOL/B je Werktag max. 1/12 v. H. des Wertes desjenigen Teils der Leistung betragen, der nicht genutzt werden kann.	(9) Eine Vertragsstrafe ist als Betrag pro Werktag festzulegen. Dessen Höhe soll gemäß § 11 Nr. 2 VOL/B max. 0,083 % (1/12 v.H.) des Wertes desjenigen Teils der Leistung betragen, der nicht genutzt werden kann. Die Summe der zu zahlenden Vertragsstrafen wird auf insgesamt 5 % der sich aus dem Zuschlagsschreiben ergebenden Netto-Auftragssumme begrenzt. Dabei ist die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von Einzelfristen der Teil der Netto-Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht. Das zu den jeweiligen Einzelfristen zugehörige Leistungssoll ist in der Leistungsbeschreibung aufzuführen.
64	1	1.3		<b>Mängelansprüche</b>	<b>Mängelansprüche</b>
65	1	1.3	(9)	(10) Soll von den Bestimmungen über die Verjährungsfristen für Mängelansprüche in § 14 Nr. 3 VOL/B oder den Ergänzenden Vertragsbedingungen abgewichen werden, sind sie in den Besonderen Vertragsbedingungen in Nr. 5 des Vordrucks festzulegen und im Vergabevermerk zu begründen.	(9) Soll von den Bestimmungen über die Verjährungsfristen für Mängelansprüche in § 14 Nr. 3 VOL/B oder den Ergänzenden Vertragsbedingungen abgewichen werden, sind sie in den Besonderen Vertragsbedingungen in Nr. 5 des Vordrucks festzulegen und im Vergabevermerk zu begründen.
66	1	1.3		nicht vorhanden	<b>Rechnungen</b>
67	1	1.3	(10)	nicht vorhanden	(10) Sind Teilleistungen im Leistungsverzeichnis Dritten (Land, Kreis, etc.) zuzuordnen, ist dies unter Nr. 6 des Vordrucks im Textfeld: „Für folgende Teilleistungen sind getrennte Rechnungen zu erstellen: .....“ einzutragen.
68	1	1.3		<b>Sicherheitsleistungen</b>	<b>Sicherheitsleistungen</b>
69	1	1.3	(11)	(11) Sicherheitsleistungen dürfen nur ausnahmsweise (§ 9 Abs. 4 und § 11 EG Abs. 4 VOL/A) und dann erst ab einem Auftragswert von mehr als 50.000 € für die Durchführung der verlangten Leistung (Vertragserfüllung) gefordert werden. Sie sind dann unter Nr. 7 in den Besonderen Vertragsbedingungen zu vereinbaren. Die Vereinbarung von Sicherheitsleistungen ist im Vergabevermerk zu begründen.	(11) Sicherheitsleistungen sollen nur ausnahmsweise und dann erst ab einem Auftragswert von mehr als 50.000 € netto (§ 18 Nr. 1 Abs. 1 VOL/B) für die Durchführung der verlangten Leistung (Vertragserfüllung) gefordert werden. Sie sind dann unter Nr. 7 in den Besonderen Vertragsbedingungen zu vereinbaren. Die Vereinbarung von Sicherheitsleistungen ist im Vergabevermerk zu begründen.
70	1	1.3		<b>Weitere Besondere Vertragsbedingungen</b>	<b>Weitere Besondere Vertragsbedingungen</b>
71	1	1.3	(12)	(12) Weitere nach den Verhältnissen und Erfordernissen des Einzelfalls unumgänglich notwendige Bedingungen, sind in den „Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“ gemäß Vordruck „HVA L-StB Weitere Besondere Vertragsbedingungen“ (siehe Vordrucke) festzulegen.	(12) Weitere nach den Verhältnissen und Erfordernissen des Einzelfalls unumgänglich notwendige Bedingungen, sind in den „Weiteren Besonderen Vertragsbedingungen“ gemäß Vordruck „HVA L-StB Weitere Besondere Vertragsbedingungen“ (siehe Teil 4 Vordrucke) festzulegen.
72	1	1.4		<b>Leistungsbeschreibung</b>	<b>Leistungsbeschreibung</b>
73	1	1.4		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
74	1	1.4	(1)	(1) Beim Aufstellen der Leistungsbeschreibung sind die § 7 und § 8 EG VOL/A zu beachten.	(1) Beim Aufstellen der Leistungsbeschreibung sind unterhalb der Schwelle § 23 und § 24 UVgO und oberhalb der Schwelle die §§ 31-34 VgV zu beachten.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
75	1	1.4	(3)	(3) Sind gemäß § 2 und § 2 EG (2) VOL/A in sich abgeschlossene Teile der Leistung getrennt zu vergeben, ist die Ausschreibung nach Losen zu gliedern.  Für jedes Los ist ein eigenes Leistungsverzeichnis aufzustellen, gegebenenfalls eine eigene Leistungsbeschreibung.	(3) Sind <u>unterhalb der Schwelle gemäß § 22 UVgO und oberhalb gemäß § 30 VgV</u> in sich abgeschlossene Teile der Leistung getrennt zu vergeben, ist die Ausschreibung nach Losen zu gliedern.  Für jedes Los ist ein eigenes Leistungsverzeichnis aufzustellen, gegebenenfalls eine eigene Leistungsbeschreibung.
76	1	1.4		<b>Titelblatt</b>	<b>Titelblatt</b>
77	1	1.4	(4)	(4) Die Leistungsbeschreibung beginnt mit einem „Titelblatt“, das nach dem Vordruck HVA L-StB Titelblatt Leistungsbeschreibung „Leistungsbeschreibung“ (siehe Muster 1.4 – 1) aufzustellen ist.	(4) Die Leistungsbeschreibung beginnt mit einem „Titelblatt“, das nach dem Vordruck HVA L-StB Titelblatt <u>Leistungsbeschreibung (siehe Muster 1.4 – 1)</u> aufzustellen ist.
78	1	1.4		<b>Ausführungsbeschreibung</b>	<b>Leistung-/Ausführungsbeschreibung</b>
79	1	1.4	(5)	(5) In der Ausführungsbeschreibung ist eine allgemeine Darstellung der Leistung zu geben. Darin sind alle Angaben, Anforderungen und Bedingungen aufzunehmen, die zur Beschreibung der Leistung neben dem Leistungsverzeichnis erforderlich sind und dem Verständnis der Beschreibung der einzelnen Teilleistungen dienen.  Leistungen, die sich nach Art und Umfang bestimmen lassen, sind nicht in der Ausführungsbeschreibung anzugeben, sondern als Positionen in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen.  ...	(5) In der <u>Leistung-/Ausführungsbeschreibung</u> ist eine allgemeine Darstellung der Leistung zu geben. Darin sind alle Angaben, Anforderungen und Bedingungen aufzunehmen, die zur Beschreibung der Leistung neben dem Leistungsverzeichnis erforderlich sind und dem Verständnis der Beschreibung der einzelnen Teilleistungen dienen.  Leistungen, die sich nach Art und Umfang bestimmen lassen, sind nicht in der Leistungs-/Ausführungsbeschreibung anzugeben, sondern als Positionen in das Leistungsverzeichnis aufzunehmen.  <u>Bei Verhandlungsverfahren gem. § 12 Abs. 4 UVgO sind diejenigen Leistungsbereiche zu benennen, über die nicht verhandelt werden kann (Mindestanforderungen).</u>  ...
80	1	1.4	(6)	(6) Die Ausführungsbeschreibung ist wie folgt zu gliedern: 1. Allgemeine Beschreibung der Leistung, 2. Beschreibung der örtlichen Verhältnisse, 3. Angaben zur Ausführung, 4. Ausführungsunterlagen, 5. Ergänzende Vertragsbedingungen. In diesen Abschnitten sind je nach Art der Leistung Angaben in der nachstehenden Reihenfolge, soweit erforderlich, zu machen.	(6) Die <u>Leistung-/Ausführungsbeschreibung</u> ist wie folgt zu gliedern: 1. Allgemeine Beschreibung der Leistung, 2. Beschreibung der örtlichen Verhältnisse, 3. Angaben zur Ausführung, 4. Ausführungsunterlagen, 5. Ergänzende Vertragsbedingungen. In diesen Abschnitten sind je nach Art der Leistung Angaben in der nachstehenden Reihenfolge, soweit erforderlich, zu machen.
81	1	1.4		<b>Sonstige Anlagen</b>	<b>Sonstige Anlagen</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
82	1	1.4	(21)	(21) Sonstige Anlagen können z. B. sein: – Zeichnungen, – Detailpläne, – Mengenermittlungen, – Lieferzeitpläne.	(21) Sonstige Anlagen können z. B. sein: – Zeichnungen <b>und Detailpläne</b> ,  – Mengenermittlungen, – Lieferzeitpläne.
83	1	1.5		<b>Teilnahmewettbewerb</b>	<b>Teilnahmewettbewerb</b>
84	1	1.5	(1)	(1) Bei allen Verfahren mit Teilnahmewettbewerb sind die vom Auftraggeber erstellten Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb interessierten Bewerbern mit dem Vordruck „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ (siehe Muster 1.5 - 3) zu übersenden.	(1) Bei allen Verfahren mit Teilnahmewettbewerb sind die vom Auftraggeber erstellten Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb interessierten <b>Unternehmen</b> mit dem Vordruck „HVA L-StB Aufforderung <b>Teilnahmewett-bewerb/Interessensbestätigung</b> “ zur Verfügung zu stellen. <b>Dies trifft auch bei Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte zu, bei denen die Vorinformation nach § 38 Abs. 4 VgV als Aufruf zum Wettbewerb dient.</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
85	1	1.5	(2)	<p>(2) Die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb sollten zweckmäßigerweise analog den Unterlagen zum Vergabeverfahren (Abschnitt 1.0) in zwei unterschiedlichen Heftungen gestaltet werden, und zwar</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– in eine Heftung „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ und</li><li>– in eine Heftung „Teilnahmeantrag“.</li></ul> <p>(3) Die Heftung „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ umfasst sämtliche an die Bewerber abzugebenden Unterlagen und besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb (siehe Muster 1.5 - 3)</li><li>– Vordruck HVA L-StB Bewerbungsbedingungen Teilnahmewettbewerb (siehe Muster 1.5 - 1),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Teilnahmeantrag (siehe Muster 1.5 - 4),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Muster 1.0 - 7)</li><li>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bürgergemeinschaft (siehe Muster 1.5 - 2),</li><li>– Informationsunterlage zum Leistungsgegenstand.</li></ul> <p>Die Heftung „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ ist dafür bestimmt, in den Akten des Bewerbers zu verbleiben.</p> <p>(4) Die Heftung „Teilnahmeantrag“ enthält nur die Teile der Unterlagen, in die der Bewerber Eintragungen zu machen hat und besteht aus:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Teilnahmeantrag (siehe Nr. (3)),</li><li>– Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Muster 1.0 – 7).</li></ul> <p>– Vordruck HVA L-StB Erklärung Bürgergemeinschaft (siehe Nr. (3)).</p> <p>Die Heftung „Teilnahmeantrag“ ist dafür bestimmt, als Antrag an den Auftraggeber eingereicht zu werden.</p>	<p>(2) Die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb <b>umfassen sämtliche an die Bewerber abzugebenden Unterlagen und bestehen aus:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Vordruck HVA L-StB Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung und aus den folgenden zugehörigen Anlagen.</li></ul> <p><b>Anlagen A): Unterlagen, die beim Bewerber verbleiben und im Teilnahmewettbewerb zu beachten sind:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– HVA L-StB Bewerbungsbedingungen Teilnahmewettbewerb</li><li>– HVA L-StB Gewichtung Auswahlkriterien</li><li>– Leistungsbeschreibung</li></ul> <p><b>Anlagen B): Unterlagen, die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Teilnahmeantrag bzw. Interessensbestätigung einzureichen sind:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– HVA L-StB Teilnahmeantrag/Interessensbestätigung</li><li>– HVA L-StB Eigenerklärung Eignung,</li><li>– Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)</li><li>– HVA L-StB Erklärung Bürgergemeinschaft,</li><li>– HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen,</li><li>– HVA L-StB Verpflichtungserklärung.</li></ul> <p>Gemäß § 41 Abs. 1 VgV sind die vollständigen Vergabeunterlagen ab dem Tag der Auftragsbekanntmachung (= Einleitung des Teilnahmewettbewerbs mit der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb bzw. zur Interessensbestätigung) unentgeltlich, uneingeschränkt, direkt und vollständig zur Verfügung zu stellen. Da-her sind die vollständigen Vergabeunterlagen durch Verweis auf eine Internetplattform oder wenn eine sol-che Plattform nicht zur Verfügung steht durch Angabe der Bezugsadresse bereit zu stellen.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
86	1	1.5	(3)	<p>(5) Die Vordrucke sind gemäß den Vorgaben und Hinweisen in anliegenden Mustern auszufüllen.</p> <p>Zum Vordruck „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ werden folgende Hinweise gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- In Nr. 5.2 sind die konkret geforderten Angaben bzw. Nachweise gemäß den Angaben in der Bekanntmachung und unter Nr. 11 der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb anzugeben.</li> <li>- In Nr. 10 der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb darf bei hinreichend geeigneten Bewerbern die Anzahl nicht unter drei, im Rahmen eines Nichtoffenen Verfahrens nicht unter fünf liegen.</li> </ul> <p>In der Informationsunterlage zum Leistungsgegenstand müssen neben der eindeutigen Beschreibung insbesondere die Mindestanforderungen aufgeführt sein.</p>	<p>(3) Die Vordrucke sind gemäß den Vorgaben und <b>nachfolgenden</b> Hinweisen auszufüllen.</p> <p>Zu dem Vordruck „HVA L-StB <b>Aufforderung Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung</b>“ werden folgende Hinweise gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– In Nr. 6 der <b>Aufforderung</b> darf bei <b>hinreichender Anzahl geeigneten Bewerbern</b> die Anzahl nicht unter drei, im Rahmen eines <b>nicht offenen</b> Verfahrens nicht unter fünf liegen.</li> <li>– In der <b>Anlage zu Nr. 7 (HVA L-StB Gewichtung Auswahlkriterien)</b> sind zu den im jeweiligen Vergabeverfahren konkret geforderten Eignungskriterien die zugehörigen Anforderungen und die Wichtungen anzugeben.</li> </ul> <p>In der Informationsunterlage zum Leistungsgegenstand müssen neben der eindeutigen Beschreibung insbesondere die Mindestanforderungen aufgeführt sein.</p>
87	2			<b>Richtlinien für das Durchführen der Vergabeverfahren</b>	<b>Richtlinien für das Durchführen der Vergabeverfahren</b>
88	2			<b>Inhaltsverzeichnis</b>	<b>Inhaltsverzeichnis</b>
89	2	2.0		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
90	2	2.0	(1)	<p>(1) Die „Richtlinien für das Durchführen der Vergabeverfahren“ sind von den Dienststellen zur einheitlichen Anwendung der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen, Teil A: Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Leistungen (VOL/A), der Vergabeverordnung (VgV) und des 4. Teils des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) zu beachten.</p> <p>Sie enthalten Regelungen und Muster für das Durchführen der Vergabeverfahren nach VOL/A.</p>	<p>(1) Die „Richtlinien für das Durchführen der Vergabeverfahren“ sind von den <b>Vergabestellen</b> zur einheitlichen Anwendung der „<b>Verfahrensordnung für öffentliche Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EUSchwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO)</b>“, der „<b>Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV)</b>“ und des <b>vierten</b> Teils des „Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)“ zu beachten.</p> <p>Sie enthalten Regelungen und Muster für das Durchführen der Vergabeverfahren nach <b>UVgO (für den Bereich unterhalb der EU-Schwellenwerte)</b> sowie <b>VgV (für den Bereich oberhalb der Schwellenwerte)</b>.</p>
91	2	2.0	(2)	<p>(2) Bei der beabsichtigten Vergabe von Aufträgen ist zu prüfen, ob die voraussichtliche Auftragssumme die EU-Schwellenwerte überschreitet und daher für das Vergabeverfahren die zusätzlichen Bestimmungen des 4. Teils des GWB, der VgV und des Abschnittes 2 der VOL/A anzuwenden sind.</p>	<p>(2) Bei der beabsichtigten Vergabe von Aufträgen ist <b>nach § 3 VgV</b> zu prüfen, ob die voraussichtliche Auftragssumme die EU-Schwellenwerte überschreitet und daher für das Vergabeverfahren <b>die Bestimmungen</b> des 4. Teils des GWB <b>und</b> der <b>VgV anzuwenden</b> sind.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
92	2	2.0	(3)	(3) Bei Durchführung des Vergabeverfahrens ist die nach § 2 Abs. 2 VOL/A vorgesehene Vergabe nach Losen zu beachten. Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist zusätzlich § 97 Abs. 3 GWB zu berücksichtigen. Gründe für ein Abweichen sind aktenkundig zu machen und dem Vergabevermerk beizufügen.	(3) Bei Durchführung des Vergabeverfahrens ist die nach § 30 Abs. 1 VgV, § 97 Abs. 4 GWB und § 22 UVgO vorgesehene Vergabe nach Losen zu beachten. <b>entfällt</b>  Gründe für ein Abweichen <b>sind im Vergabevermerk</b> (vgl. §§ 6 UVgO sowie 8 VgV) <b>zu dokumentieren</b> .
93	2	2.0		(4) Wird von der Öffentlichen Ausschreibung bzw. vom Offenen Verfahren ausnahmsweise abgewichen, sind die Gründe dafür im Einzelnen aktenkundig zu machen und dem Vergabevermerk beizufügen. Ein Hinweis auf die entsprechende Textstelle der VOL/A reicht für sich allein nicht aus. Eine Begründung ist nicht erforderlich bei Freihändigen Vergaben (§ 3 Abs. 5 i) VOL/A) bis zu einer Auftragssumme von 10.000 EUR (ohne Umsatzsteuer), soweit nicht durch Landesregelung etwas anderes festgelegt ist. In diesem Fall ist eine Preisanfrage in Textform bei mindestens drei Anbietern vorzunehmen.	(4) Oberhalb der EU-Schwellenwerte stehen gemäß § 14 Abs. 2 VgV das offene Verfahren und das nicht offene Verfahren, dem stets ein Teilnahmewettbewerb vorangehen muss, nach Wahl des öffentlichen Auftraggebers zur Verfügung. Unterhalb der EU-Schwellenwerte stehen gemäß § 8 Abs. 2 UVgO die öffentliche Ausschreibung sowie die beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb nach Wahl des öffentlichen Auftraggebers zur Verfügung. Für Maßnahmen im Bundesfernstraßenbau ist jedoch in der Regel immer das offene Verfahren bzw. die öffentliche Ausschreibung anzuwenden.
94	2	2.0	(5)	(5) Leistungen bis zu einem Auftragswert von 500 Euro (ohne Umsatzsteuer) können ohne ein förmliches Vergabeverfahren (Direktkauf) unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beschafft werden (§ 3 Abs. 6 VOL/A).	(5) Leistungen bis zu einem Auftragswert von <b>1000 Euro</b> (ohne Umsatzsteuer) können ohne ein förmliches Vergabeverfahren (Direktauftrag) unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beschafft werden (§ 14 UVgO).
95	2	2.0	(6)	(6) Ist ein Abweichen von einer Öffentlichen Ausschreibung unumgänglich, ist dennoch ein bestmöglicher Wettbewerb dadurch anzustreben, dass  - bei Beschränkten Ausschreibungen unter den Bewerbern zu wechseln ist und - bei einer Freihändigen Vergabe möglichst mehrere Bewerber aufzufordern sind.  Die Gründe für die getroffene Auswahl der aufzufordernden Bewerber sind im Vergabevermerk zu dokumentieren und zu erläutern.	(6) Ist <b>eine Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb oder eine Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb</b> unumgänglich, ist dennoch ein bestmöglicher Wettbewerb dadurch anzustreben, dass  - bei Beschränkten Ausschreibungen unter den <b>Unternehmen</b> zu wechseln ist und - bei einer <b>Verhandlungsvergabe</b> möglichst mehrere <b>Unternehmen (mindestens drei)</b> aufzufordern sind (§ 12 UVgO) .  Die Gründe für die getroffene Auswahl der aufzufordernden Unternehmen sind im Vergabevermerk zu dokumentieren und zu erläutern.
96	2	2.0	(7)	(7) Hat ein Bieter oder Bewerber vor Einleitung des Vergabeverfahrens den Auftraggeber beraten oder sonst unterstützt, so hat der Auftraggeber sicherzustellen, dass der Wettbewerb durch die Teilnahme des Bieters oder Bewerbers nicht verfälscht wird. Im Vergabeverfahren dürfen keine natürlichen Personen mitwirken, die als voreingenommen gelten. § 16 VgV ist zu beachten.	(7) Hat ein <b>Unternehmen</b> vor Einleitung des Vergabeverfahrens den Auftraggeber beraten oder sonst unterstützt, so hat der Auftraggeber sicherzustellen, dass der Wettbewerb durch die Teilnahme dieses <b>Unternehmens</b> nicht verfälscht wird (§ 5 Abs. 1 UVgO und § 7 VgV). Im Vergabeverfahren dürfen keine natürlichen Personen mitwirken, die als voreingenommen gelten. <b>Die §§ 4 UVgO sowie 6 VgV sind</b> zu beachten.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
97	2	2.0	(8)	<p>(8) Beim Durchführen der Vergabeverfahren ist das Gebot der Geheimhaltung strikt zu beachten. Namen und Zahl der Bewerber dürfen weder den Bewerbern noch Dritten mitgeteilt werden.</p> <p>Mitteilungen über Einzelheiten aus Bewerbungen oder Angeboten, über Inhalt von Verhandlungen mit Bietern, über Stand und Ergebnisse der Angebotswertung und dergleichen sowie Unterlagen darüber dürfen nur an die mit der Vergabe unmittelbar befassten Bediensteten gegeben werden.</p>	<p>(8) Beim Durchführen der Vergabeverfahren ist das Gebot der Geheimhaltung (§ 3 UVgO und § 5 VgV) strikt zu beachten. Namen und Zahl der am Wettbewerb beteiligten Unternehmen dürfen nicht mitgeteilt werden.</p> <p>Mitteilungen über Einzelheiten aus Bewerbungen oder Angeboten, über Inhalt von Verhandlungen mit Bietern, über Stand und Ergebnisse der Angebotswertung und dergleichen sowie Unterlagen darüber dürfen nur an die mit der Vergabe unmittelbar befassten Bediensteten gegeben werden.</p>
98	2	2.0		<b>Nachprüfungsverfahren</b>	<b>Nachprüfungsverfahren</b>
99	2	2.0	(10)	<p>(10) Bei Vergabeverfahren, auf die die VgV und der 4. Teil des GWB anzuwenden sind, ist ein Unternehmen (Bewerber, Bieter), das sich in seinen Rechten verletzt glaubt, berechtigt, gemäß § 107 Abs. 2 GWB ein Nachprüfungsverfahren bei der in den Vergabeunterlagen benannten Vergabekammer zu beantragen.</p> <p>Zwingende Voraussetzung für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer ist die unverzügliche bzw. rechtzeitige Rüge des behaupteten Vergabeverstoßes bei der Vergabestelle (§ 107 Abs. 3, Nrn. 1. bis 4. GWB).</p> <p>Nach Eingang der Rüge ergibt sich für die Vergabestelle die Aufgabe zu prüfen, ob der behauptete Verstoß vorliegt und in vollem Umfang abgestellt werden kann.</p> <p>Wenn ja, ist der Beschwerdeführer über die Beseitigung des Verstoßes zu informieren.</p> <p>Wenn nein, erfolgt die unverzügliche Benachrichtigung der vorgesetzten Dienststelle mit Stellungnahme zur Rüge. Ergänzend ist dabei zu prüfen, ob</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– das Unternehmen den Verstoß im Vergabeverfahren unverzüglich bzw. rechtzeitig gegenüber der Vergabestelle gerügt hat (§ 107 Abs. 3 GWB),</li><li>– ein Antrag auf Gestattung des Zuschlages gemäß § 115 Abs. 2 GWB nach Zustellung eines etwaigen Antrages auf Nachprüfung durch die Vergabekammer zu stellen ist.</li></ul> <p>Kriterien hierfür sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Interesse der Allgemeinheit am raschen Abschluss des Vergabeverfahrens,</li><li>• Darstellung aller möglichen geschädigten Interessen,</li><li>• Darstellung aller Nachteile einer Verzögerung.</li></ul>	<p>(10) Bei Vergabeverfahren oberhalb des EU-Schwellenwertes, auf die die VgV und der 4. Teil des GWB anzuwenden sind, ist ein Unternehmen, das sich in seinen Rechten verletzt glaubt, berechtigt, gemäß § 160 Abs. 2 GWB ein Nachprüfungsverfahren bei der in den Vergabeunterlagen benannten Vergabekammer zu beantragen.</p> <p>Zwingende Voraussetzung für die Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer ist die fristgerechte Rüge des behaupteten Vergabeverstoßes bei der Vergabestelle (§ 160 Abs. 3, Nrn. 1. bis 4. GWB).</p> <p>Nach Eingang der Rüge ergibt sich für die Vergabestelle die Aufgabe zu prüfen, ob der behauptete Verstoß vorliegt und in vollem Umfang abgestellt werden kann.</p> <p>Wenn ja, ist der Beschwerdeführer über die Beseitigung des Verstoßes zu informieren.</p> <p>Wenn nein, erfolgt die unverzügliche Benachrichtigung der vorgesetzten Dienststelle mit Stellungnahme zur Rüge. Ergänzend ist dabei zu prüfen, ob</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– das Unternehmen den Verstoß im Vergabeverfahren fristgerecht gegenüber der Vergabestelle gerügt hat (§ 160 Abs. 3 GWB),</li><li>– ein Antrag auf Gestattung des Zuschlages gemäß § 169 Abs. 2 GWB nach Zustellung eines etwaigen Antrages auf Nachprüfung durch die Vergabekammer zu stellen ist.</li></ul> <p>Kriterien hierfür sind insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• das Interesse der Allgemeinheit am raschen Abschluss des Vergabeverfahrens,</li><li>• Darstellung aller möglichen geschädigten Interessen,</li><li>• Darstellung aller Nachteile einer Verzögerung.</li></ul>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
100	2	2.0	(10)	<p>Über das Ergebnis der Prüfung, dass ein Verstoß gegen Vergabebestimmungen nicht vorliegt, ist in Abstimmung mit der vorgesetzten Dienststelle der Beschwerdeführer unverzüglich zu informieren und auf die Ausschlussfrist nach § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB hinzuweisen.</p> <p>Nach Zustellung eines Antrages auf Nachprüfung an den Auftraggeber (§ 115 Abs. 1 GWB) durch die Vergabekammer ergeben sich für diesen folgende Verpflichtungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Sofortige Abgabe der Vergabeakten an die Vergabekammer wobei die Stellen in den Unterlagen zu kennzeichnen sind, die dem Geheimschutz unterliegen (§ 111 Abs. 3 GWB). Von den wichtigsten abzugebenden Unterlagen sind Kopien zu fertigen.</li> <li>– Abgabe einer Stellungnahme an die Vergabekammer zum Antrag auf Nachprüfung.</li> <li>– Gegebenenfalls schriftlicher Antrag auf Gestattung des Zuschlages (§ 115 Abs. 2 GWB) mit Begründung an die Vergabekammer.</li> <li>– Benennung der sonstigen Beteiligten, insbesondere der Bieter in der engeren Wahl, an die Vergabekammer.</li> <li>– Sicherstellung, dass keine Zuschlagserteilung erfolgt (§ 115 Abs. 1 GWB). Ein dennoch abgeschlossener Vertrag kann in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 101b GWB von Anfang an für unwirksam erklärt werden.</li> <li>– Verlängerung der Bindefrist für alle Bieter der engeren Wahl unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Verfahrensdauer (in der Regel ca. 14 Wochen).</li> </ul>	<p>Über das Ergebnis der Prüfung, dass ein Verstoß gegen Vergabebestimmungen nicht vorliegt, ist in Abstimmung mit der vorgesetzten Dienststelle der Beschwerdeführer unverzüglich zu informieren und auf die Ausschlussfrist nach § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB hinzuweisen. <b>Die vorgenannte Ausschlussfrist hat keinen Einfluss auf den Ablauf der Wartefrist nach § 134 GWB.</b></p> <p>Nach Zustellung eines Antrages auf Nachprüfung an den Auftraggeber (§ 169 Abs. 1 GWB) durch die Vergabekammer ergeben sich für diesen folgende Verpflichtungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Sofortige Abgabe der Vergabeakten an die Vergabekammer wobei die Stellen in den Unterlagen zu kennzeichnen sind, die dem Geheimschutz unterliegen (§ 165 Abs. 3 GWB). Von den wichtigsten abzugebenden Unterlagen sind Kopien zu fertigen.</li> <li>– Abgabe einer Stellungnahme an die Vergabekammer zum Antrag auf Nachprüfung.</li> <li>– Gegebenenfalls schriftlicher Antrag auf Gestattung des Zuschlages (§ 169 Abs. 2 GWB) mit Begründung an die Vergabekammer.</li> <li>– Benennung der sonstigen Beteiligten, insbesondere der Bieter in der engeren Wahl, an die Vergabekammer.</li> <li>– Sicherstellung, dass keine Zuschlagserteilung erfolgt (§ 169 Abs. 1 GWB). Ein dennoch abgeschlossener Vertrag kann in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 135 GWB von Anfang an für unwirksam erklärt werden.</li> <li>– Verlängerung der Bindefrist für alle Bieter der engeren Wahl unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Verfahrensdauer (in der Regel ca. 14 Wochen).</li> </ul>
101	2	2.0		<b>Vergabevermerk (Dokumentation gemäß § 20 bzw. § 24 EG VOL/A)</b>	<b>Vergabevermerk (Dokumentation gemäß § 6 UVgO bzw. § 8 VgV)</b>
102	2	2.0	(11)	<p>(11) Das gesamte Vergabeverfahren ist gemäß § 20 bzw. § 24 EG VOL/A in einem Vergabevermerk gemäß den Vordrucken HVA L-StB Teilnahmewettbewerb National und EU, HVA L-StB Vergabevermerk National bzw. HVA L-StB EU-Vergabevermerk zeitnah zu dokumentieren.</p> <p>Der Vergabevermerk muss die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen, die maßgebenden Feststellungen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen enthalten.</p>	<p>(11) Das gesamte Vergabeverfahren ist gemäß § 6 UVgO bzw. § 8 VgV in einem <b>Vergabevermerk zeitnah</b> zu dokumentieren.</p> <p>Der Vergabevermerk muss die einzelnen Stufen des Verfahrens, die einzelnen Maßnahmen, die maßgebenden Feststellungen sowie die Begründung der einzelnen Entscheidungen enthalten.</p> <p><b>Ein Vordruck, welcher als Muster für einen solchen Vergabevermerk dienen kann, ist im Teil 4 Vordrucke enthalten.</b></p>
103	2	2.1		<b>Bekanntmachungen</b>	<b>Bekanntmachungen</b>
104	2	2.1		<b>Vergaben von Leistungen ab den EU-Schwellenwerten</b>	<b>Vergaben ab den EU-Schwellenwerten</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
105	2	2.1	(1)	(1) Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist immer eine Vorinformation zu veröffentlichen, wenn die Vergabestelle die Frist für den Eingang der Angebote nach § 12 EG Abs. 3 VOL/A verkürzen möchte. Dabei genügt es, in die Vorinformation nur die Informationen aufzunehmen, die zum Zeitpunkt der Absendung verfügbar sind.	(1) Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist immer eine Vorinformation zu veröffentlichen wenn die Vergabestelle die Frist für den Eingang der Angebote nach <b>§ 38 VgV</b> verkürzen möchte. Dabei genügt es, in die Vorinformation nur die Informationen aufzunehmen, die zum Zeitpunkt der Absendung verfügbar sind. <b>Gilt die Vorinformation gleichzeitig auch als Aufforderung zur Interessensbekundung ist gemäß § 38 Abs. 4 Nr. 2 VgV der Hinweis aufzunehmen, dass dieser Auftrag ohne spätere Veröffentlichung einer gesonderten Auftragsbekanntmachung vergeben wird. Weiterhin sind die Regelungen des § 38 Abs. 4 und 5 VgV zu beachten.</b>
106	2	2.1	(2)	(2) Bekanntmachungen von Vorinformationen, Offenen und Nichtoffenen Verfahren, Wettbewerblichen Dialogen sowie Verhandlungsverfahren mit öffentlicher Vergabebekanntmachung von Lieferungen und Dienstleistungen sind auf der Homepage des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union in Luxemburg online unter <a href="http://www.simap.europa.eu">www.simap.europa.eu</a> unter der Rubrik „Auftraggeberseite“ zu veröffentlichen.  Bei Nutzung der Online-Formulare ist eine vorherige Anmeldung und Registrierung erforderlich.	(2) Bekanntmachungen von Vorinformationen, <b>offenen</b> und <b>nicht offenen</b> Verfahren, <b>wettbewerblichen Dialogen</b> , <b>Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb</b> sowie <b>Innovationspartnerschaften</b> sind auf der Homepage des Amtes für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen <b>Gemeinschaften in Luxemburg</b> online unter <a href="http://www.simap.ted.europa.eu">www.simap.ted.europa.eu</a> zu veröffentlichen.  Bei Nutzung der Online-Formulare ist eine vorherige Anmeldung und Registrierung erforderlich.
107	2	2.1		(3) Ist eine Online-Bearbeitung nicht möglich oder zweckmäßig, sind die o. g. Bekanntmachungen mit den genannten Vordrucken zu erstellen und per E-Mail an das Amtsblatt der EU (Anschrift: Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU, rue mercier, L-2985 Luxemburg 1, Telefax: 00352-292942670, EMail <a href="mailto:ojs@publications.europa.eu">ojs@publications.europa.eu</a> ) zu senden. Hierfür sind folgende Vordrucke zu verwenden: – Vordruck HVA L-StB Anschreiben EU-Ausschreibung, – Vordruck EU-Vorinformation, – Vordruck EU-Bekanntmachung, – Vordruck EU-Änderungsbekanntmachung.	<b>entfällt</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
108	2	2.1	(3)	<p>(4) Die Vordrucke sind entsprechend den Mustern 2.1 – 1 Anschreiben EU-Ausschreibung, 2.1 – 2 Vorinformation und 2.1 – 3 Bekanntmachung auszufüllen. Ein Muster zur Bekanntmachung einer Änderungsbekanntmachung ist nicht beigelegt. Die in den Mustern mit # gekennzeichneten Texte sind Standardtexte. Beim Ausfüllen der Vordrucke ist folgendes zu beachten: – Die Abschnitte und Abschnittsnummerierungen auf den Vordrucken dürfen nicht geändert werden. – Einzutragende Texte sind möglichst knapp zu halten. Der Inhalt der Bekanntmachungen, die nicht auf elektronischem Wege erstellt und übermittelt werden, ist auf ca. 650 Wörter beschränkt; Seitenumbrüche sind zu vermeiden. – Es müssen alle Felder ausgefüllt werden, mit Ausnahme der mit den Zusätzen „falls zutreffend“ gekennzeichneten Texte. – Felder mit der Anmerkung „falls bekannt“ müssen ausgefüllt werden, wenn die Angabe verfügbar und relevant ist.</p>	<p>(3) entfällt</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
109	2	2.1	(3)	<p>...(4) Weiterhin ist zu den einzelnen Vordrucken folgendes zu beachten: Vordruck EU-Vorinformation „Vorinformation“: – In I.2) ist unter Haupttätigkeit das Feld „Sonstiges“ anzukreuzen und mit dem Zusatz „Straßenbau“ zu ergänzen. – Der Abschnitt II.A ist nicht auszufüllen; er gilt ausschließlich für Bauleistungen.</p> <p>– In Abschnitt II.B, Ziffer II.2), ist der NUTS-Code immer anzugeben. Die NUTS-Codes sind auf der Internetseite der EU (<a href="http://www.simap.europa.eu">www.simap.europa.eu</a>) über den Link "<a href="http://simap.europa.eu/codes-and-nomenclatures/codes-nuts/codes-nuts-table_de.htm">http://simap.europa.eu/codes-and-nomenclatures/codes-nuts/codes-nuts-table_de.htm</a>" einzusehen.</p> <p>– In II.4) ist die CPV-Nummer stets anzugeben. Die maßgebende CPV-Nummer kann über die Internetseite "<a href="http://simap.europa.eu/codes-and-nomenclatures/codes-cpv/codes-cpv_de.htm">http://simap.europa.eu/codes-and-nomenclatures/codes-cpv/codes-cpv_de.htm</a>" ermittelt werden.</p> <p>– In II.6 ist in der Regel das Feld „ja“ anzukreuzen. – In VI.2) sind in allen Fällen die Vergabekammer und die Stelle anzugeben, an die sich Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung von Vergabeverstößen wenden können (i.d.R. Fach- und Rechtsaufsicht).</p>	<p>... (3) Zu den einzelnen Vordrucken ist folgendes zu beachten: <u>Vordruck Vorinformation (DE Standardformular 1 – Vorinformation):</u> <b>Kopffeld</b> Hier ist durch Ankreuzen immer anzugeben, ob die Vorinformation – lediglich als Vorinformation, – der Verkürzung der Fristen für den Eingang der Angebote, – oder als Aufruf zum Wettbewerb (sog. qualifizierte Vorinformation) dient. Die Angaben im 1. und 3. Anstrich sind nur alternativ möglich; beide können mit den Angaben des 2. Anstrichs kumulativ verwendet werden. <b>Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber</b> – Unter I.1) <b>Name und Adressen</b> ist im Feld „Nationale Identifikationsnummer“ die ZENDIEIdentifikationsnummer der Dienststelle anzugeben und immer im Feld „NUTS-Code“ der jeweilige NUTSCode des Sitzes der Dienststelle. Die NUTS-Codes sind auf der Internetseite der EU (<a href="http://www.simap.ted.europa.eu">www.simap.ted.europa.eu</a>) über den Link <a href="http://www.simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts">http://www.simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts</a> einzusehen.</p> <p>– Unter I.5) <b>Haupttätigkeit(en)</b> ist das Feld „Andere Tätigkeit“ anzukreuzen und mit dem Zusatz „Straßenbau“ zu ergänzen. Abschnitt II: Gegenstand – Unter II.1.2) <b>Umfang der Beschaffung</b> ist die CPV-Nummer stets anzugeben. Die maßgebende CPV-Nummer für die jeweilige Beschaffung kann ebenfalls über die Internetseite <a href="http://www.simap.ted.europa.eu/web/simap/cpv">www.simap.ted.europa.eu/web/simap/cpv</a> ermittelt werden.</p> <p><b>Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben</b> – In III.1) <b>Teilnahmebedingungen</b> ist in der Regel das Ankreuzen der Kontrollkästchen in den Ziffern III.1.2) und III.1.3) ausreichend. Dient die Vorinformation gleichzeitig jedoch als Aufruf zum Teilnahmewettbewerb für ein nicht offenes oder Verhandlungsverfahren sind nachfolgende Angaben in die Vorinformation aufzunehmen:</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
110	2	2.1	(3)		<p>... (3)</p> <p>– Unter <b>III.1.1 Befähigung zur Berufsausübung</b> ... ist die ggf. im jeweiligen Einzelfall maßgebende Be dingung anzugeben.</p> <p>– Unter <b>III.1.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit</b> ist bei allen Vergabeverfahren folgender Text aufzunehmen: „Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren.“ Ggf. können gemäß § 45 Abs. 4 Nrn. 1 bis 3 VgV weitere geeignete Nachweise verlangt werden. Alternativ kann das Feld „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ angekreuzt werden.</p> <p>– Unter <b>III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit</b> ist bei allen Vergabeverfahren der Text aus § 46 Abs. 3 Nr. 1 1. Halbsatz und Nr. 2 VgV wörtlich zu übernehmen. Ggf. sind gemäß § 46 Abs. 3 Nrn. 3 bis 11 VgV andere, auf den konkreten Auftrag bezogene zusätzliche, geeignete Angaben für die Prüfung der fachlichen und beruflichen Eignung anzugeben.</p> <p>Sind hierzu Mindestanforderungen vorgesehen (z.B. besondere Anforderungen zu bisher ausgeführten vergleichbaren Leistungen) sind diese ergänzend aufzuführen. Alternativ kann das Feld „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ angekreuzt werden.</p> <p><b>Abschnitt IV: Verfahren</b></p> <p>– In <b>IV.1.1)</b> ist eine Angabe nur dann erforderlich, wenn die Vorinformation gleichzeitig als Aufruf zum Teilnahmewettbewerb für ein nicht offenes oder Verhandlungsverfahren dient.</p> <p>– In <b>IV.1.3)</b> und <b>IV.1.6)</b> sind in der Regel keine Angaben zu machen.</p> <p>– In <b>IV.1.8)</b> ist in der Regel das Feld „Ja“ anzukreuzen.</p> <p>– In <b>IV.2.2)</b> ist eine Angabe nur dann erforderlich, wenn die Vorinformation gleichzeitig als Aufruf zum Teilnahmewettbewerb für ein nicht offenes oder Verhandlungsverfahren dient.</p> <p>– In <b>IV.2.4)</b> ist „Deutsch“ einzutragen.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
111	2	2.1	(3)	<p>... (4) Vordruck EU-Bekanntmachung „Bekanntmachung“ – In I.2) ist unter Haupttätigkeit das Feld „Sonstiges“ anzukreuzen und mit dem Zusatz „Straßenbau“ zu ergänzen. – In II.1.2) ist entweder das Feld Lieferung oder Dienstleistung anzukreuzen. Auch hier ist stets der NUTS-Code anzugeben (siehe Vorinformation).</p> <p>– In II.1.6) ist stets die CPV-Nummer anzugeben (siehe Vorinformation). Als ergänzende Gegenstände sind ergänzende Leistungen einzutragen. – In II.1.8) „Aufteilung in Lose“ ist „Ja“ nur dann anzukreuzen, wenn eine getrennte Vergabe einzelner Lose an verschiedene Bieter vorbehalten wird. Nur dann ist auch Anhang B „Information über Lose“ auszufüllen. – In II.2.2) ist in der Regel keine Eintragung erforderlich. – In III.1.1) sind Sicherheitsleistungen nur zu fordern, wenn sie ausnahmsweise für die sach- und fristgemäße Durchführung der verlangten Leistung notwendig erscheinen. – In III.1.4) ist in der Regel „nein“ anzukreuzen. – In III.2.1.) ist bei: - Allen Vergabeverfahren auf der Grundlage von § 6 EG Abs. 6 Ziffern a) bis e) VOL/A Folgender Text wörtlich zu übernehmen: "Angaben, - ob über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt wurde, - ob sich das Unternehmen in Liquidation befindet, - dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen wurden, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt,</p>	<p>... (3) <u>Vordruck Auftragsbekanntmachung (DE Standardformular 2 – Auftragsbekanntmachung):</u> <b>Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber</b> – Unter I.1) <b>Name und Adressen</b> ist im Feld „Nationale Identifikationsnummer“ die ZENDIEIdentifikationsnummer der Dienststelle anzugeben und immer im Feld „NUTS-Code“ der jeweilige NUTSCode des Sitzes der Dienststelle. Die NUTS-Codizes sind auf der Internetseite der EU (<a href="http://www.simap.ted.europa.eu">www.simap.ted.europa.eu</a>) über den Link <a href="http://www.simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts">http://www.simap.ted.europa.eu/web/simap/nuts</a> einzusehen. – Unter I.3) <b>Weitere Auskünfte erteilen/erteilt</b> ist bei der Kommunikation über die Vergabeplattform das Feld „folgende Kontaktstelle“ anzukreuzen und folgender Text zu ergänzen: „Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die v.g. Internet-Adresse der Vergabeplattform der Vergabestelle.“ – Unter I.5) <b>Haupttätigkeit(en)</b> ist unter Haupttätigkeit das Feld „Andere Tätigkeit“ anzukreuzen und mit dem Zusatz „Straßenbau“ zu ergänzen. <b>Abschnitt II: Gegenstand</b> – Unter II.1.2) <b>CVP-Code Hauptteil</b> ist stets die CPV-Nummer anzugeben (siehe Vorinformation). – Unter II.1.3) <b>Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistung</b> ist der Eintrag Lieferauftrag oder Dienstleistungen anzukreuzen und auszufüllen. – Unter II.1.4) <b>Kurze Beschreibung</b> ist der Auftrag mit wenigen Stichworten so zu beschreiben, dass ein möglichst klares Bild von dem Auftrag gezeichnet wird. – Unter II.1.6) <b>Angaben zu den Losen</b> ist „Ja“ nur dann anzukreuzen, wenn eine getrennte Vergabe einzelner Lose an verschiedene Bieter vorbehalten wird. In diesem Fall ist weiterhin anzugeben, ob Angebote nur für ein Los, alle Lose oder einer maximalen Anzahl von Losen (Angabe der Anzahl erforderlich) möglich sind. Sollte weiterhin eine Begrenzung der an einen Bieter maximal zu vergebenden Lose vorgenommen werden, ist das Feld <b>Maximale Anzahl an Losen, die an einen Bieter vergeben</b></p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
112	2	2.1	(3)	<p>– In III.2.2) sind die zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit von den Bewerbern einzureichenden Angaben und Nachweise anzugeben (siehe § 7 EG Abs. 2a) bis d) VOL/A).</p> <p>– In III.2.3) sind die zum Nachweis der fachlichen und technischen Leistungsfähigkeit von Bewerbern einzureichenden Angaben und Nachweise anzugeben (siehe § 7 EG Abs. 3a) bis g).</p> <p>– In IV.1.1) sind bei Wahl der beschleunigten Verfahren die dafür maßgebenden Gründe anzugeben; diese dürfen nicht im Einflussbereich des Auftraggebers liegen.</p> <p>– In IV.1.2) ist bei Nichtoffenen Verfahren, Wettbewerblichen Dialogen und Verhandlungsverfahren nach Öffentlicher Vergabebekanntmachung die geplante Anzahl der Teilnehmer zu benennen. Diese darf bei Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb nicht unter drei, bei Nichtoffenen Verfahren nicht unter fünf liegen. Weiterhin sind die für die Auswahl der Bewerber maßgebenden Kriterien zu benennen (siehe Abschnitt 2.2 „Behandlung der Bewerbungen“ Nr. (8) ff.).</p> <p>– In IV.1.3) ist bei Verhandlungsverfahren und Wettbewerblichen Dialogen anzugeben, ob eine Verringerung der Zahl der Teilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs vorgesehen wird.</p> <p>– In IV.2.1) „Zuschlagskriterien“ ist das Unterfeld „Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen ... aufgeführt sind“ anzukreuzen.</p> <p>– In IV.3.3) ist als Schlusstermin für die Anforderung der Unterlagen ein Termin 6 Kalendertage vor Angebotsabgabe einzutragen. Nach diesem Termin eingehende Anforderungen sollen nach Möglichkeit dennoch erfüllt werden.</p> <p>– In IV.3.4) sind Datum und Uhrzeit für den Eingang der Angebote bzw. der Teilnahmeanträge einzutragen.</p> <p>– In IV.3.5) ist der Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb an die ausgewählten Bewerber einzutragen.</p>	<p>– Unter <b>II.2.6)</b> ist der voraussichtliche Auftragswert der gegenständlichen Vergabe als Nettobetrag anzugeben.</p> <p>– Unter <b>II.2.9)</b> ist bei Vergabeverfahren mit Teilnahmewettbewerb die geplante Anzahl der Bewerber anzuführen, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen. Diese darf nicht unter drei, bei Nichtoffenen Verfahren nicht unter fünf liegen. Weiterhin sind die für die Auswahl der Bewerber maßgebenden Kriterien zu benennen (siehe Abschnitt 2.2 „Behandlung der Bewerbungen“ Nr. (8) ff.).</p> <p>– Unter <b>II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote</b> ist das Feld <b>Ja</b> anzukreuzen, sofern Nebenangebote zugelassen werden sollen.</p> <p><b>Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben</b></p> <p>– Unter <b>III.1.1 Befähigung zur Berufsausübung</b> ... ist eine Eintragung nur dann erforderlich, wenn dies bezügliche Anforderungen gestellt werden.</p> <p>– Unter <b>III.1.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit</b> ist bei allen Vergabeverfahren folgender Text aufzunehmen: „Erklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags in den letzten drei Geschäftsjahren.“ Ggf. können gemäß § 45 Abs. 4 Nrn. 1 bis 3 VgV weitere geeignete Nachweise verlangt werden. Alternativ kann das Feld „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ angekreuzt werden.</p> <p>– Unter <b>III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit</b> ist bei allen Vergabeverfahren der Text aus § 46 Abs. 3 Nr. 1 1. Halbsatz und Nr. 2 VgV wörtlich zu übernehmen. Ggf. sind gemäß § 46 Abs. 3 Nrn. 3 bis 11 VgV andere, auf den konkreten Auftrag bezogene zusätzliche, geeignete Angaben für die Prüfung der fachlichen und beruflichen Eignung anzugeben. Sind hierzu Mindestanforderungen vorgesehen (z.B. besondere Anforderungen zu bisher ausgeführten vergleichbaren Leistungen) sind diese ergänzend aufzuführen. Alternativ kann das Feld „Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen“ angekreuzt werden.</p> <p>– Unter <b>III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen</b> ist in der Regel keine Eintragung erforderlich.</p> <p>– Unter <b>III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags</b> sind bei Bedarf sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung zu beschreiben. Ansonsten ist hier kein Eintrag erforderlich.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
113	2	2.1	(3)	<p>– In IV.3.6) ist als Sprache „Deutsch“ anzukreuzen.</p> <p>– In IV.3.7) ist die Dauer der Bindefrist anzugeben.</p> <p>– In IV.3.8) sind Datum und Uhrzeit des beabsichtigten Termins zur Öffnung der Angebote (Termin zur Einreichung der Angebote) einzutragen. Bei Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen, ist „nein“ anzukreuzen.</p> <p>– In VI.3) ist bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerben der Schlusstermin für die Anforderung der Teilnahmeunterlagen anzugeben.</p> <p>– In VI.4.1) ist als zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren die für die Vergabestelle zuständige Vergabekammer anzugeben. Als zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren ist die Adresse der Stelle anzugeben, an die sich Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung von Vergabeverstößen wenden können (i.d.R. Fach- und Rechtsaufsicht).</p> <p>– In VI.4.2) ist der vorgesehene Textbaustein im Muster immer anzugeben, weil ansonsten die 15-Tage-Frist nach § 107 Abs 3 Nr. 4 GWB für Nachprüfungsverfahren nicht gelten.</p> <p>– In VI.4.3) ist als Stelle, bei der Auskunft über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind, in der Regel die Vergabestelle anzugeben. Nur wenn diese nicht in der Lage ist entsprechende Informationen zu erteilen, ist hier die der Vergabestelle vorgesetzte Dienststelle zu benennen.</p>	<p><b>Abschnitt IV Verfahren</b></p> <p>– Unter IV.1.1) sind bei Wahl der beschleunigten Verfahren die dafür maßgebenden Gründe anzugeben; diese dürfen nicht im Einflussbereich des Auftraggebers liegen.</p> <p>– Unter IV.1.4) <b>Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs</b> ist bei Verhandlungsverfahren, wettbewerblichen Dialogen und Innovationspartnerschaften anzugeben, ob eine Verringerung der Zahl der Teilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs vorgesehen ist.</p> <p>– Unter IV.1.5) sollte in geeigneten Fällen bei Verhandlungsverfahren das Feld „<b>Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen</b>“ angekreuzt werden.</p> <p>– Unter IV.1.6) ist in der Regel kein Eintrag erforderlich.</p> <p>– Unter IV.1.8) ist in der Regel „Ja“ anzukreuzen.</p> <p>– Unter IV.2.2) <b>Schlusstermin für Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge</b> sind Tag und Ortszeit einzutragen.</p> <p>– Unter IV.2.4) <b>Sprache, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können</b> ist das Wort „Deutsch“ einzutragen.</p> <p>– Unter IV.2.6) <b>Bindefrist des Angebotes</b> ist die Bindefrist der Angebote anzugeben.</p> <p>– Unter IV.2.7) <b>Bedingungen für die Öffnung der Angebote</b> sind Datum und Uhrzeit für den Ablauf der Angebotsfrist bzw. Einreichungsfrist einzutragen sowie anzugeben, dass bei dem Öffnungstermin keine Bieter oder deren Bevollmächtigte zugelassen sind.</p> <p><b>Abschnitt VI: Weitere Angaben</b></p> <p>– Unter VI. 3) <b>Zusätzliche Angaben</b> sind in der Regel keine Eintragungen erforderlich</p> <p>– Unter VI.4.1) <b>Zuständige Stelle für Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren</b> ist als zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren die für die Vergabestelle zuständige Vergabekammer anzugeben.</p> <p>– Unter VI.4.3) <b>Einlegung von Rechtsbehelfen</b> ist folgender Textbaustein „Auf die Unzulässigkeit eines Nachprüfungsantrages nach Ablauf der Frist des § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB (15 Tage nach Eingang des Nichtabhilfebescheids auf eine Rüge) wird hingewiesen“ immer anzugeben, weil ansonsten die 15-Tage-Frist im Nachprüfungsverfahren nicht gilt.</p> <p>– Unter VI.4.4) <b>Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt</b> ist in der Regel die Vergabestelle anzugeben. Nur wenn diese nicht in der Lage ist entsprechende Informationen zu erteilen, ist hier die der Vergabestelle vorgesetzte</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
114	2	2.1	(3)	<p>...(4) Vordruck EU-Änderungsbekanntmachung</p> <p>Die Eintragungen sind sinngemäß zu den vorstehenden Regelungen vorzunehmen. Der Vordruck EU-Änderungsbekanntmachung ist immer dann auszufüllen und dem Amtsblatt der EU zu übersenden, wenn sich Inhalte der veröffentlichten EU-Bekanntmachung verändert haben.</p>	<p>...(3) <u>Vordruck <b>Bekanntmachung über Änderungen oder zusätzliche Angaben (DE Standardformular 14 – Berichtigung)</b>:</u></p> <p>Die Eintragungen sind sinngemäß zu den vorstehenden Regelungen vorzunehmen. Der Vordruck <b>Bekanntmachung einer Änderung</b> ist immer dann auszufüllen und dem Amtsblatt der EU zu übersenden, wenn sich <b>Inhalte veröffentlichter Auftragsbekanntmachungen wesentlich</b> verändert haben.</p>
115	2	2.1	(4)	<p>(5) Bekanntmachungen von Offenen Verfahren, Nichtoffenen Verfahren, Wettbewerblichen Dialogen und Verhandlungsverfahren für Leistungen sind nach Absendung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU mit identischem Inhalt stets auch im Inland zentral auf dem Internetportal der Bundesverwaltung <a href="http://www.bund.de">www.bund.de</a> zu veröffentlichen.</p> <p>Bei Veröffentlichung auf dieser Bundesplattform über einen Link auf ein PDF-Dokument ist zur Erstellung dieses Dokuments der Vordruck EU-Bekanntmachung zu verwenden.</p> <p>Bei zusätzlicher Veröffentlichung im Inland (z. B. in Printmedien), sind folgende Vordrucke zu verwenden: – Vordruck HVA L-StB Anschreiben Bekanntmachung Inland (siehe Muster 2.1 – 4), – Vordruck EU-Bekanntmachung (siehe Muster 2.1 – 3).</p>	<p><b>Veröffentlichung von Bekanntmachungen</b> (4) <b>Auftragsbekanntmachungen</b> von <b>offenen Verfahren, nicht offenen Verfahren, wettbewerblichen Dialogen, Verhandlungsverfahren und Innovationspartnerschaften</b> sind nach Absendung an das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU mit identischem Inhalt stets auch im <b>Inland zu veröffentlichen; bei Maßnahmen im Bereich des Bundesfernstraßenbaus dabei zumindest</b> zentral auf dem Internetportal der Bundesverwaltung, <a href="http://www.bund.de">www.bund.de</a>. <b>Dabei ist zu beachten, dass die Veröffentlichung auf nationaler Ebene nicht vor Veröffentlichung auf EU-Ebene erfolgen darf. Das Datum der Übersendung an das Amtsblatt ist hierfür nicht maßgebend.</b></p> <p>entfällt</p> <p><b>Die Veröffentlichung auf nationaler Ebene kann jedoch in jedem Fall erfolgen, wenn der öffentliche Auftraggeber nicht innerhalb von 48 Stunden nach Bestätigung des Eingangs der Bekanntmachung über deren Veröffentlichung unterrichtet wurde.</b></p> <p>Bei zusätzlicher Veröffentlichung im Inland (z. B. in Printmedien), sind folgende Vordrucke zu verwenden: – Vordruck „HVA B-StB Anschreiben Bekanntmachung Inland“, – Vordruck „<b>EU-Auftragsbekanntmachung</b>“.</p>
116	2	2.1		<b>Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte</b>	<b>Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte</b>
117	2	2.1	(5)	<p>(6) Öffentliche Ausschreibungen und Teilnahmewettbewerbe sind öffentlich bekannt zu geben. Beträgt der Wert der zu vergebenden Leistung mehr als 12.500 €, ist für Bundesmaßnahmen die Bekanntmachung zentral auf dem Internetportal der Bundesverwaltung, <a href="http://www.bund.de">www.bund.de</a> zu veröffentlichen.</p>	<p>(5) Öffentliche Ausschreibungen und Teilnahmewettbewerbe <b>von beschränkten Ausschreibungen und Verhandlungsvergaben</b> sind öffentlich bekannt zu geben. Beträgt der Wert der zu vergebenden <b>Beschaffung</b> mehr als 12.500 € ist für Bundesmaßnahmen die Bekanntmachung zentral auf dem Internetportal der Bundesverwaltung, <a href="http://www.bund.de">www.bund.de</a>, zu veröffentlichen.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
118	2	2.1	(6)	<p>(7) Bei Veröffentlichung auf dieser Bundesplattform über einen Link auf ein PDF-Dokument, ist zur Erstellung dieses Dokuments der Vordruck HVA L-StB-Bekanntmachung Ausschreibung zu verwenden.</p> <p>Bei zusätzlicher Veröffentlichung von Bekanntmachungen von Öffentlichen Ausschreibungen und Beschränkten Ausschreibungen mit Teilnahmewettbewerb (z. B. in Printmedien), sind folgende Vordrucke zu verwenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vordruck HVA L-StB Anschreiben Bekanntmachung Inland,</li> <li>– Vordruck HVA L-StB Bekanntmachung Ausschreibung,</li> </ul>	<p>(6) Bei Veröffentlichung auf dem Internetportal der Bundesverwaltung, <a href="http://www.bund.de">www.bund.de</a> ist zur Erstellung dieses Dokuments folgender Vordruck zu verwenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– „Vordruck HVA L-StB Bekanntmachung Ausschreibung national“.</li> </ul> <p>Bei zusätzlicher Veröffentlichung von Bekanntmachungen von öffentlichen Ausschreibungen und beschränkten Ausschreibungen sowie Verhandlungsvergaben nach öffentlichem Teilnahmewettbewerb (z. B. in Printmedien), sind folgende Vordrucke zu verwenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vordruck „HVA L-StB Anschreiben Bekanntmachung Inland“,</li> <li>– Vordruck „HVA L-StB Bekanntmachung Ausschreibung national“.</li> </ul>
119	2	2.1		(8) Die Vordrucke sind entsprechend den Mustern 2.1 – 4 Anschreiben Bekanntmachung Inland und 2.1 – 5 Bekanntmachung Ausschreibung auszufüllen. Die in den Mustern mit # gekennzeichneten Texte sind Standardtexte.	entfällt
120	2	2.2		<b>Behandlung der Bewerbungen</b>	<b>Verfahren bis zum Einreichungstermin</b>
121	2	2.2		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
122	2	2.2	(1)	(1) Es ist sicherzustellen, dass der in der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb genannte Ansprechpartner (siehe Muster 1.1 – 1 (Seite 2) und Muster 1.1 – 2 (Seite 2) bzw. 1.5 – 3 (Seite 2) oder dessen Vertreter während der Dienstzeit erreichbar ist.	(1) Es ist sicherzustellen, dass die jederzeitige Kommunikation, wie in der Aufforderung bzw. EUAufforderung zur Angebotsabgabe oder Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung festgelegt, während der Dienstzeit gewährleistet ist.
123	2	2.2	(2)	(2) Die von den Bewerbern einzusehenden, den Vergabeunterlagen bzw. Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb nicht beigefügten Unterlagen (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ Nr. (12)), sind nach dem Versand der Vergabeunterlagen bei der Vergabestelle bereitzuhalten und allen Bewerbern zu unterschiedlichen Zeitpunkten zur Einsicht zur Verfügung zu stellen. Verlangt ein Bewerber Kopien bzw. Vervielfältigungen aus den Unterlagen, sind diese zum Selbstkostenpreis abzugeben.	(2) Die Vergabeunterlagen müssen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt unter einer in der Auftragsbekanntmachung oder der „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb/Interessensbestätigung“ bekannt zu machenden elektronischen Adresse zur Verfügung gestellt werden.
124	2	2.2		(3) Bei Öffentlicher Ausschreibung sind Vergabeunterlagen, die bis zum gegebenenfalls festgelegten Anforderungstermin angefordert wurden, an alle zu berücksichtigenden Bewerber abzugeben. Aber auch nach diesem Termin eingehende Anforderungen sind zu berücksichtigen (siehe auch Abschnitt 1.0 „Allgemeines“ Nr. (9)). Dies gilt sinngemäß auch für Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.	entfällt



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
125	2	2.2		<p>(4) Sind bei Offenen Verfahren die Vergabeunterlagen und alle zusätzlichen Unterlagen nicht auf elektronischem Weg frei, direkt und vollständig verfügbar, werden die Vergabeunterlagen und zusätzlichen Unterlagen den Bewerbern binnen 6 Kalendertagen nach Eingang des Antrags zugesandt, sofern dieser Antrag rechtzeitig vor dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote eingegangen ist (§ 12 EG Abs 7 VOL/A).</p> <p>Dies gilt sinngemäß auch für Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.</p>	entfällt
126	2	2.2	(3)	<p>(5) Weist ein Bewerber gemäß Nr. 1 der „Bewerbungsbedingungen bzw. EU-Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) im Straßen- und Brückenbau“ auf Unklarheiten in den Vergabeunterlagen hin, so ist dem Hinweis unverzüglich nachzugehen.</p> <p>Der Hinweis und dessen weitere Behandlung sind aktenkundig zu machen. Ist eine Korrektur der Vergabeunterlagen notwendig, ist diese allen Bewerbern sofort schriftlich mitzuteilen; ggf. ist die Angebots- und Bindefrist zu verlängern.</p> <p>Rechtzeitig angeforderte zusätzliche Auskünfte über Vergabeunterlagen und die „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ müssen von der Vergabestelle spätestens 6 Kalendertage, beim Nichtoffenen Verfahren oder beschleunigten Verhandlungsverfahren 4 Kalendertage vor Ablauf der Angebotsfrist erteilt werden (§ 12 EG Abs. 10 VOL/A).</p> <p>Dies gilt sinngemäß auch für Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb.</p>	<p>(3) Weist ein Unternehmen gemäß Nr. 1 der „Bewerbungsbedingungen“ bzw. „EU-Bewerbungsbedingungen“ für die Vergabe von Leistungen im Straßen- und Brückenbau auf Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler in den Vergabeunterlagen hin, so ist dem Hinweis unverzüglich nachzugehen. Dies gilt auch für Hinweise von Unternehmen zur Berücksichtigung von Gleitklauseln in den Vergabeunterlagen.</p> <p>Der Hinweis und dessen weitere Behandlung sind aktenkundig zu machen. Ist eine Korrektur der Vergabeunterlagen notwendig, ist diese allen Unternehmen in Textform mitzuteilen (bei allen Verfahren durch Bereitstellung der Information auf der Vergabeplattform); ggf. ist die Angebotsfrist zu verlängern.</p> <p>entfällt</p> <p>Vorstehendes gilt sinngemäß auch für Verfahren mit Teilnahmewettbewerb.</p>
127	2	2.2		<p>(6) Wird bekannt, dass gegen einen Bewerber ein Verfahren wegen unberechtigter Ausübung eines Gewerbes eingeleitet ist, so ist bis zum Abschluss dieses Verfahrens von der Beteiligung des betreffenden Bewerbers am Wettbewerb abzusehen.</p>	entfällt
128	2	2.2		<p>(7) Die Namen der Bewerber sind einschließlich des Datums ihrer Bewerbung im Vordruck HVA L-StB Bewerberliste zu dokumentieren.</p> <p>Dies gilt auch für Teilnahmewettbewerbe.</p>	entfällt
129	2	2.2		<b>Teilnahmewettbewerb</b>	<b>Teilnahmewettbewerb</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
130	2	2.2	(4)	<p>(8) Beim Nichtoffenen Verfahren, dem Wettbewerblichen Dialog und Verhandlungsverfahren nach öffentlicher Vergabebekanntmachung und bei Beschränkter Ausschreibung nach Öffentlichem Teilnahmewettbewerb hat die Auswahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, nach den unter Nr. 10 des Vordrucks „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ (siehe Muster 1.5 – 3) angegebenen maßgebenden Kriterien für die Wertung der Teilnahmeanträge zu erfolgen.</p> <p>Die Auswahl und Festlegung der Kriterien ist im Vergabevermerk zu dokumentieren.</p>	<p>(4) Beim <b>nicht offenen</b> Verfahren, dem <b>wettbewerblichen</b> Dialog, Verhandlungsverfahren mit <b>Teilnahmewettbewerb</b>, <b>Innovationspartnerschaft</b>, bei <b>beschränkter</b> Ausschreibung sowie <b>Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb</b> hat die Auswahl der <b>Unternehmen</b>, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden sollen, nach der unter <b>Nr. 7</b> des Vordruck „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb / <b>Interessensbestätigung</b>“ <b>angeführten Anlage „HVA L-StB Gewichtung Auswahlkriterien“</b> und der zugehörigen <b>Wertungssystematik</b> zu erfolgen.</p> <p><b>entfällt</b></p>
131	2	2.2	(5)	<p>(9) Die eingegangenen Bewerbungen sind mit Vordruck HVA L-StB Ausschlussprüfung Teilnahmewettbewerb wie folgt zu prüfen und zu bewerten.</p> <p>(10) Zunächst sind alle fristgerecht eingegangenen Bewerbungen daraufhin zu überprüfen, ob die unter Nr. 5 des Vordrucks HVA B-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb geforderten Auskünfte/ Erklärungen/ Nachweise vollständig vorliegen..</p>	<p>(5) <b>Zunächst sind die</b> eingegangenen Bewerbungen <b>zu prüfen</b>.</p> <p><b>Dabei</b> sind alle fristgerecht eingegangenen Bewerbungen <b>mit dem Vordruck „HVA L-StB Formale Prüfung Teilnahmewettbewerb“</b> daraufhin zu überprüfen, ob die <b>in der Vorinformation bzw. der Auftragsbekanntmachung</b> geforderten Auskünfte / Erklärungen / Nachweise <b>(siehe Nr. 3.1 des Vordrucks „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb / Interessensbestätigung“)</b> vollständig vorliegen.</p>
132	2	2.2	(6)	<p>(11) Von Bewerbern, die die geforderten Auskünfte /Erklärungen/Nachweise nicht oder nur unvollständig vorlegen, sind diese in entsprechender Anwendung von § 16 Abs. 2 bzw. § 19 EG Abs. 2 VOL/A mit Fristsetzung nachzufordern.</p> <p>Werden die geforderten Auskünfte / Erklärungen / Nachweise nicht innerhalb der gesetzten Frist von 6 Kalendertage ab Absendung eingereicht ist der Teilnahmeantrag vom Vergabeverfahren auszuschließen.</p>	<p>(6) Von Bewerbern, die die geforderten Auskünfte / Erklärungen / Nachweise nicht oder nur unvollständig vorlegen, sind diese in entsprechender Anwendung von <b>§ 56 Abs. 2 und 4 VgV bzw. § 41 Abs. 2 und 4 UVgO</b> mit Fristsetzung nachzufordern. Werden die geforderten Auskünfte / Erklärungen / Nachweise nicht innerhalb der gesetzten Frist von 6 Kalendertagen ab Absendung eingereicht ist der Teilnahmeantrag vom Vergabeverfahren auszuschließen.</p>
133	2	2.2		<b>Auswahlverfahren</b>	<b>Auswahlverfahren</b>
134	2	2.2	(7)	<p>(12) Die Bewerber, die im weiteren Wettbewerbsverfahren bleiben, werden über ein Punktesystem gemäß dem Vordruck HVA L-StB Auswahlverfahren Teilnahmewettbewerb (siehe Muster 2.2 – 1) in eineReihung gebracht.</p> <p>Dazu sind analog zu den in Nr. 10 der Aufforderung zum Teilnahmeantrag aufgeführten Kriterien und Wichtungen die vorgelegten Erklärungen und Nachweise im Verhältnis zueinander je nach der vom Bewerber zu erbringenden Leistung zu werten.</p>	<p>(7) Die Bewerber, die im weiteren Wettbewerbsverfahren bleiben, werden <b>nach einem</b> Punktesystem gemäß dem Vordruck „HVA L-StB Auswahlverfahren <b>Teilnahmewettbewerb“</b> <b>in eine Reihung</b> gebracht.</p> <p>Dazu sind analog zu den in <b>der Anlage zu Nr. 7 der Aufforderungsschreiben</b> aufgeführten <b>Eignungskriterien</b> und Wichtungen die vorgelegten Erklärungen und Nachweise im Verhältnis zueinander je nach der vom Bewerber zu erbringenden Leistung zu werten.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
135	2	2.2	(8)	<p>(13) Die Angaben eines jeden Bewerbers zu den benannten Kriterien werden entsprechend den Angaben im Vordruck Auswahlverfahren mit einer Punktezahl zwischen 0 und 3 bewertet.</p> <p>Dabei sollen die Punkte nach folgender Systematik vergeben werden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- 3 Punkte: Kriterium bestmöglich erfüllt,</li><li>- 2 Punkte: Kriterium überdurchschnittlich erfüllt,</li><li>- 1 Punkt: Kriterium erfüllt,</li><li>- 0 Punkte: Kriterium (Mindestanforderungen) nicht erfüllt.</li></ul> <p>Sind dabei die Mindestanforderungen bereits bei einem Kriterium nicht erfüllt (0 Punkte des Bewerbers), wird dieser Bewerber nicht zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Das Auswahlverfahren ist entsprechend der Systematik des Vordrucks „HVA L-StB Auswahlverfahren“ durchzuführen.</p> <p>Die im Muster 2.2 –1 angekreuzten Auswahlkriterien und deren Wichtung stellen keine Vorgaben dar.</p> <p>Die Auswahlkriterien und deren Wichtung müssen in jedem Einzelfall auftragsspezifisch festgelegt werden (siehe § 6 Abs. 3 und 4 VOL/A, sowie § 7 EG VOL/A).</p> <p>Die Entscheidungsgründe für die Wichtung und die Bewertung mit Punktzahlen sind für den Vergabevermerk zu dokumentieren.</p>	<p>(8) Die Angaben eines jeden Bewerbers zu den benannten <b>Eignungskriterien</b> werden entsprechend den Angaben im <b>Vordruck „HVA L-StB Auswahlverfahren Teilnahmewettbewerb“</b> mit einer Punktezahl zwischen <b>1</b> und <b>3</b> bewertet.</p> <p>Dabei <b>sind</b> die Punkte nach <b>der in der Anlage zum Vordruck HVA L-StB Gewichtung Auswahlkriterien aufgeführten Systematik zu vergeben:</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>- 3 Punkte: Kriterium bestmöglich erfüllt,</li><li>- 2 Punkte: Kriterium überdurchschnittlich erfüllt,</li><li>- <b>1 Punkt: Kriterium (Mindestanforderungen) erfüllt,</b></li><li><b>entfällt</b></li></ul> <p>Sind dabei die Mindestanforderungen bereits bei einem Kriterium nicht <b>erfüllt</b> <b>wird</b> dieser Bewerber nicht zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert. Das Auswahlverfahren ist entsprechend der Systematik des Vordrucks „HVA L-StB Auswahlverfahren <b>Teilnahmewettbewerb</b>“ durchzuführen.</p> <p><b>entfällt</b></p> <p>Die <b>Eignungskriterien (Auswahlkriterien)</b> und deren Wichtung müssen in jedem Einzelfall auftragsspezifisch festgelegt <b>werden. Um eine Wertung vornehmen zu können, sind zu den Auswahlkriterien die mit der Abgabe des Teilnahmeantrags vorzulegenden Unterlagen unter Nr. 3.2 der „HVA L-StB Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb/ Interessensbestätigung“ zwingend anzugeben. Die Festlegung der Eignungskriterien und eine von den Vorgaben im Vordruck abweichende Punktebewertung sind im Vergabevermerk zu begründen. In analoger Anwendung der Anforderung, dass der öffentliche Auftraggeber den von ihm angewandten Bewertungsmaßstab eindeutig, klar und transparent in den Vergabeunterlagen aufzuführen hat (s. a. OLG Düsseldorf, Beschluss vom 21.10.2015 – VII-Verg 28/14) sind im Vordruck „HVA L-StB Gewichtung Auswahlkriterien“ entsprechende Angaben aufzuführen. Dabei ist nachvollziehbar anzugeben, welchen Erfüllungsgrad (Zielerreichungsgrad) die Teilnahmeanträge bei den einzelnen Auswahlkriterien aufweisen müssen, um mit den festgelegten Punktwerten bewertet zu werden.</b></p> <p>Die Entscheidungsgründe für die Wichtung und die Bewertung mit Punktzahlen sind im Vergabevermerk zu dokumentieren.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
136	2	2.2	(9)	(15) Sollen Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, bestimmte Angaben in den Eigenerklärungen durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen bestätigen, ist diese Forderung im Vergabevermerk zu begründen. Dabei ist entsprechend Nr. (10) zu verfahren.	(9) Haben Bewerber, die zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, Eigenerklärungen abgegeben, sind diese von den Bewerbern durch entsprechende Bescheinigungen der zuständigen Stellen zu bestätigen. Dabei ist entsprechend Nr. (6) zu verfahren.
137	2	2.2	(10)	(16) Alle nicht berücksichtigten Bewerber sind zeitnah mit Vordruck HVA L-StB Bewerberinformation Teilnahmewettbewerb (siehe Muster 2.2 – 2), bei EU-Vergaben möglichst 2 Wochen vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe zu informieren.	(10) Alle nicht berücksichtigten Bewerber sind zeitnah mit dem Vordruck „HVA L-StB Bewerberinformation Teilnahmewettbewerb“ zu informieren. Bei EU-Vergaben muss die Information so rechtzeitig vor der Aufforderung zur Angebotsabgabe erfolgen, dass die Fristen aus § 134 GWB eingehalten sind.
138	2	2.2	(11)	(14) Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Die Mindestanzahl der aufzufordernden Bewerber muss der in der Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb Nr. 9 bzw. EUBekanntmachung unter IV.1.2 genannten Anzahl entsprechen.	(11) Die Bewerber mit den höchsten Punktzahlen werden zur Angebotsabgabe aufgefordert. Sofern genügend geeignete Bewerber vorhanden sind, muss die Mindestanzahl der aufzufordernden Bewerber der in der „Aufforderung zum Teilnahmewettbewerb“ Nr. 6 bzw. „EU-Vergabebekanntmachung“ unter II.2.9 genannten Anzahl entsprechen.
139	2	2.2		<b>Besonderheiten bei Verhandlungsverfahren o. T., Beschränkten Ausschreibungen und Freihändigen Vergaben</b>	<b>Besonderheiten bei Verhandlungsverfahren o. T., Beschränkten Ausschreibungen o. T. und Verhandlungsverfahren o. T.</b>
140	2	2.2	(12)	(17) Für die Auswahl der Unternehmen ist Folgendes immer zu berücksichtigen: - Die konkret für den Auftrag in Betracht kommenden Unternehmen sind vor Aufforderung zur Angebotsabgabe aktuell (Nachweise nicht älter als ein Jahr) auf ihre Eignung zu prüfen. - Die Auswahl der Unternehmen hat mit besonderer Sorgfalt zu erfolgen. - Die Gründe für die getroffene Wahl der aufzufordernden Unternehmen sind im Vergabevermerk festzuhalten.	(12) Für die Auswahl der Unternehmen ist Folgendes immer zu berücksichtigen: - Die konkret für den Auftrag in Betracht kommenden Unternehmen sind vor Aufforderung zur Angebotsabgabe aktuell auf ihre Eignung zu prüfen.  - Die Auswahl der Unternehmen hat mit besonderer Sorgfalt zu erfolgen. Die Gründe für die getroffene Wahl der aufzufordernden Unternehmen sind im Vergabevermerk festzuhalten. Eine Begründung „Unternehmen bekannt und daher geeignet“ reicht nicht aus.
141	2	2.3		<b>Öffnung der Angebote und erste Durchsicht</b>	<b>Angebotsöffnung und Erste Durchsicht</b>
142	2	2.3		<b>Öffnung der Angebote bei Ausschreibungen; Vertraulichkeit</b>	<b>Öffnung der Angebote; Vertraulichkeit</b>
143	2	2.3	(1)	(1) Bei Öffentlicher Ausschreibung, Offenen Verfahren, Beschränkter Ausschreibung, Nichtoffenen Verfahren, Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb und Wettbewerblichen Dialogen ist eine Öffnung der Angebote nach § 14 bzw. § 17 EG VOL/A vorzubereiten und durchzuführen. Dabei ist der Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung „Niederschrift über die Öffnung der Angebote“ (siehe Muster 2.3-1) zu verwenden.	(1) Bei allen Vergabeverfahren  ist eine Angebotsöffnung nach § 40 UVgO bzw. § 55 VgV vorzubereiten und durchzuführen. Dabei ist der Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung „Niederschrift über die Öffnung der Angebote“ (siehe Muster 2.3-1) zu verwenden.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
144	2	2.3	(2)	(2) Per Post oder direkt übermittelte Angebote sind sofort nach ihrem Eingang in der Reihenfolge des Eingangs fortlaufend zu nummerieren, mit dem Eingangsstempel, der Uhrzeit des Eingangs und Namenszeichen des Entgegennehmenden zu versehen und zu prüfen, ob die Verschlüsse der Angebote unversehrt sind.	(2) Soweit die Angebotsabgabe in schriftlicher Form zugelassen ist, sind per Post oder direkt übermittelte Angebote sofort nach ihrem Eingang in der Reihenfolge des Eingangs fortlaufend zu nummerieren, mit dem Eingangsstempel, der Uhrzeit des Eingangs und Namenszeichen des Entgegennehmenden zu versehen und zu prüfen, ob die Verschlüsse der Angebote unversehrt sind.
145	2	2.3	(9)	<p>(9) Der Öffnungstermin hat mit der Feststellung, ob ggf. elektronisch Angebote abgegeben wurden, zu beginnen. Die Angebote sind sodann, beginnend mit den ggf. eingegangenen elektronischen Angeboten, von dem Verhandlungsleiter oder dem Schriftführer einzusehen und die Angaben nach § 14 Abs. 2 bzw. § 17 EG Abs. 2 VOL/A in der Niederschrift festzuhalten. Papierangebote sind nach der Öffnung auf der ersten Seite des Angebotsschreibens mit der in der Niederschrift vermerkten Nummer und Namenszeichen mit Datumsangabe zu versehen.</p> <p>Nach Ablauf der Angebotsfrist eingegangene Angebote sind nicht zu berücksichtigen und nicht zu öffnen (selbst wenn sie vor Öffnung des ersten Angebotes eingegangen sind, es sei denn der Bieter hat die Verspätung nicht zu vertreten). Der Sachverhalt ist in der „Niederschrift über die Öffnung der Angebote“ (siehe Muster 2.3-1) unter Nr. II.3 festzuhalten.</p>	<p>(9) Der Öffnungstermin hat mit der Feststellung, ob ggf. elektronisch Angebote abgegeben wurden, zu beginnen. Die Angebote sind sodann, beginnend mit den ggf. eingegangenen elektronischen Angeboten, von dem Verhandlungsleiter oder dem Schriftführer einzusehen und die Angaben gemäß Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung festzuhalten. Papierangebote sind nach der Öffnung auf der ersten Seite des Angebotsschreibens mit der in der Niederschrift vermerkten Nummer und Namenszeichen mit Datumsangabe zu versehen.</p> <p>Nach Ablauf der Angebotsfrist eingegangene Angebote sind nicht zu berücksichtigen und nicht zu öffnen. entfällt</p> <p>Der Sachverhalt ist in der „Niederschrift über die Öffnung der Angebote“ (siehe Muster 2.3-1) festzuhalten.</p>
146	2	2.3	(10)	(10) Die Angebote einschließlich aller Nebenangebote sind während des Öffnungstermines zu kennzeichnen (z.B. Papierangebote durch Lochstempel). Das Gerät zur Kennzeichnung der Papierangebote ist im Übrigen sorgfältig zu verwahren.	(10) Die in Papierform abgegebenen Angebote einschließlich aller Nebenangebote sind während des Öffnungstermines zu kennzeichnen (z.B. Papierangebote durch Lochstempel). Das Gerät zur Kennzeichnung der Papierangebote ist im Übrigen sorgfältig zu verwahren.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
147	2	2.3	(11) (12)	(11) Die gemäß § 14 Abs. 2 bzw. § 17 EG Abs. 2 VOL/A in den Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung aufzunehmenden Angaben sind dem „Angebotsschreiben“ (siehe Muster 1.2 – 1) zu entnehmen. Leerzeilen sind in der Niederschrift zur Öffnung der Angebote (Zusammenstellung der Angebote) zu sperren. Von einem Nebenangebot, das ohne ein Hauptangebot abgegeben wurde, sind die Angaben wie bei einem Hauptangebot aufzunehmen.	(11) Der Öffnungstermin ist gemäß § 55 VgV in Verbindung mit § 8 Abs. 1 VgV in Textform zu dokumentieren. Hierzu ist eine Niederschrift in Schriftform oder in elektronischer Form zu fertigen. Für die Niederschrift in Schriftform ist der Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung zu verwenden. Die Niederschrift ist vom Verhandlungsleiter und dem Schriftführer zu unterschreiben. Bei elektronischer Form ist die Niederschrift mit den Namen von Verhandlungsleiter und Schriftführer in Textform zu versehen. Die in den Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung aufzunehmenden Angaben sind dem „Angebotsschreiben“ (siehe Muster 1.2 – 1) zu entnehmen. Leerzeilen sind bei Eintragung in einen Papiervordruck zu sperren.
148	2	2.3	(13)	(12) Wird nach der Öffnung der Angebote festgestellt, dass Angaben nicht oder unrichtig aufgenommen wurden, z. B. - ein Angebotspreis wurde falsch aufgenommen, - eine den Preis betreffende Angabe wurde nicht aufgenommen, - es wurde nicht vermerkt, dass von einem Bieter Nebenangebote eingereicht wurden, so sind diese im Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung „Niederschrift über die Öffnung der Angebote“ unter II. Spalte 8 nachzutragen (siehe Muster 2.3-1).	(12) Von einem Nebenangebot, das ohne ein Hauptangebot abgegeben wurde, sind die Angaben wie bei einem Hauptangebot aufzunehmen. Verspätet (d. h. nach Ablauf der Angebotsfrist) eingegangene Angebote sind während des Öffnungstermins nicht zu öffnen. Der Sachverhalt ist in der „Niederschrift über die Angebotsöffnung“ festzuhalten.
149	2	2.3		nicht vorhanden	Mitteilung des Ausschreibungsergebnisses
150	2	2.3	(14)	nicht vorhanden	(14) Den Bieter darf über die Angebote anderer Bieter nichts mitgeteilt werden.
151	2	2.3		Erste Durchsicht der Angebote	Erste Durchsicht der Angebote



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
152	2	2.3	(15)	<p>(13) Unmittelbar im Anschluss an die Öffnung der Angebote ist für mindestens die ersten fünf Bieter in der Rangfolge der Angebotsendsummen eine erste Durchsicht der Angebote vom Verhandlungsleiter oder von einer benannten Vertrauensperson, die jedoch nicht mit der Aufstellung der Vergabeunterlagen und der Weiterbehandlung der Angebote befasst sein soll, vorzunehmen.</p> <p>Dabei ist entsprechend dem Vordruck HVA L-StB Erste Durchsicht (siehe Muster 2.3-2) vorzugehen. Diese zusätzliche Überprüfung ersetzt nicht die formale Prüfung gemäß Abschnitt 2.4 (12) ff. HVA L- StB.</p>	<p>(15) Unmittelbar <b>nach Beendigung des Öffnungstermins</b> ist für mindestens die ersten fünf Bieter in der Rangfolge der Angebotsendsummen eine <b>Erste</b> Durchsicht der Angebote, <b>soweit diese in schriftlicher Form abgegeben wurden</b>, vom Verhandlungsleiter oder von einer Vertrauensperson, die jedoch nicht mit der Aufstellung der Vergabeunterlagen befasst <b>war und nach der Durchsicht der Angebote auch nicht im weiteren Vergabeverfahren mitwirkt</b>, vorzunehmen.</p> <p>Dabei ist entsprechend dem Vordruck „HVA L-StB Erste Durchsicht“ (siehe Muster 2.3-2) vorzugehen. Diese zusätzliche Überprüfung ersetzt nicht die formale Prüfung gemäß <b>Abschnitt 2.4 HVA L-StB</b>.</p>
153	2	2.3	(16)	<p>(14) Bei der ersten Durchsicht sollen Auffälligkeiten, die insbesondere geeignet sind, Ansätze zu Manipulationen bzw. Interpretationen des Angebotsinhaltes zu liefern, erkannt und sofort dokumentiert werden. Eventuelle Feststellungen sind in den Vordruck HVA L-StB Erste Durchsicht einzutragen.</p>	<p>(16) Bei der Ersten Durchsicht sollen <b>augenfällige</b> Auffälligkeiten, die insbesondere geeignet sind, Ansätze zu Manipulationen bzw. Interpretationen des Angebotsinhaltes zu liefern, erkannt und sofort dokumentiert werden. Eventuelle Festlegungen sind im Vordruck „HVA L-StB Erste Durchsicht“ einzutragen.</p>
154	2	2.3	(17)	<p>(15) Die ausgefüllten und unterschriebenen Vordrucke sind als Anlage zum Angebot zu nehmen.</p>	<p>(17) Die ausgefüllten und unterschriebenen Vordrucke sind als Anlage dem Angebot <b>zuzuordnen</b>.</p>
155	2	2.3		<p><b>Öffnung der Angebote bei Freihändigen Vergaben und Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb</b></p>	<p><b>entfällt</b></p>
156	2	2.3		<p>(16) Ein förmlicher Termin zur Öffnung findet nicht statt.</p>	<p><b>entfällt</b></p>
157	2	2.4		<p><b>Prüfung und Wertung der Angebote</b></p>	<p><b>Prüfung und Wertung der Angebote</b></p>
158	2	2.4		<p><b>Allgemeines</b></p>	<p><b>Allgemeines</b></p>
159	2	2.4	(1)	<p>(1) Prüfung und Wertung der Angebote (Haupt- und Nebenangebote) sind nach § 16 und § 19 EG VOL/A unter Beachtung von § 97 GWB und den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zügig innerhalb der festgelegten Bindefrist durchzuführen.</p> <p>Dabei sind insbesondere auch die §§ 2, 6, 13, 14, 15, 2 EG, 7 EG, 16 EG, 17 EG und 18 EG VOL/A zu beachten.</p>	<p>(1) Prüfung und Wertung der Angebote (Haupt- und Nebenangebote) sind nach <b>§ 41 UVgO bzw. § 56 ff. VgV</b> unter Beachtung von <b>§ 127 GWB</b> und den haushaltsrechtlichen Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zügig innerhalb der festgelegten Bindefrist durchzuführen.</p> <p>Dabei sind insbesondere <b>auch Abschnitt 2, Unterabschnitt 5 bis 7 der UVgO bzw. Abschnitt 2 Unterabschnitt 5 bis 7 der VgV</b> zu beachten.</p>
160	2	2.4	(2)	<p>(2) Angebote von Unternehmen, die von der Vergabestelle keine Aufforderung zur Angebotsabgabe erhalten haben,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– sind bei Öffentlicher Ausschreibung und Offenen Verfahren wie Angebote der anderen Bieter zu behandeln,</li> <li>– sind bei Beschränkter Ausschreibung und Nichtoffenen Verfahren auszuschließen.</li> </ul>	<p>(2) Angebote von Unternehmen, die von der Vergabestelle keine Aufforderung zur Angebotsabgabe erhalten haben,</p> <p><b>sind bei Verfahren mit vorgeschaltetem öffentlichem Teilnahmewettbewerb, beschränkter Ausschreibung und Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb auszuschließen.</b></p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
161	2	2.4	(4)	<p>(4) Beruft sich ein Bieter auf einen Irrtum bei der Aufstellung und Abgabe seines Angebots, so kann eine derartige Erklärung als Anfechtung der Angebotserklärung betrachtet werden; die Wirksamkeit der Anfechtung und deren Rechtsfolgen richten sich nach den §§ 119 ff. BGB.</p> <p>Beruft sich ein Bieter auf einen Irrtum bei der Kalkulation seines Angebots, so ist diese Erklärung grundsätzlich nicht als Anfechtungsgrund anzuerkennen. Die Entscheidung der Vergabestelle ist dem Bieter in Textform mitzuteilen.</p>	<p>(4) Beruft sich ein Bieter</p> <p>- auf einen Irrtum bei der Aufstellung und Abgabe seines Angebots, so kann eine derartige Erklärung als Anfechtung der Angebotserklärung betrachtet werden; die Wirksamkeit der Anfechtung und deren Rechtsfolgen richten sich nach den §§ 119 ff. BGB.</p> <p>- auf einen Irrtum bei der Kalkulation seines Angebots, so ist dies grundsätzlich nicht als Anfechtungsgrund anzuerkennen.</p> <p>entfällt</p>
162	2	2.4	(5)	<p>(5) Bei der Prüfung und Wertung erforderliche Eintragungen in Angeboten sind als solche deutlich zu kennzeichnen.</p>	<p>(5) Bei der Prüfung und Wertung erforderliche Eintragungen in Angeboten sind deutlich zu kennzeichnen.</p>
163	2	2.4		<p>(7) Frei</p>	<p>entfällt</p>
164	2	2.4		<p><b>Aufklärung des Angebotsinhalts</b></p>	<p><b>Aufklärung des Angebotsinhalts</b></p>
165	2	2.4	(7)	<p>(8) Die Notwendigkeit einer Aufklärung des Angebotsinhalts kann sich im Rahmen der Prüfung von Angeboten, als Ergebnis der Angebotsprüfung und im Rahmen der Wertung ergeben.</p> <p>Aufklärungen sind nur für die in § 15 und § 18 EG VOL/A vorgesehenen Zwecke und nur soweit notwendig zu führen.</p> <p>Sie haben grundsätzlich schriftlich zu erfolgen und werden Bestandteil des Vergabeverkehrs.</p>	<p>(7) Die Notwendigkeit einer Aufklärung des Angebotsinhalts kann sich im Rahmen der Prüfung von Angeboten ergeben.</p> <p>Aufklärungen sind nur für die in § 9, 10, 11 sowie 44 Abs. 1 und 3 UVgO bzw. § 15 Abs.5, § 16 Abs. 9 und § 60 Abs. 1 und 3 VgV vorgesehenen Zwecke und nur soweit notwendig vorzunehmen.</p> <p>Sie haben grundsätzlich in Textform zu erfolgen und werden Bestandteil des Vergabeverkehrs.</p>
166	2	2.4	(8)	<p>(9) Bei der Aufklärung ist zu beachten, dass mit der Angebotsöffnung der Wettbewerb abgeschlossen ist.</p> <p>Eine nachträgliche Veränderung der Angebote und damit des Wettbewerbsergebnisses ist unzulässig,</p> <p>z. B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Preiszugeständnisse,</li><li>– sachlich nicht begründete Auslegung von Erklärungen, Nebenangeboten usw. durch Bieter,</li><li>– Änderung der Person des Bieters dadurch, dass mehrere getrennt aufgetretene Bieter eine Arbeitsgemeinschaft bilden wollen,</li><li>– Änderung der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft durch Ergänzung oder Austausch.</li></ul>	<p>(8) Bei der Aufklärung ist zu beachten, dass mit Ablauf der Angebotsfrist der Wettbewerb abgeschlossen ist.</p> <p>Eine nachträgliche Veränderung der Angebote und damit des Wettbewerbsergebnisses, z. B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Preiszugeständnisse durch Bieter,</li><li>– sachlich nicht begründete Auslegung von Erklärungen, Nebenangeboten usw. durch Bieter oder</li><li>– Änderung der Person des Bieters dadurch, dass mehrere getrennt aufgetretene Bieter eine Arbeitsgemeinschaft bilden wollen oder</li><li>– Änderung der Zusammensetzung einer Bietergemeinschaft ist unzulässig.</li></ul>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
167	2	2.4	(9)	(10) Wenn vom Auftraggeber zu einem in die engere Wahl kommenden Angebot eine für dessen Wertung maßgebende Feststellung getroffen wurde, z. B. – Korrektur offenbar unrichtiger Angaben oder Erklärungen eines Bieters (siehe Nr. (3)), – Beurteilung des von einem Bieter geltend gemachten Irrtums (siehe Nr. (4)), ist der betreffende Bieter vor Zuschlagserteilung auf diesen Sachverhalt in Textform hinzuweisen.	(9) Wenn vom Auftraggeber zu einem in die engere Wahl kommenden Angebot eine für dessen Wertung maßgebende Feststellung getroffen wurde, z. B. – Korrektur offenbar unrichtiger Angaben oder Erklärungen eines Bieters (siehe Nr. (3)), – Beurteilung des von einem Bieter geltend gemachten Irrtums (siehe Nr. (4)), ist der betreffende Bieter vor Zuschlagserteilung auf diesen Sachverhalt in Textform hinzuweisen.
168	2	2.4	(10)	(11) Soweit die Ergebnisse der Aufklärung über den Angebotsinhalt für die Zuschlagserteilung rechtserheblich sein können, ist vom jeweiligen Bieter eine schriftliche Erklärung einzuholen, aus der hervorgeht, dass das Ergebnis Gegenstand seines Angebots ist (siehe Abschnitt 2.5 „Abschluss des Vergabeverfahrens“, Nr. (10)).	(10) Soweit die Ergebnisse der Aufklärung über den Angebotsinhalt nach § 9, 10, 11 sowie 44 Abs. 1 und 3 UVgO bzw. § 15 Abs.5, § 16 Abs. 9 und § 60 Abs. 1 und 3 VgV für die Zuschlagserteilung rechtserheblich sein können, ist vom jeweiligen Bieter eine Erklärung in Textform einzuholen, dass das Ergebnis Gegenstand seines Angebots ist (siehe Abschnitt 2.5 „Abschluss des Vergabeverfahrens“, Nr. (10)).
169	2	2.4		<b>Formale und rechnerische Prüfung der Angebote (§ 16 Abs. 1, 2, 3 oder § 19 EG Abs. 1, 2, 3, VOL/A)</b>	<b>Prüfung auf Vollständigkeit sowie rechnerische und fachliche Richtigkeit der Angebote</b>
170	2	2.4	(11)	(12) Die formale und rechnerische Prüfung der Angebote hat nach den Vordrucken HVA L-StB Angebotsprüfung HA (siehe Muster 2.4 – 1.1) und HVA L-StB Angebotsprüfung NA (siehe Muster 2.4 – 1.2) zu erfolgen. Diese Vordrucke werden den jeweiligen Angeboten vorgeheftet.	(11) Die Prüfung auf Vollständigkeit, rechnerische und fachliche Richtigkeit der Angebote hat nach den Vordrucken HVA L-StB Angebotsprüfung HA und HVA L-StB Angebotsprüfung NA zu erfolgen. Diese Vordrucke werden den jeweiligen Angeboten zugeordnet.
171	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Prüfung auf Vollständigkeit (einschl. Ausschlussprüfung)</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
172	2	2.4	(12)	<p>(13) Bei der formalen Prüfung der Angebote werden nur Tatsachen dokumentiert.</p> <p>Folgende Tatsachenfeststellungen führen direkt ohne weitere Prüfungsschritte zum zwingenden Ausschluss des Haupt- oder Nebenangebotes, wenn:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- es nach Ablauf der Angebotsfrist nicht vorgelegen hat, sofern der Bieter dies zu vertreten hat (§ 16 Abs. 3 e) VOL/A),</li><li>- es nicht an der vorgesehenen Stelle unterschrieben ist,</li><li>- Elektronische Angebote nicht mit der im freigegebenen IT-Verfahren festgelegten Signatur versehen sind,</li><li>- in einer oder mehr als einer wesentlichen Position die Angabe des Preises fehlt,</li><li>- die Eintragungen des Bieters nicht zweifelsfrei sind,</li><li>- es Änderungen oder Ergänzungen an den Vergabeunterlagen enthält,</li><li>- es zwingende formale Anforderungen der Vergabeunterlagen nicht erfüllt,</li><li>- es als Nebenangebot nicht zugelassen ist.</li></ul>	<p>(12) Bei der Prüfung auf Vollständigkeit der Angebote werden nur Tatsachen dokumentiert.</p> <p>Wenn die Ausschlussgründe des § 42 UVgO bzw. § 57 VgV erfüllt sind, führt dies direkt ohne weitere Prüfungsschritte zum zwingenden Ausschluss des Angebotes.</p> <p>Die Entscheidung bezüglich eines Ausschlusses ist im Vergabevermerk zu begründen.</p>
173	2	2.4		nicht vorhanden	Nachfordern von Unterlagen (Erklärungen oder Nachweisen)



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
174	2	2.4	(13)	<p>... (13) Eine abschließende Feststellung der formalen Prüfung kann bei Angeboten mit fehlenden geforderten Erklärungen oder Nachweise, die nicht zwingend auszuschließen sind, erst dann erfolgen, wenn die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nachgefordert und geprüft sind.</p> <p>Dazu fordert die Vergabestelle den Bieter in Textform auf, spätestens innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung die fehlenden Unterlagen zu übergeben.</p> <p>Die Frist der Aufforderung beginnt am Tag nach der Absendung. Das Absendedatum ist von der Vergabestelle zu dokumentieren.</p> <p>Dieser Prüfschritt kann für Angebote, welche nach der rechnerischen Prüfung für eine Auftragserteilung vorerst nicht in Betracht kommen, zurück gestellt werden.</p>	<p>(13) <b>Ein Abschluss der Prüfung auf Vollständigkeit</b> kann bei Angeboten, <b>bei denen Unterlagen fehlen, die mit der Angebotsabgabe vorzulegen waren, und die nicht entsprechend § 42 UVgO bzw. § 57 VgV zwingend auszuschließen sind, grundsätzlich erst dann erfolgen, wenn die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nachgefordert und geprüft sind.</b></p> <p>Dazu fordert die Vergabestelle den Bieter in Textform auf, spätestens innerhalb <b>einer nach dem Kalender bestimmten angemessenen Frist (i.d.R. 6 Kalendertage)</b> nach Aufforderung die fehlenden Unterlagen zu übergeben.</p> <p>Die Frist der Aufforderung beginnt am Tag nach der Absendung. Das Absendedatum ist von der Vergabestelle zu dokumentieren.</p> <p>Dieser Prüfschritt kann für Angebote, welche nach der rechnerischen Prüfung für eine Auftragserteilung vorerst nicht in Betracht kommen, zurück gestellt werden.</p> <p><b>Ausgenommen von der Nachforderung sind leistungsbezogene Unterlagen gemäß § 42 Abs. 3 UVgO bzw. § 56 Abs. 3 VgV. Weiterhin ist ein Nachfordern von Unterlagen dann ausgeschlossen, wenn die Vergabestelle dies bereits in der Auftragsbekanntmachung oder den Vergabeunterlagen festgelegt hat (§ 41 Abs. 2 Satz 2 UVgO bzw. § 56 Abs. 2 Satz 2 VgV).</b></p>
175	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Rechnerische Prüfung</b>
176	2	2.4	(15)	(15) Bei Grund- oder Wahlpositionen darf bei der Nachrechnung und Ermittlung der Wertungssummen nur die preisgünstigere Variante (Grund- oder Wahlposition) berücksichtigt werden.	(15) Bei Grund- oder Wahlpositionen darf bei <b>der Ermittlung</b> der Wertungssummen nur die preisgünstigere Variante (Grund- oder Wahlposition) berücksichtigt werden.
177	2	2.4	(16)	(16) Der am Schluss des Angebots eingetragene Steuersatz für die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist gegebenenfalls auf den bei Ablauf der Angebotsfrist geltenden Steuersatz zu ändern und der sich daraus ergebende Umsatzsteuerbetrag entsprechend umzurechnen.	(16) Der am Schluss des Angebots eingetragene Steuersatz für die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist gegebenenfalls auf den <b>aktuell</b> geltenden Steuersatz zu ändern und der sich daraus ergebende Umsatzsteuerbetrag <b>zu berücksichtigen</b> .
178	2	2.4	(17)	(17) Ein als v. H. angebotener Preisnachlass ohne Bedingungen ist von der Angebotssumme (ohne USt.) abzusetzen.	(17) Ein <b>unter Nr. 4 im „Angebotsschreiben“</b> angebotener Preisnachlass ohne Bedingungen ist von der Angebotssumme <b>(netto)</b> abzusetzen.
				Alle anderen Preisnachlässe sind von der Angebotssumme des Angebotes nicht abzusetzen, denn es dürfen nur Preisnachlässe gewertet werden, die als v. H. - Satz ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme des Haupt- und aller Nebenangebote unter Nr. 4 des „Angebotsschreibens“ angeboten wurden (Nr. 3.7 Bewerbungsbedingungen bzw. EU-Bewerbungsbedingungen).	Alle anderen Preisnachlässe sind von der Angebotssumme des Angebotes nicht abzusetzen, denn es dürfen nur Preisnachlässe gewertet werden, die als <b>%-Wert</b> ohne Bedingungen auf die Abrechnungssumme des Haupt- und aller Nebenangebote unter Nr. 4 des „Angebotsschreibens“ angeboten wurden ( <b>Nr. 3.6</b> Bewerbungsbedingungen bzw. EU Bewerbungsbedingungen).



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
179	2	2.4	(18)	<p>(18) Fehlen in einem Angebot in einer oder mehreren OZ (Position) der Preis, ist zu prüfen, ob es sich hierbei um eine unwesentliche Position in Bezug auf die ausgeschriebene Leistung handelt (sowohl nach Art der Leistung als auch nach dem Gesamtbetrag der OZ).</p> <p>Handelt es sich um unwesentliche Positionen, ist in der rechnerischen Prüfung der fehlende Preis mit 0,00 Euro einzusetzen, um den preislichen Rang des Angebotes festzustellen.</p> <p>Wenn das Angebot für einen Zuschlag in Betracht kommen kann, sind die Preise vom Bieter nachzufordern.</p> <p>Mit den fristgerecht vorgelegten nachgeforderten Preisen ist die Angebotsendsumme zusätzlich zu ermitteln. In der Niederschrift über die Öffnung der Angebote und ggf. der Bieterinformation nach § 101a GWB ist jedoch die mit 0,00 Euro nachgerechnete Angebotssumme einzutragen.</p>	<p>(18) Fehlen in einem Angebot <b>Preisangaben</b>, ist zu prüfen, ob es sich <b>lediglich um unwesentliche Einzelpositionen handelt, deren Einzelpreise den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen.</b></p> <p>Handelt es sich um unwesentliche Positionen, <b>sind zunächst</b> in der rechnerischen Prüfung <b>die fehlenden Preise</b> mit 0,00 Euro einzusetzen, um den preislichen Rang des Angebotes festzustellen (<b>Angebotssumme</b>).</p> <p><b>Anschließend sind von dem Bieter die fehlenden Preisangaben nachzufordern.</b></p> <p><b>entfällt</b></p> <p><b>Mit den nachgeforderten Angaben ist dann erneut der preisliche Rang des Angebotes zu bestimmen. Ergibt sich daraus eine Rangplatzveränderung ist das Angebot gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 5 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 5 VgV auszuschließen. Die Zulässigkeit des Nachforderns von Preisangaben sowie das Ergebnis sind im Vergabevermerk zu dokumentieren.</b></p>
180	2	2.4	(19)	<p>(19) Nach der Nachrechnung sind die Hauptangebote in aufsteigender Rangfolge, die sich aus der Höhe der nachgerechneten Angebotsendsummen ergibt, in einer „Bieterliste“ zusammenzustellen (siehe Muster 2.4 – 2).</p>	<p>(19) Nach der Nachrechnung sind die Hauptangebote in aufsteigender Rangfolge, die sich aus der Höhe der nachgerechneten Angebotsendsummen ergibt, in einer „Bieterliste“ zusammenzustellen.</p> <p><b>entfällt</b></p>
181	2	2.4	(20)	<p>(20) Die Einzelpreise der Hauptangebote sind in einem „Preisspiegel“ zusammenzustellen; dabei sind die Angebote in der Reihenfolge der Bieterliste aufzunehmen (siehe Muster 2.4 – 3).</p> <p>In der Regel braucht nur für die fünf niedrigsten Hauptangebote ein Preisspiegel aufgestellt zu werden.</p>	<p>(20) Die Einzelpreise der Hauptangebote sind in einem „Preisspiegel“ zusammenzustellen; dabei sind die Angebote in der Reihenfolge der Bieterliste aufzunehmen.</p> <p><b>entfällt</b></p> <p>In der Regel braucht nur für die fünf niedrigsten Hauptangebote ein Preisspiegel aufgestellt zu werden.</p>
182	2	2.4	(21) (22)	nicht vorhanden	<b>(21) bis (22) frei</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
183	2	2.4		(22) Fällt ein Bieter wiederholt durch nicht zweifelsfreie Preiseintragen oder erhebliche Rechenfehler in seinen Angeboten auf oder legt ein Bieter die nach Angebotsabgabe angeforderten Erklärungen oder Nachweise nicht fristgemäß vor, so dass das Angebot aus dem Wettbewerb ausgeschlossen werden muss, ist dieser Bieter abzumahnern und darüber zu informieren, dass er im Wiederholungsfalle wegen fehlender Zuverlässigkeit nach § 16 Abs. 4, oder § 19 EG Abs. 4 VOL/A von der Wertung ausgeschlossen werden kann.	entfällt
184	2	2.4		(23) Die geprüften Angebotsendsummen der Hauptangebote sind in den Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung unter II. Spalte 7 einzutragen (siehe Muster 2.3 – 1). Wurde die Anzahl der abgegebenen Nebenangebote im „Angebotsschreiben“ falsch angegeben, ist die richtige Anzahl im Vordruck HVA L-StB Angebotsöffnung unter II. Spalte 8 nachzutragen (siehe Muster 2.3 – 1). Preise und Sonstiges aus dem Inhalt von Nebenangeboten sind nicht einzutragen.	entfällt
185	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Abschluss der Prüfung auf Vollständigkeit sowie auf rechnerische und fachliche Richtigkeit der Angebote</b>
186	2	2.4	(23)	(21) Aufgrund der Feststellungen der formalen und rechnerischen Prüfung ist zu entscheiden, ob ein Angebot auszuschließen ist oder weiter geprüft und gewertet wird (siehe Nr. 4 der Vordrucke HVA L-StB Angebotsprüfung HA und HVA L-StB Angebotsprüfung NA). Aufgrund der Festlegungen ist der Preisspiegel zu berichtigen bzw. neu aufzustellen.	(23) Aufgrund der Feststellungen ist zu entscheiden, ob ein Angebot auszuschließen ist oder weiter geprüft und gewertet wird (siehe Nr. 5 des Vordruckes HVA L-StB Angebotsprüfung HA).  Aufgrund der Festlegungen ist der Preisspiegel zu berichtigen bzw. neu aufzustellen.
187	2	2.4		<b>Prüfung und Wertung der Eignung der Bieter (§ 16 Abs. 4 und 5, § 19 EG Abs. 4 und 5 VOL/A)</b>	entfällt
188	2	2.4	(24) (25)	nicht vorhanden	(24) bis (25) frei
189	2	2.4	(26)	nicht vorhanden	(26) Im Rahmen der fachlichen Prüfung ist das Angebot auf Übereinstimmung mit den Ausschreibungsunterlagen zu prüfen (Ziffer 4 des Vordruckes HVA L-StB Angebotsprüfung HA). Dabei ist auch festzustellen, ob es sich bei dem Hauptangebot um ein Angebot mit geänderten technischen Anforderungen handelt oder um ein Nebenangebot.
190	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Prüfung und Wertung der Eignung der Bieter (§ 31 UVgO bzw. § 42 VgV)</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
191	2	2.4	(27)	nicht vorhanden	<p>(27) Im Rahmen der Prüfung und Wertung der Eignung sind diejenigen Bieter auszuwählen, die die festgelegten Eignungskriterien erfüllen (s. vorgenommene Anforderungen in der Eigenerklärung zur Eignung) und die nicht nach den §§ 123 bis 124 GWB auszuschließen sind.</p> <p>Die erforderliche Eignung ist dann gegeben, wenn der Bieter über die in den Vergabeunterlagen geforderte Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung, wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit verfügt.</p> <p>Bei fakultativen Ausschlüssen (§ 124 GWB) ist durch die Vergabestelle nach pflichtgemäßem Ermessen unter Abwägung aller einen eventuellen Ausschluss beeinflussenden Sachverhalte darüber zu entscheiden, ob die betreffenden Bieter bzw. die betreffenden Angebote ausgeschlossen werden sollen. Dabei sind die Interessen des Auftraggebers nach einer wirtschaftlichen Vergabe mit den allgemein öffentlichen Belangen abzuwägen und das Ergebnis im Vergabevermerk zu dokumentieren.</p> <p>Vor einem Ausschluss des Bieters ist zu prüfen, inwieweit der Bieter ausreichende Selbstreinigungsmaßnahmen (§ 125 GWB) nachgewiesen hat.</p>
192	2	2.4	(28)	<p>(24) Prüfung und Wertung der Eignung derjenigen Bieter einschl. deren benannten Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmer, die nach der formalen und rechnerischen Prüfung für eine Beauftragung in Betracht kommen, sind über den Vordruck HVA L-StB Eignungsprüfung (siehe Muster 2.4 – 1.3) unter Beachtung dernachfolgenden Hinweise vorzunehmen.</p> <p>Dieser Vordruck wird dem jeweiligen Angebot vorgeheftet.</p> <p>Die Eignung wird anhand der in der Bekanntmachung (siehe Abschnitt 2.1 „Bekanntmachungen“) und der in Nr. 5 der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“) geforderten Nachweise und Angaben für die Eignungskriterien Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit geprüft.</p>	<p>(28) Die Prüfung und Wertung der Eignung derjenigen Bieter, <b>die nicht auszuschließen sind (s. Nrn. (12) und (27)) und deren Angebote nach der Prüfung auf Vollständigkeit sowie rechnerische und fachliche Richtigkeit für eine Beauftragung in Betracht kommen, ist</b> über den Vordruck „HVA L-StB Eignungsprüfung“ unter Beachtung der nachfolgenden Hinweise vorzunehmen.</p> <p>Dieser Vordruck wird dem jeweiligen Angebot <b>zugeordnet</b>.</p> <p>Die Eignung wird anhand der in der Bekanntmachung (siehe Abschnitt 2.1 „Bekanntmachungen“) und der in <b>Nr. 3.2</b> der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“) <b>geforderten Unterlagen für die geforderten Eignungskriterien geprüft</b>.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
193	2	2.4	(29)	<p>(25) Die Eignung der Bieter ist bei öffentlicher Ausschreibung oder Offenem Verfahren im Rahmen der Wertung der Angebote, in allen anderen Verfahren vor Aufforderung zur Angebotsabgabe zu prüfen.</p> <p>Die Eignung der Bieter ist bezogen auf die jeweils geforderte Leistung bzw. bei Nebenangeboten auf die angebotene Leistung unabhängig von der Höhe des Angebotspreises zu beurteilen.</p> <p>Die Vergabestelle hat bei der Eignungsprüfung Umstände, welche die Eignung des Bieters betreffen, bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens (rechtswirksame Zuschlagserteilung) zu berücksichtigen (siehe Nr. (49)).</p> <p>F a c h k u n d i g ist der Bieter, der über die für die Vorbereitung und Ausführung der jeweiligen Leistung notwendigen technischen Kenntnisse verfügt.</p> <p>L e i s t u n g s f ä h i g ist der Bieter, der über das für die fach- und fristgerechte Ausführung notwendige Personal und Gerät verfügt (ggf. durch Unterauftragnehmer bzw. andere Unternehmen) und die Erfüllung seiner Verbindlichkeiten erwarten lässt.</p> <p>Z u v e r l ä s s i g ist ein Bieter, der seinen gesetzlichen Verpflichtungen – auch zur Entrichtung von Steuern und sonstigen Abgaben – nachgekommen ist, und der aufgrund der Erfüllung früherer Verträge eine einwandfreie Ausführung einschließlich Erfüllung der Mängelansprüche erwarten lässt.</p> <p>Werden Leistungen an Unterauftragnehmer bzw. andere Unternehmer übertragen, ist zu prüfen, ob diese geeignet sind und ob der Bieter wirtschaftlich, technisch und organisatorisch die Gewähr für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung, insbesondere für die einwandfreie Koordinierung und Aufsicht, bietet.</p>	<p>(29) Die Eignung der Bieter ist bei öffentlicher Ausschreibung <b>bzw. offenen</b> Verfahren im Rahmen der Wertung der Angebote, in allen anderen Verfahren vor Aufforderung <b>bzw. EU-Aufforderung</b> zur Angebotsabgabe zu prüfen.</p> <p>Die Eignung der Bieter ist bezogen auf die jeweils geforderte Leistung bzw. bei Nebenangeboten <b>zusätzlich</b> auf die angebotene <b>Leistung zu</b> beurteilen.</p> <p>Die Vergabestelle hat bei der Eignungsprüfung Umstände, welche die Eignung des Bieters betreffen, bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens (rechtswirksame Zuschlagserteilung) zu berücksichtigen.</p> <p><b>entfällt</b></p>
194	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Eignungsleihe (§ 34 UVgO bzw. 47 VgV)</b>
195	2	2.4	(30)	nicht vorhanden	(30)
196	2	2.4	(31)	nicht vorhanden	(31)
197	2	2.4	(32)	nicht vorhanden	(32)
198	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Nachweis der Eignung</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
199	2	2.4	(33)	<p>(26) Der Nachweis der Eignung erfolgt im Regelfall über die mit Angebotsabgabe vom Bieter vorgelegte Eigenerklärung nach dem Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung (siehe Muster 1.0 – 7).</p> <p>In Ausnahmefällen sind die Angaben durch entsprechende Stellen zu bestätigen.</p> <p>Die Forderungen von anderen auf den konkreten Auftrag bezogenen Nachweisen (siehe Nr. 5.2 „Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“) sind im Vergabevermerk zu begründen. Die Einzelnachweise sind gesondert zu prüfen, z. B. Qualifikation des zu benennenden Verantwortlichen für die Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen gemäß dem „Merkblatt über Rahmenbedingungen für erforderliche Fachkenntnisse zur Verkehrssicherung von Arbeitsstellen an Straßen (MVAS).</p>	<p>(33) Der Nachweis der Eignung kann wie folgt geführt werden:</p> <p>1.: Eigenerklärung Grundsätzlich erfolgt der Nachweis der Eignung mit der mit Angebotsabgabe vom Bieter vorzulegenden Eigenerklärung nach dem Vordruck „HVA L-StB Eigenerklärung Eignung“. Nur von dem für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Bieter können die im Vordruck bezeichneten Bestätigungen mit Terminvorgabe angefordert und geprüft werden. entfällt</p> <p>Auf den konkreten Auftrag bezogene zusätzlich angeforderte Nachweise (siehe Nr. 3.2 „Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“), die nicht über die Eigenerklärung erfasst werden, sind gesondert zu prüfen.</p> <p>2.: Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) Als vorläufigen Eignungsnachweis müssen die Vergabestellen auch die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) akzeptieren. Maßgebend für die Anwendung ist die zugehörige Durchführungsverordnung EU 2016/7 vom 05.01.2016 zur Einführung des zugehörigen Standardformulars. Die Umsetzung der EEE in deutsches Recht ergibt sich aus bzw. § 35 Abs. 3 UVgO bzw. § 48 Abs. 3 VgV. Diese regeln, dass der öffentliche Auftraggeber die EEE akzeptieren muss, wenn der Bewerber/Bieter sich entscheidet, diese vorzulegen. In diesem Falle ist der öffentliche Auftraggeber nach der Vorgabe in § 50 Abs. 2 VgV auch verpflichtet, die eigentlichen Nachweise von dem Unternehmen einzufordern, das den Zuschlag erhalten soll (z.B. Gewerbeanmeldung, Bankbürgschaft, Zeugnisse von Führungskräften etc.). Aufbau: Die EEE besteht aus folgenden Teilen: – Teil I: Angaben zum Vergabeverfahren und zum öffentlichen Auftraggeber oder Sektorenauftraggeber, – Teil II: Angaben zum Wirtschaftsteilnehmer, – Teil III: Ausschlussgründe, – Teil IV: Eignungskriterien, – Teil V: Verringerung der Zahl geeigneter Bewerber – Teil VI: Abschlusserklärungen; Ort, Unterschriften.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
200	2	2.4	(33)		<p>... (33) Verwendung: Einem Angebot oder einem Teilnahmeantrag können die Wirtschaftsteilnehmer eine ausgefüllte EEE beifügen, um die einschlägigen Informationen vorzulegen. Außer bei bestimmten Aufträgen auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen, muss dann nur noch der Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, aktuelle Bescheinigungen und zusätzliche Unterlagen beibringen. Erfolgt die Vergabe in mehreren Losen und werden für die einzelnen Lose unterschiedliche Eignungskriterien festgelegt, ist für jedes Los (bzw. für jede Gruppe von Losen, für die dieselben Eignungskriterien gelten) eine eigene EEE vorzulegen. Elektronischer EEE-Dienst: Gemäß Artikel 59 der Richtlinie 2014/24/EU wird die EEE ausschließlich in elektronischer Form ausgestellt; die Frist für die Einführung dieser Regelung gilt bis spätestens 18. April 2018. Das bedeutet, dass bis spätestens 18. April 2018 parallel eine voll elektronische und eine papierbasierte Version der EEE verwendet werden kann. Unter der Internetadresse <a href="https://ec.europa.eu/tools/espd/filter?lang=de">https://ec.europa.eu/tools/espd/filter?lang=de</a> wird es einen EEE-Dienst geben, den die EU Kommission öffentlichen Auftraggebern, Sektorenauftraggebern, Wirtschaftsteilnehmern, Anbietern elektronischer Dienste und anderen einschlägigen Akteuren unentgeltlich zur Verfügung stellen wird. Er soll es u.a. Bietern ermöglichen, die Angaben, die sie bereits bei einer früheren Auftragsvergabe in einer EEE gemacht haben, wiederzuverwenden, sofern diese nach wie vor korrekt und relevant sind. In der VgV hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in Abstimmung mit den beteiligten Ressorts bezüglich der Einführung der EEE festgelegt, dass die EEE ein Instrument ist, das der Bieter freiwillig nutzen kann. Der Auftraggeber hat nicht die Pflicht, es einzufordern. Er muss die EEE aber akzeptieren, sofern sie</p> <p><b>Ablauf der Eignungsprüfung</b></p>
201	2	2.4		nicht vorhanden	



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
202	2	2.4	(34)	<p>(27) Ablauf der Eignungsprüfung:</p> <p>1. Von den Bietern, die für einen Auftrag in Betracht kommen, sind umgehend folgende Angaben bzw. Unterlagen unter Fristsetzung (i.d.R. 6 Kalendertage) für die Vorlage bei der Vergabestelle anzufordern:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- für die im „Verzeichnis der Unterauftragnehmerleistungen“ bzw. „Verzeichnis der Leistungen anderer Unternehmer“ angeführten Teilleistungen die Namen der Unterauftragnehmer bzw. der anderen Unternehmer,</li><li>- für die durch die Vergabestelle bestimmten wesentlichen Teilleistungen die Eignungsnachweise der Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmer,</li><li>- bei EU-Verfahren für alle anderen Unternehmer die Verpflichtungserklärungen entsprechend dem Vordruck HVA L-StB Verpflichtungserklärung Leistungen anderer Unternehmer.</li></ul> <p>2. Prüfung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) anhand der vorgelegten Angaben und Nachweise über den Vordruck HVA L-StB Eignungsprüfung. Der Nachweis der Eignung der Unterauftragnehmer bzw. anderen Unternehmer für wesentliche Teilleistungen erfolgt zunächst nach dem Vordruck HVA L-StB Eignungsprüfung.</p>	<p>(34) entfällt</p> <p>1. Von den Bietern, die für einen Auftrag in Betracht kommen, sind <b>umgehend unter Fristsetzung (i. d. R. 6 Kalendertage) für die im Vordruck „HVA L-StB Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer“ angeführten Teilleistungen die Namen der Unternehmen anzufordern.</b></p> <p><b>Gemäß § 26 Abs. 1 UVgO bzw. § 36 VgV ist hierzu in den Vergabeunterlagen eine diesbezügliche Aufforderung aufzunehmen</b></p> <p>2. Von dem für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Bieter, den ggf. benannten Unternehmen im Rahmen einer Eignungsleihe sowie ggf. Unterauftragnehmern bzw. anderen Unternehmen, die wesentliche Teilleistungen ausführen, sind die bezeichneten Nachweise und Bestätigungen unter Fristsetzung zu verlangen und anschließend zu prüfen.</p> <p>3. Die Prüfung der Eignung <b>des für die Zuschlagserteilung vorgesehenen Bieters erfolgt</b> anhand der vorgelegten Angaben und Nachweise über den Vordruck „HVA L-StB Eignungsprüfung“.</p> <p>Der Nachweis der Eignung der Unterauftragnehmer bzw. anderen <b>Unternehmen</b> für wesentliche Teilleistungen erfolgt zunächst nach dem <b>im Vordruck HVA L-StB Eignungsprüfung festgelegten Möglichkeiten.</b></p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
203	2	2.4	(34)	<p>... (27) 3. Angebote von Bieter, - die die Namen der Unterauftragnehmer bzw. die Namen der anderen Unternehmer und die Verpflichtungserklärungen oder die Eigenerklärungen gemäß Vordruck HVA L-StB Eigenerklärung Eignung nicht vollständig und fristgerecht vorgelegt haben, - bei denen die Voraussetzungen nach § 21 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) oder § 21 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz (SchwarzArbG) oder nach Nr. (22) vorliegen. - die in Bezug auf die Ausschreibung eine Abrede getroffen haben, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt (§ 16 Abs. 3f), § 19 EG Abs. 3 f) VOL/A), sind auszuschließen.</p> <p>4. Weiterhin können Angebote von Bieter für Sachverhalte nach § 16 Abs. 4, § 19 EG Abs. 4 VOL/A aus geschlossen werden. Die Vergabestelle hat in diesen Fällen die Interessen des Auftraggebers nach einer wirtschaftlichen Vergabe mit den allgemein öffentlichen Belangen abzuwägen und das Ergebnis im Vergabevermerk zu dokumentieren.</p> <p>5. Angebote nicht geeigneter Bieter kommen für den Zuschlag nicht in Betracht und werden nicht weiter gewertet.</p> <p>6. Von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, ist von der Vergabestelle ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anzufordern und zu prüfen (siehe Nr. (49)).</p>	<p>... (34) Angebote von Bieter,</p> <p>für die nach obiger Prüfung die Eignung nicht bestätigt werden kann, sind nicht zu berücksichtigen. Dies gilt nicht, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- für einen benannten Unterauftragnehmer bzw. anderes Unternehmen, das wesentliche Teilleistungen erbringt, die Eignung nicht gegeben ist und der Bieter dieses ungeeignete Unternehmen nach Aufforderung durch die Vergabestelle gemäß § 26 Abs. 5 UVgO bzw. § 47 Abs. 2 VgV gegen einen geeignetes austauscht,</li><li>- für ein anderes Unternehmen, auf welches sich der Bieter im Rahmen der Eignungslleihe beruft, die Eignung nicht gegeben ist und der Bieter dieses nach Aufforderung durch die Vergabestelle gegen ein geeignetes austauscht (§ 36 (5) UVgO bzw. 47 (2) VgV).</li></ul> <p>Von dem Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, ist von der Vergabestelle ein Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anzufordern und zu prüfen (siehe Nr. (53)).</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
204	2	2.4		<b>Festlegung der Angebote für die weitere Wertung</b>	<b>Festlegung der Angebote für die weitere Wertung</b>
205	2	2.4	(35)	(28) Nach der Prüfung und Wertung der Eignung der Bieter ist zu entscheiden, welche Angebote für die weitere Wertung berücksichtigt werden müssen. Dabei ist zu beachten, dass bei Vergaben bei denen die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes über gewichtete Zuschlagskriterien erfolgt (siehe Nr. (46)), auch Angebote, die nur unter Berücksichtigung des Kriteriums Preis nicht in die engere Wahl kommen würden, durch die Berücksichtigung weiterer nichtmonetärer Wertungskriterien ihre Wettbewerbsposition eventuell verbessern können. Die Festlegungen sind im Vergabevermerk (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“ Nr. (10)) anzugeben.	(35) Nach der Prüfung und Wertung der Eignung der Bieter ist zu entscheiden, welche Angebote für die weitere Wertung berücksichtigt werden müssen. Dabei ist zu beachten, dass bei Vergaben, bei denen die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes über gewichtete Zuschlagskriterien erfolgt (siehe Nr. (48 ff.)), auch Angebote, die nur unter Berücksichtigung des Kriteriums Preis nicht in die engere Wahl kommen würden, durch die Berücksichtigung weiterer nichtmonetärer <b>Zuschlagskriterien</b> ihre Wettbewerbsposition eventuell verbessern können. Die Festlegungen sind im Vergabevermerk (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“ Nr. (11)) anzugeben.
206	2	2.4		<b>Besonderheiten der Prüfung und Wertung von Nebenangeboten</b>	<b>Besonderheiten der Prüfung und Wertung von Nebenangeboten</b>
207	2	2.4	(36)	(29) Nebenangebote sind, soweit zutreffend, entsprechend den Nrn. (12) bis (27) zu prüfen und zu werten.	(36) Nebenangebote sind, soweit zutreffend, entsprechend den <b>Nrn. (11) bis (34)</b> zu prüfen und zu werten.
208	2	2.4		(30) Preisnachlässe mit Bedingungen sind bei der Ermittlung der Wertungssumme nicht zu berücksichtigen. Nicht zu wertende Preisnachlässe (ohne oder mit Bedingungen) bleiben rechtsverbindlicher Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt (siehe Nr. (50)).	entfällt



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
209	2	2.4	(37)	<p>(31) Nebenangebote dürfen bei EU-Vergaben nur gewertet werden, wenn hierzu in der Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ Nr. (7)) bzw. in der Ausführungsbeschreibung (siehe Abschnitt 1.4 „Leistungsbeschreibung“ Nr. (8)) Mindestanforderungen genannt worden sind.</p> <p>Wird die Erfüllung von Mindestanforderungen mit Angebotsabgabe nachgewiesen (siehe Nr. 5.2 „EUBewerbungsbedingungen“), ist das Nebenangebot als wertbar anzusehen.</p> <p>Bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte gilt für zugelassene Nebenangebote, dass sie die geforderten Mindestanforderungen und/oder im Vergleich mit der zugeschriebenen Leistung qualitativ und quantitativ gleichwertig sein müssen (siehe Nr. 7.2 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“).</p>	<p>(37) Nebenangebote dürfen nur gewertet werden, wenn die Abgabe von Nebenangeboten in der Auftragsbekanntmachung oder der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe zugelassen war. Weiterhin dürfen Nebenangebote nur gewertet werden, wenn hierzu in der Aufforderung bzw. EUAufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Abschnitt 1.1 „Aufforderung zur Angebotsabgabe“ Nr. (6)) bzw. in der Leistungsbeschreibung Mindestanforderungen genannt worden sind.</p> <p>Die Erfüllung der Mindestanforderungen ist daher mit Angebotsabgabe nachzuweisen (siehe Nr. 5.2 EUBewerbungsbedingungen).</p> <p>Schließlich ist das Qualitätsniveau von Nebenangeboten und ihr technischfunktioneller und sonstiger sachlicher Wert über die Mindestanforderungen hinaus nachvollziehbar und überprüfbar mit dem für die Hauptangebote nach dem Amtsvorschlag vorausgesetzten Standard zu vergleichen. Nur wenn insoweit eine Gleichwertigkeit bestätigt werden kann, kann das Nebenangebot gewertet werden.</p> <p>entfällt</p>
210	2	2.4		<p>(32) Soweit bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte Nebenangebote die qualitative und quantitative Gleichwertigkeit mit der ausgeschriebenen Leistung erfüllen müssen, ist zu prüfen, ob das Nebenangebot in technischer, wirtschaftlicher, terminlicher, gegebenenfalls gestalterischer usw. Hinsicht der geforderten Leistung gleichwertig ist.</p> <p>Die Gleichwertigkeit muss sich aus dem Nebenangebot, so wie es vorliegt, ergeben (siehe Nr. 5.2 „Bewerbungsbedingungen“).</p> <p>Defizite hinsichtlich der vorgelegten Unterlagen braucht der Auftraggeber nicht durch eigene Nachforschungen auszugleichen, es sei denn, dass die relevanten Informationen der Vergabestelle ohnehin bekannt sind. Ein Nebenangebot darf nicht durch Nachreichen von Unterlagen nachgebessert und damit gleichwertig gemacht werden.</p>	<p>entfällt</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
211	2	2.4	(38)	(33) Die Feststellungen aus der Prüfung und Wertung der Nebenangebote sind im Vordruck HVA L-StB Angebotsprüfung NA (siehe Muster 2.4 – 1.2) festzuhalten, welcher dem jeweiligen Angebot vorgeheftet wird (siehe Nr. (12)).	(38) Die Feststellungen aus der Prüfung und Wertung der Nebenangebote sind im Vordruck HVA L-StB Angebotsprüfung <b>NA festzuhalten</b> , welcher dem jeweiligen Angebot zugeordnet wird (siehe <b>Nr. 11</b> )).
212	2	2.4		<b>Prüfung und Wertung der Angemessenheit der Preise (§ 16 Abs. 6, § 19 EG Abs. 6 VOL/A))</b> (34) Lieferungen und Leistungen dürfen nur zu angemessenen Preisen vergeben werden (§ 2 Abs. 1, § 2 EG Abs. 1, § 16 Abs. 6 und § 19 EG Abs. 6 VOL/A). Die Angemessenheit der Preise für Teilleistungen ist in der Regel nicht für sich, sondern im Rahmen der Angebotsendsumme zu beurteilen. Bei der Prüfung ist zu untersuchen, ob der Preis eine einwandfreie Lieferung bzw. Leistung erwarten lässt.	<b>entfällt</b>
213	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Prüfung ungewöhnlich niedriger Angebote (§ 44 UVgO bzw. § 60 VgV)</b>
214	2	2.4	(39)	(35) Zweifel an der Angemessenheit können sich insbesondere ergeben, wenn die Angebotsendsumme eines oder einiger weniger Bieter erheblich geringer ist als die der Übrigen. Ob derartige Abweichungen als erheblich anzusehen sind, ist nach den Gegebenheiten des Einzelfalls zu beurteilen. Weicht beispielsweise die Angebotsendsumme des Mindestbietenden um mehr als 20 v. H. von den nächsthöheren ab, ist eine Aufklärung der Ursachen im Rahmen des § 15, § 18 EG VOL/A unerlässlich. Dazu ist vom Bieter eine schriftliche Aufklärung über die Ermittlung der Preise für die Gesamtleistung zu verlangen.	(39) <b>Ungewöhnlich niedrige Angebote können insbesondere dann vorliegen</b> , wenn die Angebotsendsumme eines oder einiger weniger Bieter erheblich geringer ist als die der Übrigen. Ob derartige Abweichungen als erheblich anzusehen sind, ist nach den Gegebenheiten des Einzelfalls zu beurteilen. Weicht beispielsweise die Angebotsendsumme des Mindestbietenden um mehr als <b>20 %</b> von den nächsthöheren ab, ist eine Aufklärung der Ursachen im Rahmen des <b>§ 44 Abs. 1 UVgO bzw. § 60 Abs. 1 VgV</b> unerlässlich. Dazu ist vom Bieter eine <b>Aufklärung in Textform</b> über die Ermittlung der Preise für die Gesamtleistung zu verlangen.
215	2	2.4	(40)	(36) Bei einem solchen Angebot ist zu prüfen, ob der Bieter aus sachlich gerechtfertigten Gründen die Einheitspreise knapper als die übrigen Bieter kalkulieren konnte, beispielsweise deswegen, weil er rationellere Arbeitsverfahren anwendet oder über günstigere Materialbezugsquellen oder über Produktionsvorrichtungen verfügt, die andere Bieter nicht haben oder erst beschaffen müssen. Das Fehlen eines Ansatzes für Wagnis und Gewinn ist unbeachtlich.	(40) <b>Bei solchen Angeboten sind die Einzelansätze unter folgenden Gesichtspunkten zu prüfen:</b> <b>1. die Wirtschaftlichkeit des Fertigungsverfahrens einer Lieferleistung oder der Erbringung der Dienstleistung,</b> <b>2. die gewählten technischen Lösungen oder die außergewöhnlich günstigen Bedingungen, über die das Unternehmen bei der Lieferung der Waren oder bei der Erbringung der Dienstleistung verfügt,</b> <b>3. die Besonderheiten der angebotenen Liefer- oder Dienstleistung,</b> <b>4. die Einhaltung der Verpflichtungen nach § 128 Abs. 1 GWB, insbesondere der für das Unternehmen geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften, oder</b> <b>5. die etwaige Gewährung einer staatlichen Beihilfe an das Unternehmen.</b>
216	2	2.4		nicht vorhanden	<b>Prüfung und Wertung der Angebote hinsichtlich Spekulation</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
217	2	2.4	(41)	nicht vorhanden	(41) Ein Spekulationsangebot liegt vor, wenn der Bieter den Preis nicht – allein – an den voraussichtlichen Kosten einer unveränderten Leistungsbeschreibung kalkuliert, sondern auch an der Erwartung, dass sich für ihn aus angenommenen künftigen Änderungen der Leistungsbeschreibung ein finanzieller Vorteil ergibt.
218	2	2.4	(42)	nicht vorhanden	(42) Bei den verbliebenen Angeboten der engeren Wahl mit überhöhten oder unteretzten Einheitspreisen, sind die Vergabeunterlagen, insbesondere die Leistungsbeschreibung (Mengenermittlung), auf Mängel zu untersuchen. Werden Mängel festgestellt, sind die Ursachen zu erforschen. Das Ergebnis der Prüfung ist zu dokumentieren.
219	2	2.4	(43)	nicht vorhanden	(43) Können Mängel in den Vergabeunterlagen (z. B. Fehler in der Mengenermittlung) nicht ausgeschlossen werden und liegt nach der bisherigen Prüfung und Wertung ein Angebot mit spekulativen Einheitspreisen preislich an erster Stelle, sind die aus dem Mangel in der Leistungsbeschreibung resultierenden wirtschaftlichen Auswirkungen für den Auftraggeber abzuschätzen. Dazu werden die Angebote der engeren Wahl mit den korrigierten Mengen und den Angebotspreisen neu berechnet. Ergibt sich dabei ein Wechsel des Mindestbietenden, ist zu prüfen, ob die Ausschreibung gemäß § 48 Abs. 1 UVgO bzw. § 63 Abs. 1 VgV aufgehoben werden kann.
220	2	2.4		<b>Unerwartet hohe Angebotsendsumme</b>	<b>Unerwartet hohe Angebotsendsumme</b>
221	2	2.4	(44)	(40) Liegen im Vergleich zur Kostenermittlung der Vergabestelle nur Angebote mit unerwartet hohen Preisen vor, ist die Kostenermittlung auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Wird sie im Wesentlichen bestätigt, kann die Ausschreibung nach § 17 Abs. 1 c), § 20 EG Abs.1 c) VOL/A aufgehoben werden.	(44) Liegen im Vergleich zur Kostenermittlung der Vergabestelle nur Angebote mit unerwartet hohen Preisen vor, ist die Kostenermittlung auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Wird sie im Wesentlichen bestätigt, kann die Ausschreibung nach § 48 Abs. 1 Nr. 3 UVgO bzw. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV aufgehoben werden.
222	2	2.4		<b>Ermittlung der Wertungssummen für die Angebote der Bieter der engeren Wahl</b>	<b>Ermittlung der Wertungssummen für die Angebote der Bieter der engeren Wahl</b>
223	2	2.4	(45)	(41) Für die abschließende Wertung sind für die jeweiligen Haupt- oder Nebenangebote „Wertungssummen“ zu ermitteln. Diese ergeben sich aus den bei der Prüfung festgestellten Angebotsendsummen und kostenmäßigen Auswirkungen, z. B. der Wahlpositionen sowie gegebenenfalls aus den sonstigen kostenmäßigen Auswirkungen bei Nebenangeboten.	(45) Für die abschließende Wertung sind für die jeweiligen Haupt- oder Nebenangebote „Wertungssummen“ zu ermitteln. Diese ergeben sich aus den bei der Prüfung festgestellten Angebotsendsummen und kostenmäßigen Auswirkungen, z. B. Wertungsboni, Wahlpositionen sowie gegebenenfalls aus sonstigen kostenmäßigen Auswirkungen bei Nebenangeboten.
224	2	2.4	(46)	(42) Fehlen in einem Angebot in unwesentlichen Positionen Preise (s. Nr. (18)), ist die Wertungssumme neu mit den nachgeforderten und fristgerecht vorgelegten Preisen zu ermitteln.	(46) Fehlen in einem Angebot in unwesentlichen Positionen Preise (s. Nr. (18)), sind diese vom Bieter nachzufordern. Ändert sich die Wertungsreihenfolge (unter Einbeziehung der wertbaren Nebenangebote) ist es auszuschließen. Ändert sich die Reihenfolge nicht, bleibt das Angebot unter Berücksichtigung der nachgeforderten Preise in der Wertung.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
225	2	2.4	(47)	(43) Die Angebote sind mit ihrer jeweiligen „Wertungssumme“ in aufsteigender Folge in einer Übersicht „Wertungssummen der Angebote der engeren Wahl“ im Vergabevermerk aufzulisten.	(47) Die Angebote sind mit ihrer jeweiligen „Wertungssumme“ in aufsteigender Folge in einer Übersicht „Wertungssummen der Angebote der engeren Wahl“ im Vergabevermerk aufzulisten.
226	2	2.4		<b>Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots (§ 18 Abs. 1, § 21 EG Abs. 1 VOL/A))</b>	<b>Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots (§ 43 Abs. 1 UVgO bzw. § 58 Abs. 1 VgV)</b>
227	2	2.4	(48)	(44) Der Zuschlag ist gemäß § 18 Abs. 1 oder § 21 EG Abs. 1 VOL/A auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen.	(48) Der Zuschlag ist gemäß § 43 Abs. 1 UVgO bzw. § 58 Abs. 1 VgV auf das wirtschaftlichste Angebot zu erteilen. Dabei können nur die in der Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe in Nr. 6 und ggf. der zugehörigen Anlage neben dem Preis genannten weiteren Zuschlagskriterien z. B. Qualität angewendet werden.
228	2	2.4	(49)	(45) Bei Vergaben mit dem Preis als alleinigem Wertungskriterium erfolgt die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots anhand der Übersicht „Wertungssummen der Angebote der engeren Wahl“ (siehe Nr. (43)) in der Reihenfolge der ermittelten Wertungssummen.	(49) Bei der Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots ist anhand der Übersicht „Wertungssummen der Angebote der engeren Wahl“ (siehe Nr. (47)) in der Reihenfolge der ermittelten Wertungssummen vorzugehen.
229	2	2.4	(50)	(45) Bei Vergaben mit dem Preis als alleinigem Wertungskriterium erfolgt die Auswahl des wirtschaftlichsten Angebots anhand der Übersicht „Wertungssummen der Angebote der engeren Wahl“ (siehe Nr. (43)) in der Reihenfolge der ermittelten Wertungssummen.	(50) Für Vergaben mit dem Kriterium „Preis“ als alleinigem Zuschlagskriterium erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots anhand der niedrigsten Wertungssumme unter Berücksichtigung von Nachlässen ohne Bedingung sowie den preislich günstigsten Grund- oder Wahlpositionen.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
230	2	2.4	(51)	<p>(46) Für alle übrigen Vergaben darf die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 16 Abs. 7 und 8, § 19 EG Abs. 8 und 9 VOL/A für die Bieter der engeren Wahl nur nach den in Nr. 12.2 der „Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe“ genannten Wertungskriterien und deren Wichtungen sowie den dort festgelegten Regelungen für die Punktebewertung erfolgen.</p> <p>Hierfür ist der Vordruck HVA L-StB Bewertung der Unterkriterien (siehe Muster 2.4 – 4) und HVA L-StB Angebotswertung (siehe Muster 2.4 – 5 Angebotswertung) zu verwenden.</p> <p>Für die einzelnen Wertungskriterien ist folgendes zu beachten:</p> <p>1. Preis (P):</p> <p>Der Preis wird ermittelt aus der Wertungssumme des jeweiligen Angebots unter Berücksichtigung von z. B. Nachlässen, günstigsten Grund-/Wahlpositionen.</p> <p>Die Berechnung des Preises für die Haupt- und Nebenangebote ist nach den Prüf- und Wertungsschritten bis zur Nr. (43) als erstes durchzuführen. Die ermittelten Preise für die Angebote (Haupt- und Nebenangebote) sind nach den vorgegebenen Regelungen in Punkte zu normieren und in den Vordruck HVA L-StB Angebotswertung (siehe Muster 2.4 – 5) zu übernehmen. Die Punktermittlung erfolgt mit bis zu drei Stellen nach dem Komma.</p> <p>Die Punkte für den jeweiligen Preis werden nach folgender Formel berechnet:</p> <p><b>RECHNUNG</b></p> <p>2. Weitere Kriterien:</p> <p>Zunächst sind die in dem Vordruck HVA L-StB EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe (siehe Muster 1.1 – 2) bekannt gegebenen Unterkriterien für die gesamte angebotene Leistung mit Hilfe des Vordrucks HVA L-StB Bewertung der Unterkriterien einzeln über die vorgegebene Punkteskala von 5 bis 10 Punkten zu bewerten.</p>	<p>(51) Für Vergaben mit dem Kriterium „Preis und weitere Zuschlagskriterien“ erfolgt die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots gemäß § 43 Abs. 2 und 6 UVgO bzw. § 58 Abs. 2 und 3 VgV für die Bieter der engeren Wahl nur nach den in der Vergabebekanntmachung bzw. der Nr. 6 und in der zugehörigen Anlage „HVA L-StB Gewichtung der Zuschlagskriterien“ genannten Kriterien und deren Wichtungen sowie den dort festgelegten Regelungen für die Punktebewertung. Hierfür ist der Vordruck HVA L-StB Angebotswertung (mehrere Kriterien) zu verwenden.</p> <p>Für die einzelnen Zuschlagskriterien ist Folgendes zu beachten:</p> <p>1. Preis (P):</p> <p>Der Preis wird ermittelt aus der Wertungssumme des jeweiligen Angebots unter Berücksichtigung von z. B. Nachlässen ohne Bedingung, bekannt gegebenen Bonusregelungen sowie den günstigsten Grund- oder Wahlpositionen.</p> <p>Die Berechnung des Punktwertes des Kriteriums Preis ist als erstes durchzuführen. Die ermittelten Preise für die Angebote (Haupt- und Nebenangebote) sind nach den vorgegebenen Regelungen in Punkte zu normieren und in den Vordruck „HVA L-StB Angebotswertung (mehrere Kriterien)“ zu übernehmen. Die Punktermittlung erfolgt mit drei Stellen nach dem Komma (kaufmännische Rundung).</p> <p>Die Punkte für den jeweiligen Preis werden nach folgender Formel berechnet:</p> <p><b>RECHNUNG</b></p> <p>2. Qualität bzw. weitere Kriterien:</p> <p>Zunächst sind die in dem Vordruck HVA L-StB Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe bekannt gegebenen Unterkriterien für die gesamte angebotene Leistung mit Hilfe des Vordrucks HVA L-StB Angebotswertung (mehrere Kriterien) einzeln über die vorgegebene Punkteskala zu bewerten.</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
231	2	2.4	(51)	<p>... (46) Die Bewertung ist im Vordruck zu begründen. Danach ist die Summe zu ermitteln (siehe Muster 2.4 – 4).</p> <p>Aus der Summe wird die Punktbewertung der Summe für jedes Angebot durch Division durch die Anzahl der Unterkriterien ermittelt.</p> <p>Die ermittelte Punktbewertung der Summe ist dann für die in Frage kommenden Angebote in den Vordruck HVA L-StB Angebotswertung (siehe Muster 2.4 – 5) zu übernehmen.</p> <p>(47) Bei mehreren Nebenangeboten eines Bieters ist für jede mögliche Kombination die Punktbewertung durchzuführen.</p>	<p>...(51) Die Bewertung ist im Vordruck zu begründen. Danach ist die Summe zu ermitteln.</p> <p>entfällt</p> <p>Bei mehreren Nebenangeboten eines Bieters ist für die preislich günstigste Kombination der abgegebenen wertbaren Nebenangebote die Punktbewertung durchzuführen.</p>
232	2	2.4	(52)	<p>(48) Das für den Zuschlag in Frage kommende wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit der höchsten Punktsumme im Vordruck HVA L-StB Angebotswertung (siehe Muster 2.4 – 5). Bei gleicher Punktzahl ist das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme zu beauftragen.</p>	<p>(52) Das für den Zuschlag in Frage kommende wirtschaftlichste Angebot ist das Angebot mit der höchsten Punktsumme im Vordruck HVA L-StB Angebotswertung (mehrere Kriterien). Bei gleicher Punktzahl ist das Angebot mit der niedrigsten Wertungssumme zu beauftragen.</p>
233	2	2.4	(53)	<p>(49) Nach der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ist vor der Zuschlagserteilung bzw. Bieterinformation gemäß § 101a GWB (siehe Abschnitt 2.5 Abschluss des Vergabeverfahrens) für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, von der Vergabestelle ab einem Auftragswert von 30.000 € (einschl. USt.) die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister einzuholen.</p> <p>...</p> <p>Der Link zum Behördenportal kann aus Gründen des Schutzes vor Missbrauch nicht veröffentlicht werden und ist von den Vergabestellen schriftlich per Fax unter 0228/99 410 5340 beim Bundesamt für Justiz zu erfragen.</p> <p>Stimmen Auskunft und Eigenerklärung nicht überein, ist der Bieter vor der Entscheidung über einen etwaigen Ausschluss zu hören.</p>	<p>(53) Nach der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebotes ist vor der Zuschlagserteilung bzw. Bieterinformation gemäß § 134 GWB (siehe Abschnitt 2.5 Abschluss des Vergabeverfahrens) für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, von der Vergabestelle ab einem Auftragswert von 30.000 € (brutto) die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister einzuholen.</p> <p>...</p> <p>Der Link zum Behördenportal kann aus Gründen des Schutzes vor Missbrauch nicht veröffentlicht werden und ist von den Vergabestellen schriftlich per Fax unter 0228/99 410 5050 beim Bundesamt für Justiz zu erfragen.</p> <p>Stimmen Auskunft und Eigenerklärung nicht überein, ist der Bieter vor der Entscheidung über einen etwaigen Ausschluss zu hören.</p>
234	2	2.4		<b>Festlegung des anzunehmenden Angebots</b>	<b>Festlegung des anzunehmenden Angebots</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
235	2	2.4	(54)	<p>(50) Preisnachlässe ohne Bedingungen, die nicht unter Nr. 4 des „Angebotsschreibens“ angeboten wurden (siehe Nr. (18)), sowie Nebenangebote, die bei der Wertung der Angebote aus Wettbewerbsgründen nicht berücksichtigt werden konnten (siehe Nrn. (29 bis 33)), können bei der Zuschlagserteilung an den Bieter, der im Übrigen das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, berücksichtigt werden.</p> <p>Bei Grund- und Wahlpositionen darf eine teurere Variante (Grund- oder Wahlposition) nur dann beauftragt werden, wenn dies nicht zu einer Änderung der Bieterreihenfolge führt und haushaltsrechtlich begründet werden kann.</p>	<p>(54) Preisnachlässe ohne Bedingungen, die nicht unter Nr. 4 des „Angebotsschreibens“ angeboten wurden (siehe Nr. (17)),</p> <p>werden bei der Zuschlagserteilung an den Bieter, der im Übrigen das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, berücksichtigt.</p> <p>Abgegebene, nicht zugelassene Nebenangebote sowie zugelassene nicht wertbare jedoch brauchbare Nebenangebote, die bei der Wertung der Angebote aus Wettbewerbsgründen nicht berücksichtigt werden konnten (siehe Nrn. (36 bis 38)), dürfen, mit Ausnahme von Preisnachlässen mit Bedingungen, nicht beauftragt werden.</p> <p>Bei Grund- und Wahlpositionen darf eine teurere Variante (Grund- oder Wahlposition) nur dann beauftragt werden, wenn dies nicht zu einer Änderung der Bieterreihenfolge führt und haushaltsrechtlich begründet wird.</p>
236	2	2.5		<b>Abschluss des Vergabeverfahrens</b>	<b>Abschluss des Vergabeverfahrens</b>
237	2	2.5		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
238	2	2.5	(1)	<p>(1) Eine Ausschreibung ist durch die Erteilung des Zuschlages, in Ausnahmefällen durch Aufhebung oder Beendigung eines Vergabeverfahrens nach § 122 GWB abzuschließen. Bei Freihändiger Vergabe ist sinngemäß zu verfahren. Dabei sind die §§ 17 bis 19 bzw. §§ 20 EG bis 23 EG der VOL/A zu beachten.</p>	<p>(1) Ein <b>Vergabeverfahren wird</b> durch die Erteilung des Zuschlages, in Ausnahmefällen durch Aufhebung <b>oder nach § 177 GWB beendet</b>.</p> <p>entfällt</p> <p>Dabei sind die §§ 58, 62 und 63 VgV bzw. §§ 43, 46 und 48 UVgO zu beachten.</p>
239	2	2.5		<b>Vorlage der Vergabeakten</b>	<b>Vorlage der Vergabeakten</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
240	2	2.5	(3)	<p>(3) Der übergeordneten Stelle sind mit einem Vergabevorschlag mindestens folgende Unterlagen soweit wie möglich in Urschrift vorzulegen:</p> <p>a) Text der Bekanntmachung der Ausschreibung und Angabe der Veröffentlichungsblätter, b) die Niederschrift über die Verhandlung zur Öffnung der Angebote, c) das für den Zuschlag vorgeschlagene Angebot,</p> <p>d) alle Haupt- und Nebenangebote, auch die ausgeschlossenen oder ausgeschiedenen, mit niedrigeren Angebotsend- bzw. Wertungssummen als das Angebot nach c), e) die beiden Haupt- oder Nebenangebote mit nächsthöheren Wertungspunkten bzw. -summen als das Angebot nach c), f) soweit es sich bei den Angeboten nach c), d) und e) um Nebenangebote handelt, die zugehörigen Hauptangebote, g) etwaige Schreiben, Anlagen, Vermerke und sonstige Vorgänge (z. B. angeforderte Unterlagen, Erklärungen etc., Rügeschreiben, Bieterfragen, eingeleitete Nachprüfungsverfahren), soweit sie den Vergabevorgang insgesamt oder die Angebote nach c) bis f) betreffen, h) Preisspiegel, i) die Dokumentation (Vergabevermerk) gemäß § 20 bzw. § 24 EG VOL/A bis zu dieser Stufe des Verfahrens, k) ein Satz Vergabeunterlagen, wie sie den Bietern zugeleitet wurden (Heftung „Angebotsaufforderung“ gegebenenfalls nachgereichte Schreiben). Die Unterlagen sind bei - Angeboten in Papierform soweit wie möglich in Urschrift, - elektronischer Abgabe des Angebotes als Ausdrucke der Originaldateien bzw. als Dateien, versehen mit einer schriftlichen Erklärung der Vergabestelle, dass die Ausdrucke bzw. Dateien mit den Originaldateien übereinstimmen, zu übersenden.</p>	<p>(3) Der übergeordneten Stelle sind mit dem Vergabevorschlag mindestens folgende Unterlagen vorzulegen:</p> <p>a) die Dokumentation (Vergabevermerk) gemäß § 8 VgV bzw. § 6 UVgO bis zu dieser Stufe des Verfahrens, einschl. etwaiger Schreiben, Anlagen, Vermerke und sonstige Vorgänge (z. B. angeforderte Unterlagen, Erklärungen etc., Rügeschreiben, Bieterfragen, eingeleitete Nachprüfungsverfahren), soweit sie den Vergabevorgang insgesamt oder die Angebote betreffen als Anlagen zum Vergabevermerk mit Bezug zu den Ziffern des Vergabevermerks, b) Text der Bekanntmachung der Ausschreibung und Angabe der Veröffentlichungsblätter, c) die Niederschrift über die <b>Angebotsöffnung</b>, d) das für den Zuschlag vorgeschlagene Angebot <b>einschl. eventueller Nebenangebote</b>, e) alle Haupt- und Nebenangebote, auch die ausgeschlossenen oder ausgeschiedenen, mit niedrigeren Angebotsend- bzw. Wertungssummen als das Angebot nach d).</p> <p><b>Der Ausschluss eines Angebotes mit niedrigerer Angebotsend- bzw. Wertungssumme als das Angebot nach d) ist vorab mit der vorgesetzten Stelle abzustimmen.</b></p> <p>f) Preisspiegel,</p> <p>g) ein Satz Vergabeunterlagen, wie sie den Bietern zugeleitet wurden (<b>einschl. gegebenenfalls nachgereichter</b> Schreiben), h) die Haupt- oder Nebenangebote <b>der beiden Bieter</b> mit nächsthöheren Wertungspunkten bzw. -summen als das Angebot nach d).</p>
241	2	2.5		<b>Verlängerung der Bindefrist</b>	<b>Verlängerung der Bindefrist</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
242	2	2.5	(5)	<p>(5) Ist vorauszusehen, dass der Auftrag ausnahmsweise nicht innerhalb der Bindefrist erteilt werden kann, so sind rechtzeitig die für eine Auftragserteilung in Betracht kommenden Bieter zu einer einheitlichen Verlängerung der Bindefrist mit Vordruck HVA L-StB Aufforderung zur Bindefristverlängerung (siehe Muster 2.5 – 1) schriftlich aufzufordern.</p> <p>Den Bietern ist zusammen mit dieser Aufforderung der Vordruck HVA L-StB Bindefristverlängerung (siehe Muster 2.5 – 2) zu übersenden.</p> <p>Die Gründe für eine Verlängerung sind im Vergabevermerk festzuhalten.</p> <p>Stimmen für die Auftragserteilung in Betracht kommende Bieter der Verlängerung der Bindefrist nur unter Bedingungen zu, gilt dies als neues Angebot, das aufgrund des Verhandlungsverbots nach § 15 bzw § 8 EG VOL/A nicht gewertet werden darf.</p> <p>Die ursprünglichen Angebote gelten bis zum Ablauf der ursprünglichen Bindefrist.</p>	<p>(5) Ist vorauszusehen, dass der <b>Zuschlag</b> ausnahmsweise nicht innerhalb der Bindefrist erteilt werden kann, so sind rechtzeitig die für eine <b>Zuschlagserteilung</b> in Betracht kommenden Bieter zu einer einheitlichen Verlängerung der Bindefrist mit Vordruck HVA L-StB Aufforderung <b>Bindefristverlängerung in Textform</b> aufzufordern.</p> <p>Den Bietern ist zusammen mit dieser Aufforderung der Vordruck „HVA L-StB <b>Bindefristverlängerung</b>“ zu übersenden.</p> <p>Die Gründe für eine Verlängerung sind im Vergabevermerk festzuhalten.</p> <p>Stimmen für die <b>Zuschlagserteilung</b> in Betracht kommende Bieter der Verlängerung der Bindefrist nur unter Bedingungen zu, gilt dies als neues Angebot, das aufgrund des Verhandlungsverbots nach <b>§ 15 Abs. 5 VgV bzw. § 9 Abs. 2 UVgO (gilt bei Verhandlungsverfahren nur für die endgültigen Angebote)</b> nicht gewertet werden darf.</p> <p>Die ursprünglichen Angebote gelten bis zum Ablauf der ursprünglichen Bindefrist.</p>
243	2	2.5	(6)	<p>(6) Wird ein Zuschlag außerhalb der ursprünglich festgelegten Bindefrist erteilt und werden dadurch die ursprünglich vorgesehenen vertraglichen Ausführungsfristen nicht mehr eingehalten, wird der Zuschlag trotzdem auf das ursprüngliche Angebot erteilt. Etwaige Auswirkungen (Mehr- oder Minderkosten) des verspäteten Zuschlags sind im Rahmen der Vertragsabwicklung zu regeln.</p>	<p>(6) <b>Zu beachten ist, dass ein verspäteter Zuschlag und/oder ein Zuschlag, der Änderungen des Angebots enthält, z. B. der Ausführungsfristen oder einzelner Leistungen, als Ablehnung des Angebots und zugleich als neues Angebot der Vergabestelle gilt (§ 150 Abs. 2 BGB).</b></p> <p><b>Soll</b> ein Zuschlag außerhalb der ursprünglich festgelegten Bindefrist erteilt <b>werden</b> und werden dadurch die ursprünglich vorgesehenen vertraglichen Ausführungsfristen nicht mehr eingehalten, <b>ist</b> der Zuschlag auf das ursprüngliche Angebot <b>zu erteilen</b>.</p> <p>Etwaige Auswirkungen (Mehr- oder Minderkosten) des verspäteten Zuschlags sind im Rahmen der Vertragsabwicklung zu regeln.</p>
244	2	2.5		<b>Informationspflicht gemäß § 101a GWB</b>	<b>Informationspflicht gemäß § 134 GWB</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
245	2	2.5	(7)	<p>(7) Bei Vergaben ab den in § 2 Vergabeverordnung genannten Schwellenwerten sind alle Bieter, deren Angebote für die Zuschlagserteilung nicht berücksichtigt werden sollen, nach Vordruck HVA L-StB Information gemäß § 101a GWB I (siehe Muster 2.5 – 3.1) zu verständigen.</p> <p>Der Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, ist nach Vordruck HVA L-StB Information gemäß § 101a GWB II (siehe Muster 2.5 – 3.2) zeitgleich zu unterrichten.</p> <p>Soweit Bewerber bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerben noch nicht nach Abschnitt 2.2 Nr. (15) über die Ablehnung ihrer Bewerbung informiert wurden, ist dies vor Absendung der Information nach § 101a GWB nachzuholen.</p> <p>Die Information der Bieter über die Vergabeentscheidung des AG hat in Textform spätestens 15 Kalendertage vor Vertragsabschluss (Zuschlags-/Auftragserteilung) zu erfolgen. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Dabei ist zu beachten, dass das Absendedatum zu Beweis Zwecken zu dokumentieren ist und die Absendung zeitgleich an alle Bieter erfolgt. Die Versendung der Information soll in der Regel mit Fax bzw. auf elektronischem Wege erfolgen. Eine zusätzliche schriftliche Benachrichtigung ist darüber hinaus nicht erforderlich.</p> <p>Ändert die Vergabestelle nach dem Versenden der Informationen ihre Vergabeentscheidung, muss sie die Bieter erneut gemäß § 101a GWB informieren. Die Informationspflicht entfällt gemäß § 101a Abs. 2 GWB bei Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung auf Grund besonderer Dringlichkeit.</p>	<p>(7) Bei Vergaben ab den in § 106 GWB geregelten EU-Schwellenwerten sind die Bieter der engeren Wahl, deren Angebote für die Zuschlagserteilung nicht berücksichtigt werden sollen, nach Vordruck „HVA L-StB Bieterinformation gemäß § 134 GWB I“ zu verständigen.</p> <p>Der Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, ist nach Vordruck „HVA L-StB Bieterinformation gemäß § 134 GWB II“ zeitgleich zu unterrichten.</p> <p>Soweit Bewerber bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerben noch nicht nach Abschnitt 2.2 Nr. (10) über die Ablehnung ihrer Bewerbung informiert wurden, ist dies vor Absendung der Information nach § 134 GWB nachzuholen.</p> <p>Die Information der Bieter über die Vergabeentscheidung des AG hat in Textform spätestens 15 Kalendertage vor Vertragsabschluss (Zuschlags-/Auftragserteilung) zu erfolgen. Wird die Information per Fax oder auf elektronischem Weg versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber. Dabei ist zu beachten, dass das Absendedatum zu Beweis Zwecken zu dokumentieren ist und die Absendung zeitgleich an alle Bieter erfolgt. Die Versendung der Information soll in der Regel mit Fax bzw. auf elektronischem Wege erfolgen. Eine zusätzliche schriftliche Benachrichtigung ist darüber hinaus nicht erforderlich.</p> <p>Ändert die Vergabestelle nach dem Versenden der Informationen ihre Vergabeentscheidung, muss sie die Bieter erneut gemäß § 134 GWB informieren. Die Informationspflicht entfällt gemäß § 134 Abs. 3 GWB bei Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung auf Grund besonderer Dringlichkeit.</p>
246	2	2.5		<b>Erteilung des Zuschlags</b>	<b>Erteilung des Zuschlags</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
247	2	2.5	(8)	<p>(8) Nachdem unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte gemäß § 16 VOL/A das wirtschaftlichste Angebot ermittelt worden ist, ist bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte gemäß § 18 VOL/A der Zuschlag auf dieses Angebot zu erteilen. Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten darf der Zuschlag nach § 21 EG VOL/A nur erteilt werden, wenn seit der Absendung der Information an die Bieter (siehe Nr. (7))</p> <p>die Vergabekammer der Vergabestelle keinen Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“ Nr. (9)) zugestellt hat.</p> <p>Ein dennoch abgeschlossener Vertrag kann in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 101b GWB von Anfang an für unwirksam erklärt werden.</p>	<p>(8) Nachdem unter Berücksichtigung aller Gesichtspunkte gemäß § 41 UVgO das wirtschaftlichste Angebot ermittelt worden ist, ist bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte gemäß § 43 UVgO der Zuschlag auf dieses Angebot zu erteilen. Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten darf der Zuschlag nach § 58 VgV nur erteilt werden, wenn seit der Absendung der Information an die Bieter (siehe Nr. (7)) <b>mindestens 15 bzw. bei Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind und</b> die Vergabekammer der Vergabestelle keinen Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“ Nr. (10)) zugestellt hat.</p> <p>Ein dennoch abgeschlossener Vertrag kann in einem Nachprüfungsverfahren gemäß § 135 GWB von Anfang an für unwirksam erklärt werden.</p>
248	2	2.5	(9)	<p>(9) Das Zuschlagsschreiben ist entsprechend Vordruck HVA L-StB Zuschlagsschreiben (siehe Muster 2.5 – 4) zu gestalten; dabei sind stets anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Auftraggeber,</li><li>– Auftragssumme,</li><li>– berücksichtigte Nachlässe,</li><li>– berücksichtigte Nebenangebote und Änderungsvorschläge.</li></ul> <p>Gegebenenfalls sind auch anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– OZ der auszuführenden Wahlpositionen.</li></ul>	<p>(9) Das Zuschlagsschreiben ist entsprechend Vordruck „HVA L-StB <b>Zuschlagsschreiben</b>“ zu gestalten; dabei sind stets anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Auftraggeber,</li><li>– <b>Benennung der einzelnen Kostenträger,</b></li><li>– Auftragssumme,</li><li>– berücksichtigte Nachlässe,</li><li>– berücksichtigte Nebenangebote und Änderungsvorschläge.</li></ul> <p>Gegebenenfalls sind auch anzugeben:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– OZ der auszuführenden Wahlpositionen.</li></ul>
249	2	2.5	(10)	<p>(10) Sind mit dem vorgesehenen Auftragnehmer Aufklärungen geführt worden, so ist auf die Erklärung des Bieters (siehe Abschnitt 2.4 „Prüfung und Wertung der Angebote“, Nr. (11)) ausdrücklich Bezug zu nehmen.</p> <p>Dies gilt auch, wenn der Zuschlag auf das wirtschaftlichste Angebot mit fehlenden unbedeutenden Preisen erteilt wird.</p>	<p>(10) Sind mit dem vorgesehenen Auftragnehmer Aufklärungen geführt worden, so ist auf die Erklärung des Bieters (siehe Abschnitt 2.4 „Prüfung und Wertung der Angebote“, Nr. (13)) ausdrücklich Bezug zu nehmen.</p> <p>entfällt</p>
250	2	2.5		<p>(11) Dem Zuschlagsschreiben ist der im Anschriftfeld, Betreff und Bezug ausgefüllte Vordruck HVA L-StB Projektleitung (siehe Muster 2.5 – 5) beizufügen. In diesem sind vom Auftraggeber die Funktionen durch Ankreuzen zu bezeichnen, für die der Auftragnehmer verantwortliche Personen benennen soll.</p>	<p>entfällt</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
251	2	2.5		(12) In den Fällen, in denen ausnahmsweise die Stellung einer Sicherheitsleistung vereinbart ist, ist dem Zuschlagsschreiben eine vorbereitete Bürgschaftsurkunde nach Vordruck HVA L-StB Vertragserfüllungsbürgschaft beizufügen (siehe Teil 3 „Vertragsabwicklung“, Abschnitt 3.6 „Sicherheitsleistungen“, Muster 3.6 – 1).	entfällt
252	2	2.5	(11)	(13) Wenn zu erwarten ist, dass das Zuschlagsschreiben dem Auftragnehmer nicht mehr rechtzeitig vor Ablauf der – gegebenenfalls nach Nr. (4) verlängerten – Bindefrist zugeleitet werden kann, ist der Zuschlag fernmündlich bzw. per Fax zu erteilen. Das Zuschlagsschreiben gemäß Nr. (9) ist umgehend nachzureichen; darin ist auf die erfolgte Zuschlagserteilung zu verweisen.	(11) Wenn zu erwarten ist, dass das Zuschlagsschreiben dem Auftragnehmer nicht mehr rechtzeitig vor Ablauf der – gegebenenfalls nach Nr. (4) verlängerten – Bindefrist zugeleitet werden kann, ist der Zuschlag fernmündlich bzw. per Fax zu erteilen. Das Zuschlagsschreiben gemäß Nr. (9) ist umgehend nachzureichen; darin ist auf die erfolgte Zuschlagserteilung zu verweisen.
253	2	2.5	(12)	(14) Nach erfolgtem Zuschlag sind bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte die nichtberücksichtigten Bieter gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A zu benachrichtigen. Dazu ist der Vordruck HVA L-StB Information gemäß § 19 Abs. 1 VOL/A zu verwenden (siehe Muster 2.5 – 6). Verlangen nicht berücksichtigte Bieter weitergehende Auskünfte, sind diese innerhalb von 15 Kalendertagen zu erteilen.	(12) Nach erfolgtem Zuschlag sind bei Vergaben unterhalb der EU-Schwellenwerte die nichtberücksichtigten Bieter gemäß § 46 UVgO zu benachrichtigen. Dazu ist der Vordruck „HVA L-StB Bieterinformation nach § 46 UVgO“ zu verwenden. Verlangen nicht berücksichtigte Bieter weitergehende Auskünfte, sind diese nach Maßgabe des § 46 UVgO zu erteilen.
254	2	2.5	(13)	(15) Für die Vertragsabwicklung sind in einer „Vertragsakte“ mindestens zusammenzufassen: – ein Satz Vergabeunterlagen, wie sie den Bietern zugeleitet wurden, – sämtliche Angebotsunterlagen des Auftragnehmers einschließlich der berücksichtigten Nebenangebote im Original, – etwaiger Schriftwechsel o. Ä. mit dem Bieter und späteren Auftragnehmer, – Entwurf (Aktenfertigung) sowie Mehrfertigung des Zuschlagsschreibens.	(13) Für die Vertragsabwicklung sind in einer „Vertragsakte“ mindestens zusammenzufassen: – ein Satz Vergabeunterlagen, wie sie den Bietern zugeleitet wurden, – sämtliche Angebotsunterlagen des Auftragnehmers einschließlich der berücksichtigten Nebenangebote, – etwaiger Schriftwechsel o. Ä. mit dem Auftragnehmer, – Entwurf (Aktenfertigung) sowie Mehrfertigung des Zuschlagsschreibens.
255	2	2.5	(14) (15)	nicht vorhanden	(14) bis (15) frei
256	2	2.5		<b>Aufhebung der Ausschreibung, Beendigung des Vergabeverfahrens</b>	<b>Aufhebung der Ausschreibung, Beendigung des Vergabeverfahrens</b>
257	2	2.5	(16)	(16) Wird die Aufhebung der Ausschreibung erwogen, so ist § 17, gegebenenfalls § 20 EG VOL/A zu beachten. Dabei sind an die Beurteilung der Aufhebungsvoraussetzungen sowie an die Beendigung des Vergabeverfahrens nach § 122 GWB strenge Anforderungen zu stellen.	(16) Wird die Aufhebung der Ausschreibung erwogen, so ist § 48 UVgO bzw. § 63 VgV zu beachten. Dabei sind an die Beurteilung der Aufhebungsvoraussetzungen sowie an die Beendigung des Vergabeverfahrens strenge Anforderungen zu stellen.
258	2	2.5	(17)	(17) Liegt kein wirtschaftliches Angebot vor, ist die Ausschreibung nach § 17 Abs. 1 c) bzw. § 20 EG Abs. 1 c) VOL/A aufzuheben.	(17) Liegt kein wirtschaftliches Angebot vor, ist die Ausschreibung nach § 48 Abs. 1 Nr. 3 UVgO bzw. § 63 Abs. 1 Nr. 3 VgV aufzuheben.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
259	2	2.5	(18)	nicht vorhanden	(18) Die Aufhebung einer Ausschreibung kann in besonders begründeten Ausnahmefällen auch dann erwogen werden, wenn aufgrund von eingegangenen Nebenangeboten oder Änderungsvorschlägen erkannt wird, dass unzumutbar ausgeschrieben wurde und dadurch eine wirtschaftliche und sparsame Verwendung der Mittel nicht gewährleistet wäre. Vor einer Verwertung der Idee eines Nebenangebots oder Änderungsvorschlags ist zu prüfen, ob eine solche Verwertung zulässig ist (z. B. wenn Urheberrechte verletzt würden).
260	2	2.5	(19)	(18) Wird bei einer Beschränkten Ausschreibung die Ausschreibung wegen unangemessen hoher Preise aufgehoben, so sollte bei einer erneuten Beschränkten Ausschreibung der Bieterkreis gewechselt bzw. eine Öffentliche Ausschreibung vorgesehen werden.	(19) Wird bei einer beschränkten Ausschreibung die Ausschreibung wegen unangemessen hoher Preise aufgehoben, so sollte bei einer erneuten beschränkten Ausschreibung der Bieterkreis gewechselt bzw. eine öffentliche Ausschreibung vorgesehen werden.
261	2	2.5	(20)	(19) Alle Bewerber und Bieter sind von der Aufhebung der Ausschreibung bzw. Beendigung des Vergabeverfahrens gemäß § 122 GWB und § 17 Abs. 2 bzw. § 20 EG Abs. 2 VOL/A zu unterrichten.  Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist auch das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU über die Aufhebung bzw. Beendigung zu informieren.	(20) Alle Bewerber (bei Verfahren mit Teilnahmewettbewerb) und Bieter sind von der Aufhebung der Ausschreibung bzw. Beendigung des Vergabeverfahrens gemäß § 177 GWB und § 48 Abs. 2 UVgO bzw. § 63 Abs. 2 VgV zu unterrichten.  Bei Vergaben ab den EU-Schwellenwerten ist auch das Amt für amtliche Veröffentlichungen der EU über die Aufhebung bzw. Beendigung zu informieren.
262	2	2.5	(21)	(20) Je nach Lage des Einzelfalls kann nach Aufhebung einer Ausschreibung in Betracht kommen: – erneute Ausschreibung.  – Verhandlung mit einem oder mehreren Bietern über die Änderung der Angebote zwecks Freihändiger Vergabe bzw. Verhandlungsverfahren (§ 3 Abs. 5 bzw. § 3 EG Abs. 4 VOL/A).	(21) Je nach Lage des Einzelfalls kann nach Aufhebung einer Ausschreibung in Betracht kommen: – Zurückstellen der Beschaffung und spätere erneute Ausschreibung. – Unmittelbar anschließende erneute Ausschreibung. – Verhandlung mit einem oder mehreren Bietern über die Änderung der Angebote im Rahmen der Zulässigkeit durch eine Verhandlungsvergabe bzw. Verhandlungsverfahren (§ 12 UVgO bzw. § 17 VgV). Nach Aufhebung eines offenen oder nicht offenen Verfahrens darf ein neues Vergabeverfahren, sofern die ursprünglichen Vergabeunterlagen grundlegend geändert werden, grundsätzlich nur als offenes oder gegebenenfalls nicht offenes Verfahren durchgeführt werden.
263	2	2.5		<b>Dokumentation (Vergabevermerk)</b>	<b>Dokumentation (Vergabevermerk)</b>
264	2	2.5	(22)	(21) Nach Abschluss des Vergabeverfahrens ist der „Vergabevermerk“ (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“, Nr. (10)) fertig zu stellen und den zahlungsbegründenden Unterlagen (siehe Abschnitt 3.7 „Rechnungen und Zahlungen“) beizufügen.	(22) Nach Abschluss des Vergabeverfahrens ist der „Vergabevermerk“ (siehe Abschnitt 2.0 „Allgemeines“, Nr. (11) sowie § 6 UVgO bzw. § 8 VgV) fertig zu stellen und den zahlungsbegründenden Unterlagen (siehe Abschnitt 3.7 „Rechnungen und Zahlungen“) beizufügen.
265	2	2.5		<b>Bekanntmachung der Auftragserteilung</b>	<b>Bekanntmachung der Auftragserteilung</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
266	2	2.5	(23) (24)	<p>(22) Bei Aufträgen ab den EU-Schwellenwerten ist gemäß § 23 EG VOL/A spätestens 48 Kalendertage nach Auftragserteilung eine Bekanntmachung über vergebene Aufträge nach dem Vordruck EU-Bekanntmachung Vergebene Aufträge (siehe Muster 2.5 – 7) an das EU-Amtsblatt zu senden.</p> <p>Die Bekanntmachungspflicht gilt auch für Verhandlungsverfahren ohne vorherige Veröffentlichung einer Vergabebekanntmachung im Amtsblatt der EU. Bei dieser Auftragsvergabe ist im Anhang D eine entsprechende Begründung anzukreuzen. Dies ist erforderlich, damit die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit des Vertrages (§ 101 b Abs. 2 GWB) 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der EU endet.</p>	<p>(23) Bei Aufträgen ab den EU-Schwellenwerten ist gemäß § 39 Abs. 1 VgV spätestens 30 Kalendertage nach Auftragserteilung eine Vergabebekanntmachung über vergebene Aufträge nach dem Vordruck „DE Standardformular 3 Bekanntmachung vergebener Aufträge“ (siehe Teil 4 Vordrucke) an das EU-Amtsblatt zu senden.</p> <p>(24) Die Bekanntmachungspflicht gilt auch für Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb im Amtsblatt der EU. Bei dieser Auftragsvergabe ist im Anhang D eine entsprechende Begründung anzukreuzen. Dies ist erforderlich, damit die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit des Vertrages (§ 135 Abs. 2 GWB) 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung im Amtsblatt der EU endet.</p>
267	2	2.5		(23) Die Bekanntmachungspflicht gemäß § 19 Abs. 2 VOL/A bei freihändigen Vergaben und beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb ist zu beachten.	entfällt
268	2	2.5	(25)	nicht vorhanden	<p>(25) Bei Aufträgen unterhalb der EU-Schwellenwerte sind alle Bewerber und Bieter unverzüglich über die erfolgte Zuschlagserteilung mit Vordruck HVA L-StB Bieterinformation gemäß § 46 UVgO I zu unterrichten.</p> <p>Auf Antrag sind diesen innerhalb von 15 Tagen nach Eingang die wesentlichen Gründe der Ablehnung sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mit Vordruck HVA L-StB Bieterinformation gemäß § 46 UVgO II mitzuteilen.</p>
269	2	2.5		<b>Behandlung und Aufbewahrung der nichtberücksichtigten Angebote</b>	<b>Behandlung und Aufbewahrung der Angebote</b>
270	2	2.5	(26)	(24) Die unter Nr. (3) d), e) und f) genannten Angebote sind mit allen den Vergabevorgang betreffenden Unterlagen (Schreiben, Vermerke und sonstige Vorgänge) sechs Jahre nach Ablauf des Jahres in dem die Schlusszahlung erfolgt ist, aufzubewahren.	(26) Die unter Nr. (3) d), e) und h) genannten Angebote sind mit allen den Vergabevorgang betreffenden Unterlagen (Schreiben, Vermerke und sonstige Vorgänge) sechs Jahre nach Ablauf des Jahres in dem die Schlusszahlung erfolgt ist, aufzubewahren.
271	2	2.5	(27)	(25) Alle übrigen Angebote können zwei Monate nach Zuschlagserteilung vernichtet werden.	(27) Alle übrigen Angebote können zwei Monate nach Zuschlagserteilung vernichtet werden.
272	3	3.0		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
273	3	3.1		<b>Überwachung der Vertragserfüllung</b>	<b>Überwachung der Vertragserfüllung</b>
274	3	3.1		<b>Verantwortung</b>	<b>Verantwortung</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
275	3	3.1	(6)	(6) Anordnungen des Auftraggebers sind unverzüglich schriftlich festzuhalten. Bei größerer Bedeutung sind sie dem Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen. Soweit aus Änderungen Nachträge entstehen können, ist nach Abschnitt 3.4 Nachträge zu verfahren.	(6) Anordnungen des Auftraggebers sind unverzüglich schriftlich festzuhalten. Bei größerer Bedeutung sind sie dem Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen. Soweit aus <a href="#">Vertragsänderungen</a> Nachträge entstehen können, ist nach Abschnitt 3.4 Nachträge zu verfahren.
276	3	3.1		<b>Kontrolle der Leistungserbringung</b>	<b>Kontrolle der Leistungserbringung</b>
277	3	3.1	(8)	(8) Mangelhafte bzw. nicht dem Vertrag entsprechende Lieferungen und Leistungen sind schriftlich zu beanstanden. Für die Beseitigung der Mängel ist dem Auftragnehmer eine Frist zu setzen. Zur Beweissicherung sind soweit möglich Rückstellproben zu nehmen.  (9) Abschnitt 3.9 Abnahme ist zu beachten.	(8) Mangelhafte bzw. nicht dem Vertrag entsprechende Lieferungen und Leistungen sind schriftlich zu beanstanden. Für die Beseitigung der Mängel ist dem Auftragnehmer eine Frist zu setzen. Zur Beweissicherung sind soweit möglich Rückstellproben zu nehmen.  Abschnitt 3.9 Abnahme ist zu beachten.
278	3	3.1		<b>Unterauftragnehmer (Nachunternehmer)</b>	<b>Unterauftragnehmer</b>
279	3	3.1	(9)	(10) Für den Einsatz von Unterauftragnehmern durch den Auftragnehmer sind dessen Angaben im Angebot (ausgefüllter Vordruck HVA L-StB Unterauftragnehmerleistungen bzw. EU-Unternehmerleistungen mit Verpflichtungserklärungen, siehe Abschn. 1.0 „Allgemeines“) und ggf. Festlegungen des Auftraggebers, z. B. im Zuschlagsschreiben, sowie Nr. 6 ZVB(VOL)-StB zu beachten. Ein Wechsel von benannten Unterauftragnehmer ist dem Auftraggeber vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben. Dies gilt auch für Leistungen, die von Unterauftragnehmer weiter vergeben werden (Nr. 6.3 ZVB(VOL)-StB. Bei allen Übertragungen ist auf die Eignung der neuen Unterauftragnehmer/ anderen Unternehmer zu achten. Zur Einhaltung der Vertragsbedingungen über den Unterauftragnehmereinsatz ist darauf zu achten, dass nur die aufgrund des Vertrages zugelassenen Unterauftragnehmer eingesetzt werden. Setzt der Auftragnehmer vertragswidrig Unterauftragnehmer ein, ist die Fortführung der Arbeiten durch diese zu untersagen.  Verstöße gegen die Vertragsbedingungen sind der Dienststelle zu melden, weil sie Zweifel an der Zuverlässigkeit des Auftragnehmers begründen können, die bei künftigen Vergaben zu berücksichtigen sind. Besteht der Verdacht, dass Arbeitskräfte illegal beschäftigt werden, ist dies der Dienststelle zu melden. Diese unterrichtet die für die Verfolgung dieses Verstoßes gegen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften zuständige Behörde.	(9) Für den Einsatz von Unterauftragnehmern durch den Auftragnehmer sind dessen Angaben im Angebot (ausgefüllter Vordruck HVA L-StB <a href="#">Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmer</a> mit Verpflichtungserklärungen, siehe Abschn. 1.0 „Allgemeines“) und ggf. Festlegungen des Auftraggebers, z. B. im Zuschlagsschreiben, sowie <a href="#">Nr. 4 ZVB(VOL)-StB</a> zu beachten. Ein Wechsel von benannten Unterauftragnehmern ist dem Auftraggeber vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben. Dies gilt auch für Leistungen, die von Unterauftragnehmer weiter vergeben werden ( <a href="#">Nr. 4.3 ZVB(VOL)-StB</a> ). Bei allen Übertragungen ist auf die Eignung der neuen Unterauftragnehmer/ anderen Unternehmer zu achten. Zur Einhaltung der Vertragsbedingungen über den Unterauftragnehmereinsatz ist darauf zu achten, dass nur die aufgrund des Vertrages zugelassenen Unterauftragnehmer eingesetzt werden. Setzt der Auftragnehmer vertragswidrig Unterauftragnehmer ein, ist die Fortführung der Arbeiten durch diese zu untersagen, <a href="#">soweit nicht nach § 4 Abs. 4 VOL/B die Übertragung der Leistung an Unterauftragnehmer zugelassen ist</a> . Verstöße gegen die Vertragsbedingungen sind der Dienststelle zu melden, weil sie Zweifel an der Zuverlässigkeit des Auftragnehmers begründen können, die bei künftigen Vergaben zu berücksichtigen sind. Besteht der Verdacht, dass Arbeitskräfte illegal beschäftigt werden, ist dies der Dienststelle zu melden. Diese unterrichtet die für die Verfolgung dieses Verstoßes gegen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Vorschriften zuständige Behörde.
280	3	3.2		<b>Abrechnung</b>	<b>Abrechnung</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
281	3	3.2		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
282	3	3.2	(1)	(1) Bei der Abrechnung sind insbesondere § 15 VOL/B und Nrn. 9, 10 und 11 ZVB(VOL)-StB zu beachten: Zur Abrechnung gehören alle Berechnungen und Feststellungen, die für die Ermittlung der Höhe des Vergütungsanspruches des Auftragnehmers erforderlich sind. Es ist darauf zu achten, dass alle Ermittlungen nachvollziehbar dargestellt werden.	(1) Bei der Abrechnung sind insbesondere § 15 VOL/B und Nrn. <b>7 und 8</b> ZVB(VOL)-StB zu beachten: Zur Abrechnung gehören alle Berechnungen und Feststellungen, die für die Ermittlung der Höhe des Vergütungsanspruches des Auftragnehmers erforderlich sind. Es ist darauf zu achten, dass alle Ermittlungen nachvollziehbar dargestellt werden.
283	3	3.2	(3)	(3) Vom Auftragnehmer ist zu verlangen, dass er nach § 15 Nr. 1 (1) VOL/B seine Lieferungen und Leistungen nachprüfbar abrechnet und dabei Art und Umfang von Teilleistungen (Ordnungszahlen des Leistungsverzeichnisses) anhand von Belegen nachweist.	(3) Vom Auftragnehmer ist zu verlangen, dass er nach § 15 Nr. 1 (1) VOL/B seine Lieferungen und Leistungen nachprüfbar abrechnet. <b>Dabei hat er die im Vertrag vereinbarte Reihenfolge der Positionen einzuhalten, die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen zu verwenden sowie gegebenenfalls sonstige im Vertrag festgelegten Anforderungen an Rechnungsvordrucke zu erfüllen und Art und Umfang der Leistung durch Belege in allgemein üblicher Form nachzuweisen.</b>
284	3	3.2		(5) Für die Abrechnung ist Abschnitt 3.0 Allgemeines Nr. (3) zu beachten.	<b>entfällt</b>
285	3	3.2	(5)	(6) Alle Abrechnungsunterlagen sind als zahlungsbegründende Unterlagen zu behandeln (siehe Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen).	<b>(5)</b> Alle Abrechnungsunterlagen sind als zahlungsbegründende Unterlagen zu behandeln (siehe Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen).
286	3	3.2	(6)	(7) Die Akten sind übersichtlich zu ordnen, und zwar so, dass die zahlungsbegründenden Unterlagen in die Schlussrechnungsunterlagen übernommen werden können.	<b>(6)</b> Die Akten sind übersichtlich zu ordnen, und zwar so, dass die zahlungsbegründenden Unterlagen in die Schlussrechnungsunterlagen übernommen werden können.
287	3	3.2	(7)	(12) Die Originale der Aufmaßblätter sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In den Originalen dürfen nachträglich – außer den Angaben nach Nr. (10) – keine Eintragungen vorgenommen werden.	<b>(7)</b> Die Originale der Aufmaßblätter sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In den Originalen dürfen nachträglich  keine Eintragungen vorgenommen werden.
288	3	3.2		<b>Mengenermittlung durch Aufmaß</b>	<b>entfällt</b>
289	3	3.2		(8) Vertraglich vereinbarte Aufmasse sind dem Fortgang der Leistung entsprechend stets gemeinsam und rechtzeitig – in der Regel unmittelbar nach Fertigstellung der Teilleistung – vorzunehmen und fortlaufend zu nummerieren.	<b>entfällt</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
290	3	3.2		(9) Unverzüglich nach Abschluss des Aufmasses und der Unterschriftsleistung durch die Befugten sind die für den Auftraggeber bestimmten Ausfertigungen der Aufmaßblätter dem für die Abwicklung des Vertrages verantwortlichen Vertreter des Auftraggebers vorzulegen, soweit dieser nicht selbst das Aufmaß durchgeführt hat. Vom verantwortlichen Vertreter des Auftraggebers sind die Aufmaßblätter unverzüglich auf Vollständigkeit und auf offensichtliche Fehler (z. B. erkennbar falsche Gewichtsangabe, fehlende Abmessungen) zu prüfen und abzuzeichnen.	entfällt
291	3	3.2		(10) Ist ein Aufmaßblatt fehlerhaft oder unvollständig, ist diesbezüglich ein neues Aufmaßblatt zu fertigen. In dem alten Aufmaßblatt ist die betreffende Stelle mit Hinweis auf das neue Aufmaßblatt zu kennzeichnen. Gegebenenfalls ist das gesamte Aufmaßblatt als „ungültig“ zu kennzeichnen und durch ein neues zu ersetzen; das alte Aufmaßblatt darf nicht vernichtet werden und ist mit dem Hinweis „Ersetzt durch Aufmaßblatt Nr. Y“ zu versehen.	entfällt
292	3	3.2		(11) Bei Beteiligung von Dritten an den Kosten der Leistung sind nach Möglichkeit diese Leistungen innerhalb der fortlaufenden Nummerierung auf gesonderten Aufmaßblättern festzuhalten.	entfällt
293	3	3.2		<b>Wiegescheine, Frachtbriefe, Lieferscheine</b>	<b>Wiegescheine, Frachtbriefe, Lieferscheine</b>
294	3	3.2	(8)	(13) Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Gewicht im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist vom Auftragnehmer zum Nachweis des Verbrauchs gemäß Nr. 10.1 ZVB(VOL)-StB die Vorlage von Wiegescheinen oder Frachtbriefen, gegebenenfalls von Lieferscheinen, zu verlangen. ...	(8) Wenn für die Abrechnung von Stoffen nach Gewicht im Vertrag keine andere Regelung getroffen ist, so ist vom Auftragnehmer zum Nachweis des Verbrauchs gemäß <b>Nr. 8.1</b> ZVB(VOL)-StB die Vorlage von Wiegescheinen oder Frachtbriefen, gegebenenfalls von Lieferscheinen, zu verlangen. ...
295	3	3.2	(9)	(14) Die Wiegescheine, Frachtbriefe und Lieferscheine sind, wenn sie für Abrechnungszwecke benötigt werden, als zahlungsbegründende Unterlagen zu behandeln (siehe Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen).	(9) Die Wiegescheine, Frachtbriefe und Lieferscheine sind, wenn sie für Abrechnungszwecke benötigt werden, als zahlungsbegründende Unterlagen zu behandeln (siehe Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen).



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
296	3	3.2	(10)	<p>(15) Es ist darauf zu achten, dass der Wiegeschein gemäß Nr. 10.1 ZVB(VOL)-StB die folgenden Angaben enthält:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Lieferwerk,</li><li>– Name des Empfängers,</li><li>– Bezeichnung des Wägegutes,</li><li>– Nummer des Wiegescheins,</li><li>– Datum und Uhrzeit der Wägung (maschinengerecht),</li><li>– Taramasse (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),</li><li>– Bruttomasse (B),</li><li>– Nettomasse (N),</li><li>– Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen),</li><li>– Name des Wägers.</li></ul> <p>Die Nummer des Wiegescheins muss vom Druckwerk fortlaufend mitgedruckt sowie Datum, Uhrzeit, Tara und Bruttogewicht bei der Wägung automatisch ausgedruckt worden sein.</p> <p>Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderbandwaagen gelten zusätzlich folgende Regelungen:</p> <p>Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt und die Zulassungsaufgaben bei der Wägung eingehalten werden.</p> <p>Anstelle des Ausdrucks von Tara und Bruttogewicht tritt das Nettogesamtgewicht des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).</p> <p>Anstelle des Namens des Wägers tritt die des Bedienungspersonals der Schaufellader- bzw. Förderbandwaagen.</p>	<p>(10) Es ist darauf zu achten, dass der Wiegeschein gemäß <b>Nr. 8.1</b> ZVB(VOL)-StB die folgenden Angaben enthält:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Lieferwerk,</li><li>– Name des Empfängers,</li><li>– Bezeichnung des Wägegutes,</li><li>– Nummer des Wiegescheins,</li><li>– Datum und Uhrzeit der Wägung (maschinengerecht),</li><li>– Taramasse (T), kein gespeicherter mittlerer Tarawert (PT),</li><li>– Bruttomasse (B),</li><li>– Nettomasse (N),</li><li>– Kennzeichnung des Fahrzeugs (betriebseigene Bezeichnung/amtliches Kennzeichen).</li></ul> <p><b>entfällt</b></p> <p>Die Nummer des Wiegescheins muss vom Druckwerk fortlaufend mitgedruckt werden. <b>Die Taramasse muss bei jeder Wägung neu ermittelt werden. Gespeicherte mittlere Tarawerte (Festtara) von Kraftfahrzeugen zur Bestimmung der Nettomasse dürfen nicht verwendet werden.</b></p> <p>Beim Einsatz von Schaufellader- bzw. Förderbandwaagen gelten zusätzlich folgende Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Der Wiegeschein muss eine Erklärung enthalten, dass es sich um eine geeichte Waage handelt.</li></ul> <p><b>entfällt</b></p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Anstelle des Ausdrucks von <b>Tara- und Bruttomasse</b> tritt <b>die Nettogesamtmasse</b> des Ladegutes sowie zusätzlich bei Schaufellader-Waagen die Anzahl der geladenen Schaufeln (Ladevorgänge).</li></ul> <p><b>entfällt</b></p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
297	3	3.2	(10)	nicht vorhanden	<p>...(10)</p> <p>– Die Wiegescheine sind vom Bedienungspersonal der Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen zu unterschreiben.</p> <p>In der Regel stammen die ausgedruckten Messwerte aus einer frei programmierbaren Zusatzeinrichtung (Belegdrucker und PC). Dies muss auf dem Wiegeschein vermerkt sein. Zudem muss der Wiegeschein den Hinweis tragen, dass die geeichten Messwerte eingesehen werden können (Eichspeicher oder Alibidrucker). Die Werte im Eichspeicher und die Ausdrücke des Alibidruckers werden durch den Waagenbetreiber mindestens drei Monate aufbewahrt.</p> <p>Die Wiegescheine sind auf offensichtlich falsche Angaben oder Widersprüche (z. B. stets gleiches Tara) zu prüfen. Gegebenenfalls sind die geeichten Messwerte gemeinsam mit dem Auftragnehmer einzusehen. Zudem sollten Kontrollwägungen durch den Auftraggeber (Nr. 8.1 ZVB(VOL)-StB) durchgeführt werden.</p> <p>Bei einem Massennachweis durch Schaufellader- bzw. Förderband-Waagen sollten kontinuierlich für 10 % der Lieferungen Kontrollwägungen durchgeführt werden.</p> <p>Notwendige Änderungen oder zusätzliche Eintragungen sind zweifelsfrei vorzunehmen und müssen vom Auftraggeber und Auftragnehmer zusätzlich abgezeichnet werden.</p>
298	3	3.2	(11)	<p>(16) Die Wiegescheine sind gemäß Nr. 10.1 ZVB(VOL)-StB am Empfangsort in doppelter Ausfertigung zu verlangen, in Empfang zu nehmen und unter Angabe der Ordnungszahl aus den Vertragsunterlagen und gegebenenfalls der Verwendungsstelle durch Unterschrift von dem Beauftragten des Auftraggebers zu bestätigen.</p> <p>Die ausgedruckten Angaben sind auf offensichtlich falsche Angaben oder Widersprüche (z.B. stets gleiches Tara) zu prüfen. Kontrollwägungen sind nach Erfordernis zu veranlassen (Nr. 10.1 ZVB(VOL)-StB).</p> <p>Notwendige Änderungen oder zusätzliche Eintragungen sind zweifelsfrei vorzunehmen und müssen von den Vertretern des Auftraggebers und Auftragnehmers zusätzlich abgezeichnet werden.</p> <p>Das Original behält der Auftraggeber, die bestätigte Durchschrift erhält der Auftragnehmer bzw. der zur Erfüllung des Auftrages eingesetzte Unternehmer (z.B. Speditionsfirma).</p>	<p>(11) Die Wiegescheine sind gemäß <b>Nr. 8.1</b> ZVB(VOL)-StB am Empfangsort in doppelter Ausfertigung zu verlangen, in Empfang zu nehmen und unter Angabe der Ordnungszahl aus den Vertragsunterlagen und gegebenenfalls der Verwendungsstelle durch Unterschrift von dem Beauftragten des Auftraggebers zu bestätigen.</p> <p>Die ausgedruckten Angaben sind auf offensichtlich falsche Angaben oder Widersprüche (z.B. stets gleiches Tara) zu prüfen. Kontrollwägungen sind nach Erfordernis zu <b>veranlassen</b></p> <p><b>entfällt</b></p> <p>Das Original behält der Auftraggeber, die bestätigte Durchschrift erhält der Auftragnehmer bzw. der zur Erfüllung des Auftrages eingesetzte Unternehmer (z.B. Speditionsfirma).</p>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
299	3	3.2	(13)	nicht vorhanden	(13) Werden Überschreitungen der zulässigen Gesamtmassen der Lieferfahrzeuge (Überladung) festgestellt, sind die Kopien der Wiegescheine zeitnah der Dienststelle zu übergeben. Die Dienststelle entscheidet, ob der Vorgang an die zuständigen Behörden weitergegeben wird.
300	3	3.2		<b>Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen</b>	<b>Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen</b>
301	3	3.2	(18)	(22) Bei der Entgegennahme der Belege über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen ist darauf zu achten, dass diese in doppelter Ausfertigung vorgelegt werden und außer den allgemeinen Angaben folgende Angaben enthalten (Nr. 11 ZVB(VOL)-StB und § 16 Nr. 2 VOL/B): Allgemeine Angaben: ...	(18) Bei der Entgegennahme der Belege über Leistungen nach Stundenverrechnungssätzen ist darauf zu achten, dass diese in doppelter Ausfertigung vorgelegt werden und außer den allgemeinen Angaben folgende Angaben enthalten (Nr. 9 ZVB(VOL)-StB und § 16 Nr. 2 VOL/B): Allgemeine Angaben: ...
302	3	3.2	(19)	(24) Die Originale der Belege verbleiben beim Auftraggeber. Die zweiten Ausfertigungen sind dem Auftragnehmer unverzüglich zurückzugeben.	(19) Die Originale der Belege verbleiben beim Auftraggeber. Die zweiten Ausfertigungen sind dem Auftrag-nehmer unverzüglich zurückzugeben.
303	3	3.2	(20)	(23) Nach Prüfung der Angaben auf den Belegen sind diese durch den Auftraggeber zu bescheinigen, eventuelle Einwendungen zum Inhalt eines Beleges sind auf beiden Ausfertigungen zu vermerken.	(20) Nach Prüfung der Angaben auf den Belegen sind diese durch den Auftraggeber zu bescheinigen, even-tuelle Einwendungen zum Inhalt eines Beleges sind auf beiden Ausfertigungen zu vermerken.
304	3	3.2	(21)	(25) Die Belege sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In die Originale dürfen nachträglich keine Eintragungen vorgenommen werden.	(21) Die Belege sind unter Verschluss zu halten, bis sie der Schlussrechnung beigelegt werden. In die Origi-nale dürfen nachträglich keine Eintragungen vorgenommen werden.
305	3	3.2		<b>Abrechnung nach Soll-Daten</b>	<b>Abrechnung nach Soll-Daten</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
306	3	3.2	(22)	<p>(26) Bei dem Abrechnen nach Soll-Daten ist wie folgt zu verfahren:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nach Abschluss der Leistung bzw. festgelegter Teile ist das Einhalten der vorgegebenen Soll-Daten zu kontrollieren.</li> <li>2. Wenn die Kontrollen zeigen, dass die Leistungen unter Berücksichtigung der vertraglich festgelegten Toleranzen nach den Soll-Daten ausgeführt wurden, ist dies dem Auftragnehmer als Grundlage der Abrechnung zu bestätigen.</li> <li>3. Weichen die Ergebnisse der Kontrollen um mehr als die vertraglich festgelegten Toleranzen von den Soll-Daten ab, so gilt Folgendes: Vom Auftragnehmer ist ein Nacharbeiten zur Erreichung der vertraglich geforderten Leistung bei Einhaltung der vertraglich festgelegten Toleranzen zu fordern.</li> </ol> <p>Ist das Nacharbeiten wegen der Unverhältnismäßigkeit des Aufwandes nicht vertretbar, so ist zu prüfen, ob dem Auftraggeber aus der Abweichung unmittelbare oder mittelbare Nachteile entstehen können.</p> <p>Sind keine Nachteile für den Auftraggeber zu erkennen, so werden die Soll-Daten der Abrechnung zugrunde gelegt. Für Minderleistungen muss ein Abzug erfolgen.</p> <p>Ist jedoch ein Nachteil für den Auftraggeber zu erkennen, ist vom Auftragnehmer – nach Entscheidung des Auftraggebers oder entsprechend den vertraglichen Regelungen – einzeln oder zusammen Folgendes zu fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Teilweises Abrechnen aufgrund von Aufmassen bei Minderleistung,</li> <li>– Übernahme der aus dem Nachteil dem Auftraggeber entstehenden Kosten.</li> </ul>	<p>(22) Bei dem Abrechnen nach Soll-Daten ist wie folgt zu verfahren:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Nach Abschluss der Leistung bzw. festgelegter Teile ist das Einhalten der vorgegebenen Soll-Daten zu kontrollieren.</li> <li>2. Wenn die Kontrollen zeigen, dass die Leistungen unter Berücksichtigung der vertraglich festgelegten Toleranzen nach den Soll-Daten ausgeführt wurden, ist dies dem Auftragnehmer als Grundlage der Abrechnung zu bestätigen.</li> <li>3. Weichen die Ergebnisse der Kontrollen um mehr als die vertraglich festgelegten Toleranzen von den Soll-Daten ab, so gilt Folgendes: Vom Auftragnehmer ist ein Nacharbeiten zur Erreichung der vertraglich geforderten Leistung bei Einhaltung der vertraglich festgelegten Toleranzen zu fordern.</li> </ol> <p>Ist das Nacharbeiten wegen der Unverhältnismäßigkeit des Aufwandes nicht vertretbar, so ist zu prüfen, ob dem Auftraggeber aus der Abweichung unmittelbare oder mittelbare Nachteile entstehen können.</p> <p>Sind keine Nachteile für den Auftraggeber zu erkennen, so werden die Soll-Daten der Abrechnung zugrunde gelegt. Für Minderleistungen muss ein Abzug erfolgen.</p> <p>Ist jedoch ein Nachteil für den Auftraggeber zu erkennen, ist vom Auftragnehmer – nach Entscheidung des Auftraggebers oder entsprechend den vertraglichen Regelungen – einzeln oder zusammen Folgendes zu fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Teilweises Abrechnen aufgrund von Aufmassen bei Minderleistung,</li> <li>– Übernahme der aus dem Nachteil dem Auftraggeber entstehenden Kosten.</li> </ul>
307	3	3.2	(23)	<p>(27) Soll-Daten dürfen der Abrechnung nur zugrunde gelegt werden, wenn sie kontrolliert worden sind.</p> <p>Nach Vorlage der Abrechnungsunterlagen durch den Auftragnehmer ist das Übereinstimmen der Unterlagen mit der vertraglichen Leistung zu bescheinigen.</p> <p>Die Übereinstimmungsbescheinigung muss mindestens folgende Angaben enthalten:</p> <p>„Stimmt mit der vertraglich geforderten Leistung überein:</p> <p>.....</p> <p>(Unterschrift, Klarschrift, Datum)“</p> <p>Danach erfolgt die Prüfrechnung durch den Auftraggeber.</p>	<p>(23) Soll-Daten dürfen der Abrechnung nur zugrunde gelegt werden, wenn sie kontrolliert worden sind.</p> <p>Nach Vorlage der Abrechnungsunterlagen durch den Auftragnehmer ist das Übereinstimmen der Unterlagen mit der vertraglichen Leistung zu bescheinigen.</p> <p>Die Übereinstimmungsbescheinigung muss mindestens folgende Angaben enthalten:</p> <p>„Stimmt mit der vertraglich geforderten Leistung überein:</p> <p>.....</p> <p>(Unterschrift, Klarschrift, Datum)“</p> <p>Danach erfolgt die Prüfrechnung durch den Auftraggeber.</p>
308	3	3.3			
309	3	3.3		Abschnitt 3.3 ist zur Zeit nicht belegt	Abschnitt 3.3 ist <b>zurzeit</b> nicht belegt.
310	3	3.4		<b>Nachträge</b>	<b>Vertragsänderungen</b>
311	3	3.4		nicht vorhanden	<b>Allgemeines</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
312	3	3.4	(1)	nicht vorhanden	<p>(1) Die Anforderungen an Vertragsänderungen während der Vertragslaufzeit regelt § 47 UVgO i.V.m. § 132 Abs. 1, 2 und 4 GWB (national) bzw. § 132 GWB (europaweit). Wesentliche Änderungen eines laufenden Vertrages erfordern sowohl bei national (§ 47 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 132 Abs. 1 S. 1 GWB) als auch bei europaweiten (§ 132 Abs. 1 S. 1 GWB) ausgeschrieben Aufträgen ein neues Vergabeverfahren. Eine Vertragsänderung ist wesentlich, wenn sich der geänderte Vertrag erheblich von dem ursprünglich ver-gewenen öffentlichen Vertrag unterscheidet (vgl. § 132 Abs. 2 S. 2 GWB). Dies ist insbesondere in den in § 132 Abs. 1 S. 3 GWB genannten Fällen anzunehmen, d.h. wenn aufgrund der Vertragsänderung</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- das Vergabeverfahren anders verlaufen wäre (Teilnehmer-/Bieterkreis, Zuschlagsentscheidung)</li><li>- das wirtschaftliche Gleichgewicht zugunsten des Auftragnehmers in einer Weise verschoben wird, die im ursprünglichen Vertrag so nicht enthalten war,</li><li>- Der Auftragsumfang erheblich erweitert wird oder</li><li>- ein neuer Auftragnehmer den ursprünglichen Auftragnehmer unzulässiger Weise ersetzt (Ausnahme § 132 Abs. 2 S. 1 Nr.4 GWB).</li></ul> <p>Ohne neues Vergabeverfahren sind Änderungen sowohl bei national als auch bei europaweit vergebenen öffentlichen Verträgen in folgenden Fällen zulässig (vgl. § 132 Abs. 2 GWB):</p> <ol style="list-style-type: none"><li>1. Die ursprünglichen Vergabeunterlagen enthalten eine diesbezügliche Anpassungsklausel oder -option,</li><li>2. Es werden zusätzliche Leistungen erforderlich und ein Wechsel des Auftragnehmers kann aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht erfolgen und ist mit erheblichen Schwierigkeiten oder beträchtlichen Zusatzkosten verbunden.</li></ol>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
313	3	3.4	(1)	nicht vorhanden	<p>...</p> <p>3. Die Änderung erfolgt aufgrund von nicht vorhersehbaren Umständen und führt zu keiner Veränderung des Gesamtcharakters des Auftrags.</p> <p>4. Der bisherige Auftragnehmer wird aufgrund der in § 132 Abs.2 Nr.4 a-c GWB genannten Fällen durch einen neuen Auftragnehmer ersetzt.</p> <p>In den in Satz 1 Nr. 2 und 3 geregelten Fällen darf die Änderung in jedem Einzelfall nicht mehr als 50 % des ursprünglichen Auftragsvolumens betragen. Bei europaweit vergebenen Aufträgen sind die von Nr. 2 und Nr. 3 erfassten die Änderungen außerdem mit dem Vordruck Bekanntmachung einer Änderung im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt zu machen.</p> <p>Die Änderung eines öffentlichen Auftrages ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens ist ferner zulässig (vgl. § 132 Abs.3 GWB), wenn sich der Gesamtcharakter des Vertrages nicht ändert und</p> <ul style="list-style-type: none"><li>- bei einem Auftrag, der national ausgeschrieben war, die Änderungen in der Gesamtsumme nicht mehr als 20 % des ursprünglichen Auftragswertes betragen bzw.</li><li>- bei einem Auftrag, der ursprünglich EU-weit ausgeschrieben war, die Änderungen in der Gesamtsumme nicht mehr als 10 % des ursprünglichen Auftragswertes betragen</li><li>- und die Gesamtsumme der Änderungen den Schwellenwert nach § 106 GWB nicht übersteigen.</li></ul>
314	3	3.4	(2)	(1) Erforderliche Änderungen oder Ergänzungen des Vertrages (Änderungen der Leistung § 2 VOL/B) sind in schriftlich zu vereinbarenden „Nachträgen“ vorzunehmen.	(2) Erforderliche Änderungen oder Ergänzungen des <u>Vertrages sind schriftlich zu regeln</u> . Die Leistungsbeschreibung für die Vertragsergänzung hat eindeutig und erschöpfend im Sinne von § 23 UVgO bzw. § 31 VgV zu erfolgen. Die Leistungsbeschreibung hat dabei die Funktions- oder Leistungsanforderungen oder eine Beschreibung der zu lösenden Aufgabe, deren Kenntnis für die Erstellung des Angebots erforderlich ist, sowie Umstände und Bedingungen der Leistungserbringung zu enthalten.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
315	3	3.4	(3)	(2) Die Nachträge sind zeitnah, möglichst vor Ausführung der Leistungen, abschließend zu bearbeiten.	(3) <b>Vertragsergänzungen</b> sind zeitnah <b>und</b> möglichst vor Ausführung der Leistungen, abschließend zu bearbeiten. Verzögert sich – aus welchen Gründen auch immer – eine zeitnahe Vereinbarung über die Änderung, ist das unbestrittene Guthaben entsprechend § 17 Nr. 3 VOL/B unverzüglich auszuzahlen. Kommt eine Vereinbarung nicht vor, während oder nach der Ausführung geänderter Leistung(en) zustande, so ist vom Auftraggeber die Höhe der Vergütung auf den vertraglichen Grundlagen unter Berücksichtigung der sich aus der Leistungsänderung ergebenden Mehr- oder Minderkosten (§ 2 Nr. 3 VOL/B) der weiteren Vertragsabwicklung zu Grunde zu legen.
316	3	3.4	(4)	(3) Vor Abschluss eines Nachtrages ist zu prüfen, ob die Voraussetzungen hierfür nach dem Vertrag (siehe Abschnitt 3.0 „Allgemeines“, Nr. (3)) vorliegen.  Verlangt der Auftragnehmer einen Nachtrag unter Bezug auf Unklarheiten in den Verdingungsunterlagen, so ist zu prüfen, ob er seiner Hinweispflicht gemäß Nr. 1 der „Bewerbungsbedingungen bzw. EUBewerbungsbedingungen für die Vergabe von Lieferungen und Leistungen – ausgenommen Bauleistungen – im Straßen- und Brückenbau“ nachgekommen ist.  In einem Nachtrag sind sämtliche mit dem betreffenden Sachverhalt zusammenhängende Regelungen niederzulegen.  Neben dem Anlass für den Nachtrag sind insbesondere die betroffenen Positionen und/oder preislichen Vereinbarungen sowie gegebenenfalls die Auswirkungen auf sonstige Vertragsbedingungen (Termine usw.) festzuhalten.	(4)  Verlangt der Auftragnehmer <b>eine Vertragsänderung</b> unter Bezug auf Unklarheiten in den <b>Vergabeunterlagen</b> , obwohl er seiner Hinweispflicht gemäß Nr. 1 der „Bewerbungsbedingungen (siehe Teil 1, Abschnitt 1.0 „Allgemeines“) nicht nachgekommen ist, führt dies nicht zu einer Risikoverlagerung auf den Auftragnehmer. Das OLG München hat mit Beschluss vom 04.04.2013 entschieden, dass der Bieter bei Fehlern im Leistungsverzeichnis keine Hinweispflicht hat. Das OLG Dresden (Urt. vom 25.11.2011) hat ebenfalls eine Hinweispflicht vor Vertragsschluss abgelehnt. <b>Im Vermerk zur Vertragsänderung</b> sind sämtliche mit dem betreffenden Sachverhalt zusammenhängende Regelungen <b>festzuhalten</b> . Hierzu gehört insbesondere die OZ-weise Prüfung der Vertragsänderung hinsichtlich nachfolgender Punkte: - ist die geänderte Leistung bereits Bestandteil des ursprünglichen Vertrages, - ist die Beschreibung der Leistungsänderung vollständig und prüffähig, - Prüfung der Preisermittlung für die Leistungsänderung unter Berücksichtigung der Leistungs- und Mengenansätze. Vorgenannte Sachverhaltsfeststellungen sind schriftlich zu dokumentieren.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
317	3	3.4		(4) Bei Abweichungen des Auftragnehmers von der nach dem Vertrag vorgesehenen Leistung ohne vorherige schriftliche Vereinbarung ist § 2 Nr. 4 VOL/B zu beachten. Die nachträgliche Annahme abweichender Leistungen kommt nur insoweit in Betracht, wie dem Auftraggeber keine Nachteile entstehen.	entfällt
318	3	3.4		(5) Im Vertrag nicht vorgesehene Leistungen sollen möglichst im Wettbewerb nach VOL/A vergeben werden, wenn sie sich von der schon vergebenen Leistung trennen lassen.	entfällt
319	3	3.4		(6) Nachtragsangebote und ihre Positionen sind fortlaufend zu nummerieren und mit „N“ zu kennzeichnen. Beispiel: N 1/1 = Nachtrag Nr. 1 Position 1.	entfällt
320	3	3.4	(5)	(8) Weiterhin ist zu beachten, dass eine Änderung des Vertrages zum Nachteil des Auftraggebers (Bund, Land usw.) nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen (z. B. § 58 Bundeshaushaltsordnung – BHO) nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zulässig ist. Vertragsänderungen, die eine höhere Vergütung oder eine Veränderung von Vertragsbedingungen zugunsten des Auftragnehmers zum Inhalt haben, sind dann nicht als nachteilig für den Auftraggeber anzusehen, wenn der Auftragnehmer einen vertraglichen oder gesetzlichen Anspruch darauf hat.	(5) Weiterhin ist zu beachten, dass eine Änderung des Vertrages zum Nachteil des Auftraggebers (Bund, Land usw.) nach den haushaltsrechtlichen Bestimmungen (z. B. § 58 Bundeshaushaltsordnung – BHO) nur in besonders begründeten Ausnahmefällen zulässig ist (siehe Nrn. (16) ff.). Vertragsänderungen, die eine höhere Vergütung oder eine Veränderung von Vertragsbedingungen zugunsten des Auftragnehmers zum Inhalt haben, sind dann nicht als nachteilig für den Auftraggeber anzusehen, wenn der Auftragnehmer einen vertraglichen oder gesetzlichen Anspruch darauf hat.
321	3	3.4	(6)	nicht vorhanden	(6) Zusammenhängende Leistungen und sämtliche damit im Zusammenhang stehende Sachverhalte sind in einer Vereinbarung über die Leistungsänderung zu regeln und nicht zu splitten. Neben dem Anlass für die Vertragsänderung sind insbesondere die betroffenen Positionen und/oder preislichen Vereinbarungen sowie gegebenenfalls die Auswirkungen auf sonstige Vertragsbedingungen (Termine, Gleitklauseln, Vertragsstrafen usw.) festzuhalten.
322	3	3.4	(7)	(9) In den Fällen der Änderung vertraglicher Preise oder der Vereinbarung neuer Preise bei Änderung der Leistung oder zusätzlicher Leistung ist von der Preisermittlung des Auftragnehmers für die vertragliche Leistung auszugehen. Ist diese Preisermittlung nicht sachgerecht oder für den Auftraggeber nicht nachvollziehbar, so sind die Ansätze auf der Grundlage der Vertragspreise besonders sorgfältig zu prüfen.	(7) Werden durch Vertragsänderungen vertragliche Preise geändert oder neue Preise vereinbart, dienen die ursprünglich für die vertragliche Leistung vereinbarten Preise grundsätzlich als Bemessungsgrundlage für die neue Vereinbarung (vgl. § 2 Nr. 3 VOL/B).



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
323	3	3.4	(8)	nicht vorhanden	(8) Änderungen der Ausführungsfristen sind in der Vereinbarung über die Leistungsänderung zu regeln.
324	3	3.4	(9)	nicht vorhanden	(9) Vorhandene Vertragsstrafenregelungen sind in der Vereinbarung über die Leistungsänderung erneut mit aufzunehmen. Hierzu sollte folgender Textbaustein in das zu Vertragsstrafen zugehörige Freitextfeld aufgenommen werden: „Die ursprüngliche Vertragsstrafenregelung gilt (unter Berücksichtigung der neuen Ausführungsfristen) weiter“.
325	3	3.4		(10) Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist gesondert zu betrachten, da alle Preise als Netto-Preise vereinbart sind.	entfällt
326	3	3.4		(11) Der Nachtragsvertrag besteht mindestens aus dem geprüften Angebot und dem Auftragsschreiben, in dem die neue Gesamtauftragssumme aufzuführen ist. Im Auftragsschreiben ist ebenfalls festzulegen, dass die Bedingungen des Hauptvertrages auch für den Nachtragsvertrag gelten.	entfällt
327	3	3.4	(10)	(7) Nachtragsforderungen/-angebote und der die Nachträge betreffende Schriftwechsel mit dem Auftragnehmer sowie die Begründungen und Ermittlungen für alle Vereinbarungen im Nachtrag, insbesondere die Preisermittlungen, sind den „Unterlagen für die Rechnungslegung“ (siehe Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen) beizufügen.	(10) Der die Vertragsänderungen betreffende Schriftwechsel mit dem Auftragnehmer, der Vermerk zur Vertragsänderung einschl. der zugehörigen Anlagen sowie die Begründungen und Ermittlungen für alle Vereinbarungen in der Vertragsänderung, insbesondere die Preisermittlungen, sind den „Unterlagen für die Rechnungslegung“ (siehe Abschnitt 3.7 „Rechnungen und Zahlungen“) beizufügen.
328	3	3.4		nicht vorhanden	Änderung der Leistungen oder andere Anordnungen des Auftraggebers (§ 2 Nr. 1 VOL/B)
329	3	3.4		nicht vorhanden	(11) Bei einer Änderung des Vertrages aufgrund von Änderungen in der Beschaffenheit der Leistung ist, sofern nicht eine gesonderte Vergabe erforderlich ist, stets eine schriftliche Ergänzungsvereinbarung zum Vertrag abzuschließen. Dabei ist zu prüfen, ob gemäß § 2 Nr. 3 VOL/B ein neuer Preis zu vereinbaren ist, weil sich die Grundlagen der Preise für die betroffenen Positionen geändert haben. Trifft dies zu, ist der Auftragnehmer zur Abgabe eines Angebotes für eine Vertragsänderung mit neuen Preisen (in der Regel keine Zulagepreise) aufzufordern.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
330	3	3.4		nicht vorhanden	(12) Bei der Vereinbarung eines neuen Preises ist wie folgt zu verfahren: – Bei den positions- und auftragsbezogenen Preiselementen sind nur die durch die Leistungsänderung bedingten Mehr- oder Minderkosten anzuerkennen. – Bei den von der Änderung betroffenen Preiselementen sind nicht angemessene oder falsche Ansätze bei der Preisermittlung für die ursprüngliche Leistung (z. B. „Kalkulationsfehler“) nicht zu korrigieren. – Bei den firmenbezogenen Preiselementen ist eine Änderung des Ansatzes abzulehnen.
331	3	3.4		nicht vorhanden	(13) Leistungsänderungen können auch Änderungen der Ausführungsfristen sein (siehe auch Abschnitt 3.5).
332	3	3.4		nicht vorhanden	<b>Leistungen des Auftragnehmers ohne Auftrag (§ 2 Nr. 4 VOL/B)</b>
333	3	3.4		nicht vorhanden	(14) Hat der Auftragnehmer Leistungen ohne Auftrag oder unter eigenmächtiger Abweichung vom Vertrag ausgeführt, ist unverzüglich zu prüfen, ob diese Leistungen – nachträglich anerkannt oder – nicht anerkannt werden. Bei Nichtanerkennung der Leistungen ist dem Auftragnehmer schriftlich mitzuteilen, ob – diese ohne Vergütung geduldet, – deren Beseitigung und die Erbringung der vertragsgerechten Leistungen gefordert, – Ersatzmaßnahmen zur Beseitigung angedroht, – Schadensersatzforderungen vorbehalten werden.
334	3	3.4		nicht vorhanden	(15) Dem Auftragnehmer steht eine Vergütung nach § 2 Nr. 3 VOL/B zu, wenn der Auftraggeber solche Leistungen nachträglich annimmt.
335	3	3.4		nicht vorhanden	<b>Änderung des Vertrages zum Nachteil des AG (z. B. § 58 BHO)</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
336	3	3.4		nicht vorhanden	(16) Eine Änderung bestehender Vertragsverhältnisse zum Nachteil des AG kommt nur in besonders be-gründeten Ausnahmefällen in Betracht. Soweit bei den Dienststellen Anträge von Auftragnehmern auf Preisänderungen eingehen, sind diese nach § 58 BHO zu beurteilen. Ein besonders begründeter Ausnahmefall ist anzunehmen, wenn nach Prüfung der Dienststelle der Auftragnehmer zwar keinen Rechtsanspruch auf Änderung oder Aufhebung des Vertrages hat, ihn aber ein Festhalten am Vertrag nach Lage des Einzelfalles unbillig benachteiligt, weil seine wirt-schaftlichen Verhältnisse bei Vertragserfüllung infolge ihm nicht zuzurechnender Umstände erheblich ver-schlechtern würden.
337	3	3.4		nicht vorhanden	(17) Der Auftragnehmer hat die erhebliche Verschlechterung durch Vorlage geeigneter Unterlagen nachzu-weisen. Dabei ist auf die Gesamtvermögenslage des Auftragnehmers abzustellen; in der Regel ist nachzu-weisen, dass der Auftragnehmer bei Erfüllung des Vertrages von der Insolvenz bedroht wäre. Nicht ausrei-chend ist, dass dem Auftragnehmer bei Erfüllung des Vertrages finanzielle Verluste entstehen, ebenso ist ein Abwälzen von Kalkulationsfehlern auszuschließen. Mindestens sind folgende Unterlagen zur Einzelfallprüfung gemäß § 58 BHO vom Auftragnehmer vorzule-gen: - Unternehmensbilanz des letzten abgeschlossenen Geschäftsjahres zum Nachweis über die Ver-schlechterung der wirtschaftlichen Lage als Auswirkung der Vertragserfüllung, - entsprechende Wirtschaftsdaten der letzten drei Monate, - aktuelle Daten über Auftragsbestand, Verbindlichkeiten, Guthaben und Vermögenswerte als Nachweis der Existenzgefährdung durch die gestiegenen Preise, - konkrete Belege über die aktuellen Einkaufspreise, - Nachweis der durch die Preissteigerungen vertragsindividuell (getrennt nach Anteil des Auftragnehmers und dessen eventuellen Nachunternehmern) entstandenen Mehrkosten. Die o. g. Nachweise sind, ggf. auch nachträglich, durch einen vereidigten Wirtschaftsprüfer zu bestätigen.
338	3	3.4		nicht vorhanden	(18) Die Anträge von Auftragnehmern sind von der Dienststelle unverzüglich unter Berücksichtigung vorste-hender Punkte zu prüfen und bei Bundesmaßnahmen, verbunden mit einem Entscheidungsvorschlag, dem BMVI auf dem Dienstweg zur Zustimmung vorzulegen.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
339	3	3.5		<b>Behinderung und Unterbrechung der Leistung</b>	<b>Behinderung und Unterbrechung der Leistung</b>
340	3	3.6		<b>Sicherheitsleistungen</b>	<b>Sicherheitsleistungen</b>
341	3	3.6	(1)	(1) Für Sicherheitsleistungen ist die Nr. 12 ZVB(VOL)-StB in Verbindung mit § 18 VOL/B zu beachten.	(1) Für Sicherheitsleistungen ist § 18 VOL/B zu beachten.
342	3	3.6	(2)	(2) Für Bürgschaften nach Nr. 13.1 ZVB(VOL)-StB sind die Vordrucke HVA L-StB Vertragserfüllungsbürgschaft (siehe Muster 3.6–1), HVA L-StB Bürgschaft für Mängelansprüche (siehe Muster 3.6 – 2) und HVA L-StB Abschlagszahlungsbürgschaft (siehe Muster 3.6 – 3) zu verwenden.	(2) Für Bürgschaften nach Nr. 10.1 ZVB(VOL)-StB sind die Vordrucke HVA L-StB Vertragserfüllungsbürgschaft, HVA L-StB-Bürgschaft für Mängelansprüche und HVA L-StB Abschlagszahlungs-/Vorauszahlungsbürgschaft zu verwenden.
343	3	3.6	(3)	(3) Es ist darauf zu achten, dass auch bei einer Arbeitsgemeinschaft als Auftragnehmer nur eine Bürgschaftsurkunde über den Gesamtbetrag der Sicherheit gemäß Nr. 13.3 ZVB(VOL)-StB anzunehmen ist.	(3) Es ist darauf zu achten, dass auch – bei einer Arbeitsgemeinschaft als Auftragnehmer oder – bei möglicher Teilabnahme nur eine Bürgschaftsurkunde über den Gesamtbetrag der Sicherheit gemäß Nr. 10.3 ZVB(VOL)-StB anzunehmen ist. Verlangt der Auftragnehmer nach einer Teilabnahme eine entsprechende Verringerung der Sicherheit, so ist dem stattzugeben, wenn – für den abgenommenen Teil der Leistung die Voraussetzungen nach § 13 VOL/B erfüllt sind und – der Auftragnehmer für den noch nicht abgenommenen Teil der Leistung eine Vertragserfüllungsbürgschaft gestellt hat.
344	3	3.6	(4)	(4) Es ist darauf hinzuwirken, dass der Auftragnehmer die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß § 18 Nr. 6 VOL/B binnen 18 Werktagen nach Auftragserteilung vorlegt.	(4) Es ist darauf hinzuwirken, dass der Auftragnehmer die Vertragserfüllungsbürgschaft gemäß § 18 Nr. 6 VOL/B binnen 18 Werktagen nach Zuschlagerteilung vorlegt oder Sicherheit in anderer Form gewährt. Solange er dieser Verpflichtung nicht nachkommt, sind von den Abschlagszahlungen Einbehalte vorzunehmen.
345	3	3.6		(5) Sind Abschlagszahlungen vereinbart, kann zur Sicherstellung der Beseitigung gerügter Mängel ungeachtet vorliegender Bürgschaften bis zur Schlusszahlung in der Regel ein Betrag in zweifacher Höhe der geschätzten Mängelbeseitigungskosten als Sicherheit einbehalten werden (§ 641 Abs. 3 BGB). Nach Mängelbeseitigung ist der einbehaltene Betrag auszusahlen.	entfallen
346	3	3.6	(5)	(6) Zahlt der Bürge eine Sicherheit nach HVA L-StB Vertragserfüllungsbürgschaft, HVA L-StB Abschlagszahlungsbürgschaft oder HVA L-StB Bürgschaft für Mängelansprüche nicht, dann ist zu prüfen, ob die Zahlung in einem Urkundenprozess nach §§ 592 ff. ZPO erreicht werden kann.	(5) Zahlt der Bürge einer Sicherheit nach HVA L-StB nicht, dann ist zu prüfen, ob die Zahlung in einem Urkundenprozess nach §§ 592 ff. ZPO erreicht werden kann.
347	3	3.6	(6)	(7) Vor Inanspruchnahme einer Bürgschaft ist zu prüfen, ob Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen (siehe Abschnitt 3.14 Aufrechnungsfälle) und zweckmäßig sind.	(6) Vor Inanspruchnahme einer Bürgschaft ist zu prüfen, ob Aufrechnungsmöglichkeiten bestehen (Abschnitt 3.14 „Aufrechnungsfälle“) und zweckmäßig sind.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
348	3	3.6	(7)	(8) Der Austausch der Vertragserfüllungsbürgschaft gegen eine Bürgschaft für Mängelansprüche erfolgt nach Abnahme der Leistung. Für bei der Abnahme vorbehaltene Mängel ist ggf. ein Einbehalt in zweifacher Höhe der voraussichtlichen Mängelbeseitigungskosten vorzunehmen (siehe Nr. (5)).	(7) Der Austausch der Vertragserfüllungsbürgschaft gegen eine Bürgschaft für Mängelansprüche erfolgt nach Abnahme der Leistung. Die Höhe der Sicherheit für Mängelansprüche ist aus der zum Zeitpunkt des Austausches der Sicherheiten zu ermittelnden Abrechnungssumme (Auftragssumme einschließlich Nachträge) zu berechnen.
349	3	3.7		<b>Rechnungen und Zahlungen</b>	<b>Rechnungen und Zahlungen</b>
350	3	3.7		<b>Rechnungen</b>	<b>Rechnungen</b>
351	3	3.7	(2)	(2) Es ist darauf zu achten, dass Rechnungen vom Auftragnehmer übersichtlich aufgestellt, dabei die Reihenfolge der Positionen eingehalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen verwendet werden (Nr. 9 ZVB(VOL)-StB).	(2) Es ist darauf zu achten, dass Rechnungen vom Auftragnehmer übersichtlich aufgestellt, dabei die Reihenfolge der Positionen eingehalten und die in den Vertragsbestandteilen enthaltenen Bezeichnungen verwendet werden (Nr. 7 ZVB(VOL)-StB).
352	3	3.7	(5)	(5) Teilschlussrechnungen gemäß Nr. 9.1 ZVB(VOL)-StB sind mit laufenden Nummern zu versehen. ...	(5) Teilschlussrechnungen gemäß Nr. 7.1 ZVB(VOL)-StB sind mit laufenden Nummern zu versehen. ...
353	3	3.7		<b>Behandeln der Rechnungen</b>	<b>Behandeln der Rechnungen</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
354	3	3.7	(6)	<p>(6)</p> <p>...</p> <p>5.1 Übereinstimmung mit dem Vertrag prüfen, ob</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– die Rechnung nur Leistungen des Vertrages enthält (Vertragsänderungen/Nachträge müssen schriftlich erfolgt sein),</li><li>– die in den vorliegenden Belegen (z.B. Lieferscheine, Wiegescheine, Stundenlohnzettel) gemeinsam festgestellten Sachverhalte der vereinbarten Vergütung zugrunde gelegt werden können,</li><li>– die jeweilige Leistung der richtigen Ordnungszahl zugeordnet wurde,</li><li>– die Abrechnungseinheit dem Vertrag entspricht,</li><li>– die Abrechnungsregelungen (§ 17 Nr.1 VOL/B), gegebenenfalls Zahlungspläne bei Pauschalabrechnungen beachtet wurden,</li><li>– die aufgeführten Teilleistungen einschließlich Nebenleistungen entsprechend den Angaben des Vertrages vollständig erbracht sind,</li><li>– für bestimmte Teilleistungen neue Preise verlangt werden müssen (§ 2 Nr. 3 VOL/B),</li><li>– für die aufgeführte Teilleistung oder Teile davon die Ersatzpflicht eines Dritten in Frage kommt,</li><li>– Ergebnisse von Kontrollwägungen zu berücksichtigen sind (Nr. 10.3 ZVB(VOL)-StB),</li><li>– Preisnachlässe zu berücksichtigen sind,</li><li>– eine Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen getroffen wurde,</li><li>– Ausführungsfristen überschritten sind.</li></ul> <p>...</p>	<p>(6)</p> <p>...</p> <p>5.1 Übereinstimmung mit dem Vertrag prüfen, ob</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– die Rechnung nur Leistungen des Vertrages enthält (<b>Vertragsänderungen (z.B. Nachträge)</b> müssen schriftlich erfolgt sein),</li><li>– die in den vorliegenden Belegen (z.B. Lieferscheine, Wiegescheine, Stundenlohnzettel) gemeinsam festgestellten Sachverhalte der vereinbarten Vergütung zugrunde gelegt werden können,</li><li>– die jeweilige Leistung der richtigen Ordnungszahl zugeordnet wurde,</li><li>– die Abrechnungseinheit dem Vertrag entspricht,</li><li>– die Abrechnungsregelungen (§ 17 Nr.1 VOL/B), gegebenenfalls Zahlungspläne bei Pauschalabrechnungen beachtet wurden,</li><li>– die aufgeführten Teilleistungen einschließlich Nebenleistungen entsprechend den Angaben des Vertrages vollständig erbracht sind,</li><li>– für bestimmte Teilleistungen neue Preise verlangt werden müssen (§ 2 Nr. 3 VOL/B),</li><li>– für die aufgeführte Teilleistung oder Teile davon die Ersatzpflicht eines Dritten in Frage kommt,</li><li>– Ergebnisse von Kontrollwägungen zu berücksichtigen sind (<b>Nr. 8.3</b> ZVB(VOL)-StB),</li><li>– Preisnachlässe zu berücksichtigen sind,</li><li>– eine Entscheidung über die Ausführung von Wahlpositionen getroffen wurde,</li><li>– Ausführungsfristen überschritten sind.</li></ul> <p>...</p>
355	3	3.7		<b>Zahlungen gemäß § 17 VOL/B</b>	<b>Zahlungen gemäß § 17 VOL/B</b>
356	3	3.7	(14)	<p>(14) Bei den Zahlungen sind zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Abschlagszahlung,</li><li>– Teilschlusszahlung,</li><li>– Schlusszahlung.</li></ul> <p>Es ist darauf zu achten, dass sie entsprechend bezeichnet sind (Nr. 9.1 ZVB(VOL)-StB ).</p>	<p>(14) Bei den Zahlungen sind zu unterscheiden:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>– Abschlagszahlung,</li><li>– Teilschlusszahlung,</li><li>– Schlusszahlung.</li></ul> <p>Es ist darauf zu achten, dass sie entsprechend bezeichnet sind (<b>Nr. 7.1</b> ZVB(VOL)-StB ).</p>
357	3	3.7		<b>Ordnen der Unterlagen für die Rechnungslegung</b>	<b>Ordnen der Unterlagen für die Rechnungslegung</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
358	3	3.7	(24)	(24) Den Unterlagen sind der ausgefüllte Vordruck HVA L-StB Rechnungslegung 1 (siehe Muster 3.7-1) und der ausgefüllte Vordruck HVA L-StB Rechnungslegung 2 (siehe Muster 3.7-2) vorzuheften. Demgemäß sind die Unterlagen grundsätzlich entsprechend der Vergabe- und Vertragsabwicklung zu ordnen. Jedoch sind der Anweisungsbeleg (förmliche Kassenanordnung), zusammenfassende Erläuterungen und Zusammenstellungen – ungeachtet der Zeitfolge in der Vergabe- und Vertragsabwicklung – vor den übrigen Unterlagen einzuordnen.	(24) Den Unterlagen ist der ausgefüllte Vordruck HVA L-StB <a href="#">Unterlagen für Rechnungslegung mit Inhaltsverzeichnis</a> (siehe Teil 4 Vordrucke) vorzuheften.  Demgemäß sind die Unterlagen grundsätzlich entsprechend der Vergabe- und Vertragsabwicklung zu ordnen. Jedoch ist der Anweisungsbeleg (förmliche Kassenanordnung), zusammenfassende Erläuterungen und Zusammenstellungen – ungeachtet der Zeitfolge in der Vergabe- und Vertragsabwicklung – vor den übrigen Unterlagen einzuordnen.
359	3	3.7	(25)	(25) In den Vordruck HVA L-StB Rechnungslegung 1 sind insbesondere die Vertrags- und Bestellschein-Nummer, die in den Vertragsunterlagen verwendeten Bezeichnungen und die Haushaltsdaten einzutragen.  (26) Die Vordrucke HVA L-StB Rechnungslegung 2 sind nach Hauptgruppen gegliedert. Sind im Vertrag Teilleistungen zusammengefasst, dann sollen innerhalb der Hauptgruppen die Schlussrechnungsunterlagen nach Teilleistungen geordnet werden. Fachspezifische Unterlagen sind durch weitere Untergliederungen den Hauptgruppen zuzuordnen. Unterlagen, die den Gliederungsnummern nicht eindeutig zugeordnet werden können, sind unter dem Punkt Verschiedenes einzuordnen.	(25) In den Vordruck HVA L-StB <a href="#">Unterlagen für Rechnungslegung mit Inhaltsverzeichnis</a> sind insbesondere die Vertrags- und Bestellschein-Nummer, die in den Vertragsunterlagen verwendeten Bezeichnungen und die Haushaltsdaten einzutragen.  <a href="#">entfällt</a>  Fachspezifische Unterlagen sind durch weitere Untergliederungen den Hauptgruppen zuzuordnen. Unterlagen, die den Gliederungsnummern nicht eindeutig zugeordnet werden können, sind unter dem Punkt Verschiedenes einzuordnen.
360	3	3.7	(26)	(27) Wenn es unzweckmäßig ist, Unterlagen dem Vordruck HVA L-StB Rechnungslegung 2 beizufügen, dann sind die Fundstellen anzugeben.	(26) Wenn es unzweckmäßig ist, Unterlagen dem Vordruck HVA L-StB <a href="#">Unterlagen für Rechnungslegung mit Inhaltsverzeichnis</a> beizufügen, dann sind die Fundstellen anzugeben.
361	3	3.8		<b>Zahlungen an Dritte</b>	<b>Zahlungen an Dritte</b>
362	3	3.8		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
363	3	3.8	(1)	(1) Zahlungen an Dritte, d. h. an einen anderen als den Auftragnehmer, dürfen nur geleistet werden, wenn – eine wirksame Abtretung vorliegt (siehe Nrn. (3) und (4)), – eine wirksame Pfändung vorliegt (siehe Nrn. (5) bis (8)), – in Insolvenzfällen der gerichtliche Eröffnungsbeschluss vorliegt (siehe Nr. (9)).	(1) Zahlungen an Dritte, d. h. an einen anderen als den Auftragnehmer, dürfen nur geleistet werden, wenn – eine wirksame Abtretung vorliegt (siehe Nrn. (5) und (6)), – eine wirksame Pfändung vorliegt (siehe Nrn. (7) bis (9)), – in Insolvenzfällen <a href="#">an den Insolvenzverwalter zu zahlen ist</a> (siehe Nrn. (10)), – <a href="#">an Unterauftragnehmer oder entsprechende Gläubiger gezahlt werden kann</a> (siehe Nrn. (11) und (12)).



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
364	3	3.8	(2)	nicht vorhanden	(2) Dabei ist zu beachten, dass – Abtretungen und Pfändungen grundsätzlich nur rechtlich wirksam sein können, wenn sie rechtzeitig vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens dem Auftraggeber zugegangen sind, – bei Vorliegen mehrerer Abtretungen oder Pfändungen die gesetzliche Rangfolge gilt, – Zahlungen an Nachunternehmer u. a. nur geleistet werden dürfen, soweit das Guthaben des Auftragnehmers nicht durch Abtretungen oder Pfändungen verbraucht wird oder ein Insolvenzverfahren nicht eröffnet ist.
365	3	3.8	(3) (4)	(2) Handelt es sich bei der Zahlung an Dritte um das Restguthaben des Auftragnehmers, so ist der Auftragnehmer, im Insolvenzfall der Insolvenzverwalter (siehe Nr. (1)), gemäß § 17 VOL/B schriftlich davon zu unterrichten, dass dies die Schlusszahlung ist.  Im Übrigen ist Abschnitt 3.7 Rechnungen und Zahlungen zu beachten.	(3) Handelt es sich bei der Zahlung an Dritte um das Restguthaben des Auftragnehmers, so ist der Auftragnehmer, im Insolvenzfall <b>der Zuständige</b> (siehe Nr. (1)), gemäß § 17 <b>Nr. 4</b> VOL/B schriftlich davon zu unterrichten, dass dies die Schlusszahlung ist.  (4) Im Übrigen ist Abschnitt 3.7 „Rechnungen und Zahlungen“ zu beachten.
366	3	3.8		<b>Abtretungen</b>	<b>Abtretungen</b>
367	3	3.8	(5)	(3) Tritt der Auftragnehmer eine Forderung gegen den Auftraggeber ab, kann bis zum Eingang der Abtretungsanzeige an den bisherigen Gläubiger Zahlungen geleistet werden.	(5) Wird dem Auftraggeber die Abtretung einer Forderung des Auftragnehmers (bisheriger Gläubiger) angezeigt, darf er, soweit die Forderung abgetreten ist, Zahlungen nicht mehr an den bisherigen Gläubiger leisten (§ 407 BGB).  Eine Zahlung an den neuen Gläubiger darf erst dann erfolgen, wenn entweder der bisherige Gläubiger dem Auftraggeber die Abtretung schriftlich angezeigt hat, oder der neue Gläubiger ihm eine vom bisherigen Gläubiger ausgestellte Urkunde über die Abtretung vorlegt (§§ 409, 410 BGB).
368	3	3.8	(6)	nicht vorhanden	(6) Der Auftraggeber soll darauf hinwirken, dass für die Abtretungsanzeige möglichst der Vordruck HVA L-StB „Abtretungsanzeige“ (siehe Teil 4 Vordrucke) verwendet wird. An den Auftragnehmer, den neuen Gläubiger und die zahlende Kasse ist jeweils eine Bestätigung der Abtretungsanzeige entsprechend dem Vordruck HVA L-StB „Bestätigung der Abtretungsanzeige“ (siehe Teil 4 Vordrucke) zu senden.
369	3	3.8		<b>Pfändung</b>	<b>Pfändungen</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
370	3	3.8	(7)	(4) Pfändungen sind, – wenn sie wirksam sind, anzuerkennen, – wenn sie unwirksam sind, zurückzuweisen.	(7) Pfändungen sind – wenn sie wirksam sind, anzuerkennen, – wenn sie unwirksam sind, zurückzuweisen.
371	3	3.8	(8)	(5) Als wirksam ist eine Pfändung zu behandeln, wenn die formalen Voraussetzungen (Pfändungstitel, Vollstreckungsklausel, Zustellung des Pfändungstitels) dafür gegeben sind und in dem gerichtlichen Pfändungs-beschluss bzw. in der behördlichen Pfändungsvergütung (z. B. AOK, Finanzamt, Berufsgenossenschaft) – der Pfändungsgläubiger, der Schuldner (Auftragnehmer) und der Drittschuldner (Auftraggeber) eindeutig bezeichnet sind, – die zu pfändende Forderung bestimmbar beschrieben ist, und – die zu pfändende Forderung noch besteht. In diesem Falle ist an den in dem Pfändungsbeschluss bzw. der Pfändungsverfügung genannten Pfändungsgläubiger auf dessen Verlangen fristgemäß eine „Anerkennung einer Pfändung“ mit Mehrausfertigungen  an den Auftragnehmer und die zahlende Kasse durch Verwendung des Vordrucks HVA L-StB Anerkennung einer Pfändung (siehe Muster 3.8 – 1) zu senden.	(8) Als wirksam ist eine Pfändung zu behandeln, wenn die formalen Voraussetzungen (Pfändungstitel, Vollstreckungsklausel, Zustellung des Pfändungstitels) dafür gegeben sind und in dem gerichtlichen Pfändungs-beschluss bzw. in der behördlichen Pfändungsverfügung (z. B. AOK, Finanzamt, Berufsgenossenschaft) – der Pfändungsgläubiger, der Schuldner (Auftragnehmer) und der Drittschuldner (Auftraggeber) eindeutig bezeichnet sind, – die zu pfändende Forderung bestimmbar beschrieben ist, und – die zu pfändende Forderung (noch) besteht. In diesem Falle ist an den in dem Pfändungsbeschluss bzw. der Pfändungsverfügung genannten Pfändungsgläubiger auf dessen Verlangen fristgemäß eine <b>Anerkennung der Pfändung entsprechend dem Vordruck</b> HVA L-StB-Anerkennung einer Pfändung (siehe Teil 4 Vordrucke) mit Mehrausfertigungen an den Auftragnehmer und die zahlende Kasse zu senden.
372	3	3.8	(9)	(6) Gegen alle nicht nach Nr. (5) als wirksam zu behandelnden Pfändungen ist – bei einem gerichtlichen Pfändungsbeschluss gemäß § 766 ZPO Erinnerung bei dem Vollstreckungsgericht, das den Beschluss erlassen hat, unverzüglich einzulegen, – bei einer anderen behördlichen Pfändungsverfügung der in dieser benannte Rechtsbehelf fristgemäß einzulegen.	(9) Gegen alle nicht nach <b>Nr. (8)</b> als wirksam zu behandelnde Pfändungen ist – bei einem gerichtlichen Pfändungsbeschluss gemäß § 766 ZPO Erinnerung bei dem Vollstreckungsgericht, das den Beschluss erlassen hat, unverzüglich einzulegen, – bei einer anderen behördlichen Pfändungsverfügung der in dieser benannte Rechtsbehelf fristgemäß einzulegen.
373	3	3.8		(7) Bei Vorliegen mehrerer Pfändungen einer Geldforderung ist § 853 ZPO zu beachten.	entfällt
374	3	3.8		<b>Insolvenzen</b>	<b>Insolvenzen</b>
375	3	3.8	(10)	(8) In Insolvenzverfahren sind auf gerichtliche Verfügung hin Zahlungen nur noch auf das angegebene Konto zu leisten. Vor Zahlung ist zu prüfen, ob wirksame Abtretungen oder Pfändungen von Gläubigern des Auftragnehmers vorliegen.	(10) In Insolvenzverfahren sind auf gerichtliche Verfügung hin Zahlungen nur noch auf das <b>in der Verfügung</b> angegebene Konto zu leisten. Vor Zahlung ist zu prüfen, ob wirksame Abtretungen oder Pfändungen von Gläubigern des Auftragnehmers vorliegen.
376	3	3.8		nicht vorhanden	<b>Zahlungen an Unterauftragnehmer und entsprechende Gläubiger</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
377	3	3.8	(11)	nicht vorhanden	(11) Fordert ein Gläubiger des Auftragnehmers Zahlung unter Hinweis auf Zahlungsverzug des Auftragnehmers und kann durch eine Direktzahlung die Fortsetzung der Leistung sichergestellt werden, so ist der Auftragnehmer aufzufordern, sich innerhalb einer vom Auftraggeber erklärten Frist darüber zu erklären, ob und inwieweit er die Forderungen seiner Gläubiger anerkennt. Erkennt der Auftragnehmer die Forderung an, so darf an den Gläubiger des Auftragnehmers gezahlt werden, wenn kein Insolvenzfall des Auftragnehmers vorliegt und soweit ein entsprechendes Guthaben bei Berücksichtigung vorliegender Abtretungen oder Pfändungen vorhanden ist.
378	3	3.8	(12)	nicht vorhanden	(12) Als Gläubiger, welche eine Direktzahlung verlangen können, sind nur anzusehen – Unterauftragnehmer, – Arbeitnehmer, – Ingenieure, Architekten, die an der Ausführung der vertraglichen Leistung des Auftragnehmers aufgrund eines mit diesem abgeschlossenen Dienst- oder Werkvertrages beteiligt sind, sowie – Werklieferer, die für die Ausführung der Leistung eigens gefertigte Teile hergestellt haben. Baustofflieferanten sind nicht als solche Gläubiger anzusehen.
379	3	3.9		<b>Abnahme, Gefahrübergang</b>	<b>Abnahme, Gefahrübergang</b>
380	3	3.9		<b>Abnahmeniederschrift</b>	<b>Abnahmeniederschrift</b>
381	3	3.9	(12)	(12) Das Ergebnis der Abnahme ist im Vordruck HVA L-StB Abnahmeniederschrift (siehe Muster 3.9–1) zu dokumentieren.	(12) Das Ergebnis der Abnahme ist im Vordruck HVA L-StB Abnahmeniederschrift entfällt zu dokumentieren.
382	3	3.9	(13)	(13) Die Vordrucke sind vor Beginn der Abnahmeverhandlung so weit als möglich auszufüllen. Im Übrigen sind die Vordrucke während der Abnahmeverhandlung, möglichst an Ort und Stelle, auszufüllen; dabei sind die „Hinweise“ zu beachten. Anschließend ist die Niederschrift zu unterzeichnen.	(13) Die Vordrucke sind vor Beginn der Abnahmeverhandlung so weit als möglich auszufüllen. Im Übrigen sind die Vordrucke während der Abnahmeverhandlung, möglichst an Ort und Stelle, auszufüllen; dabei sind die „Hinweise“ zu beachten. Anschließend ist die Niederschrift zu unterzeichnen.  Eine Unterzeichnung durch den Auftragnehmer kann nur verlangt werden, wenn zuvor eine förmliche Abnahme vertraglich vereinbart war. Dies ist in den Besonderen Vertragsbedingungen zu vereinbaren.
383	3	3.10		<b>Mängelansprüche</b>	<b>Mängelansprüche</b>
384	3	3.10		<b>Überwachung der Mängelansprüche</b>	<b>Überwachung der Mängelansprüche</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
385	3	3.10	(1)	(1) Die Leistung ist rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist auf Mängel zu überprüfen. Die Verjährungsfrist beträgt, soweit im Vertrag nichts anderes vereinbart ist (§ 14 Nr. 3 VOL/B), zwei Jahre von der Ablieferung/ Abnahme an (§§ 438, 634 a BGB). Die fristgerechte Überwachung ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Die in der Abnahmeniederschrift in Nr. 8 eingetragenen Termine sind in den bei der Dienststelle zentral geführten Terminkalender für die Überwachung der Mängelansprüche zu übernehmen.	(1) Die Leistung ist rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist auf Mängel zu überprüfen. Die Verjährungsfrist beträgt, soweit im Vertrag nichts anderes vereinbart ist (§ 14 Nr. 3 VOL/B), <b>gemäß der gesetzlichen Regelung</b> zwei Jahre von der Ablieferung/Abnahme an (§§ 438, 634 a BGB). Die fristgerechte Überwachung ist durch geeignete organisatorische Maßnahmen sicherzustellen. Die in der Abnahmeniederschrift in Nr. 8 eingetragenen Termine sind in den bei der Dienststelle zentral geführten Terminkalender für die Überwachung der Mängelansprüche zu übernehmen.
386	3	3.10		<b>Geltendmachung von Mängelansprüchen</b>	<b>Geltendmachung von Mängelansprüchen</b>
387	3	3.10	(4)	(4) Bei festgestellten Mängeln ist der Auftragnehmer schriftlich unter Setzen einer angemessenen Frist zur Mängelbeseitigung aufzufordern; dabei sind die Mängel möglichst genau zu bezeichnen („qualifizierte“ Mängelrüge). Der Auftragnehmer sollte darauf hingewiesen werden, dass nach erfolglosem Ablauf der gesetzten Frist der Auftraggeber berechtigt ist, die Mängel auf Kosten des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch einen Dritten beseitigen zu lassen (§ 14 Nr. 2 a VOL/B). Der Nachweis über den Zugang dieses Aufforderungsschreibens ist sicherzustellen (z.B. durch Empfangsbestätigung, Einschreiben mit Rückschein).	(4) Bei festgestellten Mängeln ist der Auftragnehmer schriftlich unter Setzen einer angemessenen Frist zur Nacherfüllung aufzufordern; dabei sind die Mängel möglichst genau zu bezeichnen. <b>entfällt</b> Der Auftragnehmer sollte darauf hingewiesen werden, dass nach erfolglosem Ablauf der gesetzten Frist der Auftraggeber berechtigt ist, die Mängel auf Kosten des Auftragnehmers selbst zu beseitigen oder durch einen Dritten beseitigen zu lassen (§ 14 Nr. 2a VOL/B). Der Nachweis über den Zugang dieses Aufforderungsschreibens ist sicherzustellen (z.B. durch Empfangsbestätigung, Einschreiben mit Rückschein).
388	3	3.10	(5)	(5) Es ist sicherzustellen, dass nach Ablauf der gesetzten Frist die Ansprüche des Auftraggebers auf – Beseitigung des gerügten Mangels, – Ersatz der mangelhaften durch eine mangelfreie Leistung, – Kostenerstattung bei Mängelbeseitigung durch Dritte, – Minderung, – Rücktritt vom Vertrag, – Schadensersatz durchgesetzt werden.	(5) Es ist sicherzustellen, dass nach Ablauf der gesetzten Frist die Ansprüche des Auftraggebers auf – <b>Nacherfüllung</b> (Beseitigung des gerügten Mangels <b>bzw. Ersatz der mangelhaften durch eine mangel freie Leistung</b> ), – Kostenerstattung bei Mängelbeseitigung durch Dritte, – Minderung, – Rücktritt vom Vertrag, – Schadensersatz durchgesetzt werden.
389	3	3.10		<b>Anerkennung der Mängelrüge durch den Auftragnehmer</b>	<b>Anerkennung der Mängelrüge durch den Auftragnehmer</b>
390	3	3.10	(6)	(6) Erkennt der Auftragnehmer seine in der Mängelrüge angezeigte Mängelbeseitigungsverpflichtung an, dann ist über die Art der Mängelbeseitigung und den Zeitraum der Arbeiten eine Vereinbarung zu treffen.	(6) Erkennt der Auftragnehmer seine in der Mängelrüge angezeigte <b>Nacherfüllungsverpflichtung</b> an, dann ist über die Art der Mängelbeseitigung und den Zeitraum der Arbeiten eine Vereinbarung zu treffen.
391	3	3.10	(7)	(7) Bei der Vereinbarung über die Art der Mängelbeseitigung ist, wenn der vertragsgemäße Zustand durch die Mängelbeseitigung nicht voll zu erreichen ist, zu prüfen, ob darüber hinaus weitere Ansprüche geltend gemacht werden können.	(7) Bei der Vereinbarung über die Art der <b>Nacherfüllung</b> ist, wenn der vertragsgemäße Zustand durch die <b>Nacherfüllung</b> nicht voll zu erreichen ist, zu prüfen, ob darüber hinaus weitere Ansprüche geltend gemacht werden können.



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
392	3	3.10	(8)	(8) Die Beseitigung der Mängel durch den Auftragnehmer ist zu überwachen und nach Ausführung förmlich abzunehmen, sofern nicht wegen geringer Bedeutung der Mängel darauf verzichtet werden kann.	(8) Die Beseitigung der Mängel durch den Auftragnehmer ist zu überwachen und nach <b>Ausführung abzunehmen</b> , sofern nicht wegen geringer Bedeutung der Mängel darauf verzichtet werden kann.
393	3	3.10		<b>Nichtanerkennung der Mängelrüge durch den Auftragnehmer</b>	<b>Nichtanerkennung der Mängelrüge durch den Auftragnehmer</b>
394	3	3.10	(9)	(9) Erfüllt der Auftragnehmer seine in der Mängelrüge angezeigten Verpflichtungen aus der Mängelbeseitigungsverpflichtung nicht, indem er – die Mängelrüge unbeachtet lässt oder – seine Verpflichtung ganz oder teilweise ausdrücklich bestreitet oder – erklärt, er könne seine Mängelbeseitigungsverpflichtung innerhalb der gesetzten Frist nicht erfüllen oder – eine Vereinbarung über die Art der Mängelbeseitigung und/oder den Zeitraum der Arbeiten verzögert oder – die Vereinbarung nicht einhält, ist nach den Nummern (10) bis (14) zu verfahren.	(9) Erfüllt der Auftragnehmer seine in der Mängelrüge angezeigten Verpflichtungen <b>zur Nacherfüllung</b> nicht, indem er – die Mängelrüge unbeachtet lässt oder – seine Verpflichtung ganz oder teilweise ausdrücklich bestreitet oder – erklärt, er könne seine <b>Verpflichtung zur Nacherfüllung</b> innerhalb der gesetzten Frist nicht erfüllen oder – eine Vereinbarung über die Art der Mängelbeseitigung und/oder den Zeitraum der Arbeiten verzögert oder – die Vereinbarung nicht einhält, ist nach den Nummern (10) bis (14) zu verfahren.
395	3	3.11		<b>Kündigung durch den Auftraggeber</b>	<b>Kündigung durch den Auftraggeber</b>
396	3	3.11		<b>Allgemeines</b>	<b>Allgemeines</b>
397	3	3.11		<b>Form der Kündigung</b>	entfällt
398	3	3.11		nicht vorhanden	<b>Kündigung nach § 8 Nr. 1 VOL/B</b>
399	3	3.11		nicht vorhanden	(5) Stellt der Auftragnehmer die Zahlungen gegenüber seinen Gläubigern ein, dann ist die Kündigung im Allgemeinen erst dann auszusprechen, wenn er auch seine Leistungen nicht mehr vertragsgemäß ausführt.
400	3	3.11		nicht vorhanden	(6) Im Falle eines Insolvenzverfahrens ist zu prüfen, ob die vertragsgemäße Ausführung noch gewährleistet ist. Grundsätzlich ist dazu zunächst vom Insolvenzverwalter („Verwalter“) eine Erklärung bezüglich der Ausübung seines Wahlrechts nach § 103 InsO (Erfüllungswahl/Erfüllungsablehnung) zu verlangen. Ist die vertragsgemäße Ausführung durch den Insolvenzverwalter nicht gewährleistet, dann ist die Kündigung gegenüber diesem auszusprechen.
401	3	3.11		nicht vorhanden	<b>Kündigung nach § 8 Nr. 2 VOL/B</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
402	3	3.11		nicht vorhanden	(7) Hat der Auftragnehmer nachweislich wettbewerbswidrige Absprachen getroffen, kann der Vertrag ganz oder teilweise gekündigt werden. Gleiches gilt bei überschwelligen Vergaben für den Fall, dass der Auftrag dem Auftragnehmer wegen zwingender Ausschlussgründe überhaupt nicht hätte erteilt werden dürfen. Die §§ 123 und 124 GWB zählen insoweit insbesondere Betrugsstraftaten und Bestechung/Bestechlichkeit von Mitarbeitern des Auftragnehmers als Gründe auf. Diesbezüglich ist allerdings auch die Möglichkeit der Selbstreinigung nach § 125 GWB zu beachten. Vor einer Kündigung ist dem Auftragnehmer daher unter angemessener Fristsetzung und Androhung der Kündigung Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, ob und ggf. welche Selbstreinigungsmaßnahmen er getroffen hat.
403	3	3.11		nicht vorhanden	<b>Form der Kündigung</b>
404	3	3.11	(8)	(5) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären, der Kündigungsgrund anzugeben. Im Kündigungsschreiben sind gegebenenfalls Forderungen des Auftraggebers dem Grunde nach anzukündigen.	(8) Die Kündigung ist schriftlich zu erklären, der Kündigungsgrund anzugeben. Im Kündigungsschreiben sind gegebenenfalls Forderungen des Auftraggebers dem Grunde nach anzukündigen.
405	3	3.11	(9)	(6) Der Nachweis über den Zugang der Kündigung beim Auftragnehmer, im Insolvenzfall beim Insolvenzverwalter, ist sicherzustellen (z.B. durch Einschreiben mit Rückschein, Empfangsbestätigung).	(9) Der Nachweis über den Zugang der Kündigung beim Auftragnehmer, im Insolvenzfall beim Insolvenzverwalter, ist sicherzustellen (z.B. durch Einschreiben mit Rückschein, Empfangsbestätigung).
406	3	3.11	(10)	(7) Dem Auftragnehmer bzw. Insolvenzverwalter gegenüber ist zu erklären, ob und für welchen Teil der Leistung Verwendung besteht.	(10) Dem Auftragnehmer bzw. Insolvenzverwalter gegenüber ist zu erklären, ob und für welchen Teil der Leistung Verwendung besteht.
407	3	3.11	(11)	(8) Für die Abrechnung ist § 8 Nr. 3 VOL/B zu beachten.	(11) Für die Abrechnung ist § 8 Nr. 3 VOL/B zu beachten.
408	3	3.11		<b>Ausführung der noch nicht vollendeten Teile der Leistung</b>	<b>Ausführung der noch nicht vollendeten Teile der Leistung</b>
409	3	3.11	(12)	(9) Sollen nach erfolgter Kündigung die noch nicht vollendeten Teile der Leistung durch einen Dritten ausgeführt werden, so ist bei der Vergabe dieser Leistungen auch die Schadensminderungspflicht des Auftraggebers (§ 254 BGB) zu beachten.	(12) Sollen nach erfolgter Kündigung die noch nicht vollendeten Teile der Leistung durch einen Dritten ausgeführt werden, so ist bei der Vergabe dieser Leistungen auch die Schadensminderungspflicht des Auftraggebers (§ 254 BGB) zu beachten.
410	3	3.11		<b>Forderungen des Auftraggebers</b>	<b>Forderungen des Auftraggebers</b>
411	3	3.11	(13)	(10) Entstehen dem Auftraggeber Mehrkosten (§ 8 Nr. 4 VOL/B), so ist dafür Ersatz zu verlangen. Entsprechendes gilt für einen darüber hinausgehenden Schaden. Die Höhe der Mehrkosten ist durch die Differenz zwischen der tatsächlichen und der fiktiven Abrechnungssumme zu ermitteln.	(13) Entstehen dem Auftraggeber Mehrkosten, <b>entfällt</b> so ist dafür Ersatz zu verlangen. Entsprechendes gilt für einen darüber hinausgehenden Schaden. Die Höhe der Mehrkosten ist durch die Differenz zwischen der tatsächlichen und der fiktiven Abrechnungssumme zu ermitteln.
412	3	3.12			
413	3	3.12		Abschnitt 3.12 ist zur Zeit nicht belegt.	Abschnitt 3.12 ist <b>zurzeit</b> nicht belegt.
414	3	3.13		<b>Insolvenzfälle</b>	<b>Insolvenzfälle</b>



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

## Synoptische Volltextdarstellung des Richtlinien textes zur HVA L-StB Ausgabe April 2017

### Legende für Spalte HVA L-StB 04-17:

Identischer Text

neuer Text

geänderter Text

	Teil	Abschnitt	Absatz	HVA L-StB 03-11	HVA L-StB 04-17
415	3	3.13	(1)	(1) Sobald eine Vergabestelle von der Zahlungseinstellung eines Auftragnehmers, von dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, der Verfahrenseröffnung oder dem Eröffnungsbeschluss Kenntnis erhält, hat sie dies formlos, jedoch möglichst mit den Angaben nach Vordruck HVA L-StB Insolvenz-Mitteilung (siehe Muster 3.13 – 1) der dafür bestimmten Dienststelle unverzüglich mitzuteilen.	(1) Sobald eine Dienststelle von der Zahlungseinstellung eines Auftragnehmers, von dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, der Verfahrenseröffnung oder dem Eröffnungsbeschluss Kenntnis erhält, hat sie dies formlos, jedoch möglichst mit den Angaben nach Vordruck HVA L-StB Insolvenz-Mitteilung <b>entfällt</b> der dafür bestimmten Dienststelle unverzüglich mitzuteilen.
416	3	3.13	(4)	(4) Alle Dienststellen haben der Dienststelle, welche die Insolvenz-Mitteilung veranlasst hat, umgehend einen Bericht nach Vordruck HVA L-StB Insolvenz-Bericht (siehe Muster 3.13 – 2) für jede Maßnahme zuzuleiten. Wesentliche Änderungen geschätzter Beträge und das Ergebnis der Abrechnung sind nachzumelden.	(4) Alle Dienststellen haben der Dienststelle, welche die Insolvenz-Mitteilung veranlasst hat, umgehend einen Bericht nach Vordruck HVA L-StB Insolvenz-Bericht <b>entfällt</b> für jede Maßnahme zuzuleiten. Wesentliche Änderungen geschätzter Beträge und das Ergebnis der Abrechnung sind nachzumelden.
417	3	3.14		<b>Aufrechnungsfälle</b>	<b>Aufrechnungsfälle</b>